

Stenographisches Protokoll.

15. Sitzung der II. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Montag, den 12. März 1956.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 281).
2. Abwesenheitsanzeige (Seite 281).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 281).
4. Verhandlung:

Antrag des Finanzausschusses über den Antrag der Abg. Wondrak, Sigmund, Czerny, Anderl, Kuntner, Wiesmayr, Gerhartl, Tatzber und Genossen, betreffend die vorzeitige Auflösung des Landtages von Niederösterreich gemäß Artikel 14 des Landes-Verfassungsgesetzes für das Land Niederösterreich in der Fassung von 1930. Berichterstatter Abg. Marwan-Schlosser (Seite 281); Redner: Abg. Dubovsky (Seite 281), Abg. Wondrak (Seite 288), Landesrat Müllner (Seite 291), Landeshauptmannstellvertreter Popp (Seite 297), Abgeordneter Lauscher (Seite 307), Abg. Hilgarth (Seite 310), Abg. Wenger (Seite 314); Abstimmung (Seite 319).

Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend das Ersuchen des Magistrates Wiener Neustadt, Abt. 1, Zl. 217/2 vom 7. Februar 1956 um Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Hermann Laferl wegen Verdachtes der Übertretung der nö. Bauordnung. Berichterstatter Abg. Hainisch (Seite 319); Abstimmung (Seite 320).

Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend das Ersuchen des Bezirksgerichtes Hollabrunn, Abt. 2, Zl. U 52/56 vom 15. Februar 1956, um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Karl Neubauer wegen Verdachtes der Übertretung gegen die körperliche Sicherheit gemäß § 431 Strafgesetz. Berichterstatter Abg. Hainisch (Seite 320); Redner: Abg. Staffa (Seite 321); Abstimmung (Seite 322).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 14 Uhr 12 Minuten*): Ich eröffne die außerordentliche Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich entschuldigt Abg. Pospischil wegen Krankheit.

Die Zustimmung des Hohen Hauses voraussetzend, habe ich die im Verfassungsausschuß am 9. März 1956 verabschiedeten Geschäftsstücke Zahlen 233 und 236 noch auf eine Nachtragstagesordnung gestellt. (*Nach einer Pause.*) Keine Einwendung. Die Nachtragstagesordnung liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf.

Der Herr Landeshauptmann hat mir die Beantwortung der am 9. Februar 1956 an ihn gerichteten Anfrage der Abg. Wondrak, Staffa, Wenger, Kuntner, Dr. Steingötter, zugehen lassen. Ich habe diese Anfragebeantwortung auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auflegen lassen.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Vorlage der Landesregierung, betreffend Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung des Bundeslandes Niederösterreich für das Jahr 1953.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Ich ersuche den Herrn Abg. Marwan-Schlosser, die Verhandlung zur Zahl 246 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. MARWAN-SCHLOSSER: Hohes Haus! Ich habe namens des Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wondrak, Sigmund, Czerny, Anderl, Kuntner, Wiesmayr, Gerhartl, Tatzber und Genossen, betreffend die vorzeitige Auflösung des Landtages von Niederösterreich gemäß Artikel 14 des Landes-Verfassungsgesetzes für das Land Niederösterreich in der Fassung von 1930, zu berichten.

Der Antrag lautet (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag

1. die beiliegende Gesetzesvorlage, betreffend die vorzeitige Auflösung des Landtages von Niederösterreich zu genehmigen.

2. die Landesregierung aufzufordern, zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen, wird abgelehnt.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlung einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dubovsky.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Veranlassung zu dieser heutigen außerordentlichen Landtagssitzung ist der in der letzten Sitzung eingebrachte Antrag der SPÖ.-Fraktion auf vorzeitige Auflösung des Landtages. Dieser Antrag wurde im Verfassungsausschuß behandelt und von der ÖVP.-Mehrheit abgelehnt, so daß nun-

mehr dem Landtag nicht mehr der Auflösungsantrag der SPO.-Fraktion, sondern der von der ÖVP.-Mehrheit des Verfassungsausschusses gefaßte Antrag vorliegt, die Auflösung abzulehnen.

Es hat schon einigermaßen merkwürdig berührt, daß am gleichen Tage, fast zur gleichen Stunde, als die Bundesregierung wegen unüberbrückbarer Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien die Auflösung des österreichischen Parlamentes beschlossen hat, die niederösterreichische Führung der sozialistischen Partei bei der ÖVP. vorgeschlagen hat, um ein neues Koalitionsabkommen abzuschließen. Bekanntlich spielen ja bei diesen unüberbrückbaren Gegensätzen in der Bundesregierung die niederösterreichischen Fragen eine ausschlaggebende Rolle, und zwar die Frage der USIA-Betriebe, die Frage der Niogas in Verbindung mit dem Erdöl und die Frage der Anleihe der Sowjetunion. Das waren die entscheidenden Gründe oder, wie es die beiden Koalitionsparteien darstellten, die entscheidenden Ursachen, die zu keiner Einigung zwischen den Koalitionsparteien führten und daher eine Neuwahl des Parlamentes notwendig machten. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Gegensätze — ich werde es noch an Hand des Beispiels des Erdöls genau beweisen — in Wirklichkeit gar nicht so unüberbrückbar sind. Diese Gegensätze wurden geschaffen, um durch ein Manöver die Wähler irre zu führen, um sie in falsche Richtungen für die Abgabe des Stimmzettels am Wahltage zu lenken. Wir haben doch im Jahre 1953 so etwas ähnliches schon erlebt. Auch damals hat es unüberbrückbare Gegensätze gegeben. Es war vor allem der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung, bei dem sich angeblich beide Koalitionspartner nicht finden konnten. Damals hat der Zuschuß noch 30 Prozent betragen. Er sollte laut Vorlage des Finanzministers Kamitz auf 25 Prozent herabgesetzt werden. Damals mußten die Wahlen durchgeführt werden, weil die Situation unerträglich war und man sich nicht einigen konnte. Siehe da, wenige Tage nach der Wahl, nachdem also das österreichische Volk entschieden hatte, haben sich beide Koalitionsparteien wieder geeinigt, jedoch nicht auf 30 Prozent, auch nicht auf 25 Prozent, die Kamitz vorgeschlagen hat, sondern auf 15 Prozent. Im neuen ASVG. ist überhaupt kein Bundeszuschuß mehr vorgesehen.

Wer glaubt denn da, wenn man sich nur einigermaßen an die Vergangenheit erinnert, daß ausgerechnet jetzt nach zehnjähriger Zusammenarbeit die Gegensätze so gewaltig und unüberbrückbar geworden sind, daß auf einmal Neuwahlen durchgeführt werden müssen, um das Volk selbst entscheiden zu lassen. Hier muß

man vielmehr alle jene Fragen überprüfen, die für die Bevölkerung, vor allem für die arbeitende Bevölkerung, von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind und bei denen es keine Differenzen zwischen den Koalitionsparteien gegeben und die man daher gemeinsam beschlossen hat. Niemand kann doch bestreiten, daß in der Erdölfrage, die gleichsam zu Erdölwahlen in Österreich führen soll, die Gegensätze nicht so groß sein können, wenn beide Parteien in der Regierung noch vor Abschluß des Staatsvertrages sich geeinigt haben, das Wiener Memorandum zu unterzeichnen. Mit dem Wiener Memorandum werden rund 80 Prozent des gesamten österreichischen Erdölkomplexes an das Auslandskapital ausgeliefert, wie der „Österreichische Volkswirt“ feststellt. Den „Österreichischen Volkswirt“ kann man keineswegs einer Kommunistenfreundlichkeit bezichtigen. Der gleiche „Volkswirt“ ist es auch, der feststellt, daß das, was im Wiener Memorandum mit der Unterschrift von Raab, Schärf, Figl und Kreisky festgelegt wurde, Landesverrat ist, wenn es zur Durchführung kommt. Jetzt auf einmal will man uns einreden, daß die Gegensätze in der Erdölfrage, nachdem man sich über 80 Prozent geeinigt hat, so gewaltig sind, daß sie unüberbrückbar sind und daß die Frage der Niogas, die letzten Endes nicht einmal die 20 Prozent betrifft, die bei Österreich verbleiben sollen, die entscheidende geworden ist. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt — und man kann es nachweisen —, daß dieses Geschrei über die Niogas nur dazu bestimmt ist, die österreichische Bevölkerung von der Tatsache der gemeinsam beschlossenen Auslieferung von achtzig Prozent des österreichischen Erdöls an das ausländische Kapital abzulenken. Wir haben es ja selber erlebt, als die entscheidende Frage über die Niogas hier im Landtag zur Sprache kam. Wo haben wir, als hier im Landtag über die Niogas verhandelt wurde, bemerkt, daß es Gegensätze gegeben hat? In den Reden hat es allerdings Gegensätze gegeben, aber als es zur Abstimmung gekommen ist, haben beide Regierungsparteien gemeinsam für die Niogas gestimmt. Wenn Sie jetzt die Dinge umdrehen oder so darstellen wollen, daß es sich damals nur darum gehandelt hat, eine Kapitalerhöhung zu erzielen, so brauchen Sie nur nachzulesen, was damals von den Rednern der sozialistischen Fraktion festgestellt wurde. Es wurde damals schon eindeutig dargelegt, daß sich die Niogas im Besitz der Schurfrechte befindet und Sie daher entschlossen sind, mit Hilfe dieser Schurfrechte auf dem Umwege über die Niogas — und wir haben das damals ganz genau nachgewiesen — die 20 Prozent, die Österreich nach dem Wiener Memorandum verbleiben sollen,

auch noch dem ausländischen Kapital gefügig zu machen. Damals hätte man aber schon etwas von Gegensätzen spüren müssen. Oder waren Sie sich einig? Beim Wiener Memorandum? Oder hier im Landtag beim Antrag über die Niogas? Ich glaube, hier muß man eindeutig und einwandfrei feststellen: Ja, Sie waren sich einig, und man geht daher nicht fehl, wenn man sagt, daß die ganze Uneinigkeit in der Frage des Erdöls, die zur Auflösung des Parlaments geführt hat, eine konstruierte Uneinigkeit ist, die man braucht, um die Wähler irreführen zu können. Oder waren sich die Koalitionsparteien in der Bundesregierung all die Jahre hindurch in der Frage uneinig, wie der Reallohn der arbeitenden Bevölkerung an die ständig steigenden Lebenshaltungskosten angepaßt werden kann? Hier haben wir immer völlige, absolute Einigkeit feststellen können, wir haben nichts von einer Uneinigkeit bemerkt. Hier sind beide Regierungsparteien gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung aufgetreten und haben dafür gesorgt, daß eben die Reallöhne tatsächlich soweit zurückgeblieben sind, daß sie heute keineswegs mehr entsprechen. Oder wie war es denn mit dem Wohnungsanforderungsgesetz? Sie können noch so viel berichtigen, feststellen muß man, daß bei der Nichtverlängerung des Wohnungsanforderungsgesetzes beide Regierungsparteien einig gewesen sind, obwohl es sich hier um ein entscheidendes Gesetz handelt. Denn wäre eine Uneinigkeit vorhanden gewesen, dann hätte doch eine der beiden Fraktionen im Parlament einen entsprechenden Antrag auf Verlängerung dieses Wohnungsanforderungsgesetzes stellen können, und man hätte dann der anderen Regierungspartei damit den Beweis erbracht, daß sie bei diesem sozialen Gesetz, das in der heutigen Zeit der Wohnungsnot von besonderer Bedeutung ist, unsozial gehandelt und dieses Gesetz beseitigt hat. Oder waren Sie vielleicht in der Frage der Wehrmacht uneinig? Überprüfen wir, was da zuerst gesagt wurde, als die Frage der Aufstellung des Bundesheeres akut geworden ist. Überprüfen wir, was damals von der Aufstellung eines demokratischen Heeres gesagt wurde: es müsse ein Volksheer sein, wo die Offizierskaste nicht mehr so verfügen kann, wie in der ersten Republik. Was ist aber herausgekommen? Sie getrauen sich nicht einmal die Listen der ernannten Offiziere zu veröffentlichen, weil sonst die Bevölkerung eindeutig den reaktionären, faschistischen Charakter dieser Offiziere bemerken würde. Nicht einmal in der „Arbeiter-Zeitung“ haben wir darüber etwas gelesen.

Wir sehen also, daß die Uneinigkeit der Regierungsparteien gar nicht so groß gewesen ist, als sie jetzt dargestellt wird. Auch in den

das Land Niederösterreich berührenden Fragen waren Sie sich all die Jahre hindurch einig. Die Politik der Benachteiligung, die von der Regierung zur Unterstützung des „Kalten Krieges“ gegen Niederösterreich geführt wurde, hat die Zustimmung beider Regierungsparteien gehabt, sowohl in der Bundesregierung als auch hier im Landtag. Was hat denn der ÖVP-Handelsminister getan, um gegen die ungerechte Behandlung Niederösterreichs beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds Stellung zu nehmen? Was hat denn der sozialistische Minister für die verstaatlichten Betriebe getan, damit in Niederösterreich entsprechende Investitionen durchgeführt werden können? Sie haben jahrelang den Kampf um Ybbs-Persenbeug führen müssen. Erst als unter dem Druck der öffentlichen Meinung dieses Ybbs-Persenbeug gleichsam auf den Kopf des Ministers gefallen ist, hat man sich entschlossen, dieses Projekt durchzuführen. Was haben die beiden Parteiobmänner Raab und Helmer, die beide in der Bundesregierung sitzen, in ihrer Eigenschaft als niederösterreichische Parteiobmänner getan, um die Benachteiligung unseres Bundeslandes zu beseitigen? Nichts, denn diese Benachteiligung hat zu der angespannten Finanzlage des Landes geführt. Sie ist auch schuld daran, daß der Wohnungsbau weit, weit gegenüber anderen Bundesländern zurückgeblieben ist, daß die Straßen sich in ganz Niederösterreich in einem desolaten Zustand befinden und immer schlechter werden. Die Frage der Investitionen in Niederösterreich wurde durch diese Benachteiligung auch nicht gelöst. All das ist das Werk der gemeinsamen Regierungskoalition, über das sich die Koalition völlig einig gewesen ist, da es keine Differenzen darüber gegeben hat. Diese Politik der Benachteiligung führte zur heutigen finanziellen Situation des Landes, in der wir uns befinden und bei der das Budget nicht einmal ausreicht, um die wichtigsten, unaufschiebbaren Aufgaben durchführen zu können. Es kam dazu, daß sich in Niederösterreich ganze Notstandsgebiete herausgebildet haben, wie das Triestingtal, Wiener Neustadt und noch andere. Aber was ist dagegen geschehen? Haben vielleicht Helmer und der Minister für verstaatlichte Betriebe, Waldbrunner, dagegen etwas getan, etwas unternommen, um den Notstand dieser Gebiete zu beseitigen? Ist etwa von der Koalition in Niederösterreich etwas gegen diesen Notstand unternommen worden? Manches hätte all die Jahre hindurch schon geschehen können. Es ist bekannt, daß das Triestingtal und Wiener Neustadt schon in der Ersten Republik Notstandsgebiete waren. In diesen Gebieten gab es hauptsächlich Kriegsindustrie, Rüstungsindustrie, sodaß es dort immer nur

dann Konjunktur gegeben hat, wenn Krieg war. Es wäre doch die Aufgabe einer gemeinsamen Politik gewesen, den Kampf darum zu führen, daß diese einseitige wirtschaftliche Ausrichtung dieser beiden Gebiete im Sinne einer Friedenswirtschaft verbessert worden wäre. Damit wäre für die Bevölkerung die Möglichkeit geschaffen worden, auch in Friedenszeiten Arbeit und Brot zu finden. Wir wissen, daß Wiener Neustadt unter den niederösterreichischen Städten die vom Krieg schwerstbetroffene Stadt ist und unerhört viel zu leiden hatte, und wir wissen auch, daß beide Regierungsparteien sehr viel darüber gesprochen haben, man müsse Wiener Neustadt helfen. Doch die Tat ist den Worten nicht gefolgt. Es ist unerklärlich, daß man dieser schwerst zerstörten Stadt aus dem Gemeindegeldfonds der n.ö. Landesregierung nicht einmal den vollen, von ihr einzubezahlenden Anteil gibt, um die Not zu beseitigen. Schöne Worte helfen der Stadt nicht, man muß ihr durch Taten helfen. Das ist aber unterblieben. Man hat all die Jahre hindurch immer wieder hier im Landtag und in der Presse hören können, alles werde anders werden, wenn die Besatzung wegfalle, wenn die Usia-Betriebe zurückgegeben sind, wenn der österreichische Reichtum, das Erdöl, wieder in unserem Besitz sein wird. Was ist da nicht alles versprochen worden? Die „Arbeiter-Zeitung“ hat uns weniger Steuern ganz genau vorgerechnet, die ÖVP hat versprochen, daß die Unternehmer höhere Löhne bezahlen werden, wenn das Erdöl in österreichischen Besitz übergegangen sein werde, und sie hat weiters versprochen, daß die Renten wesentlich hinaufgesetzt werden. Nun ist keine Besatzung mehr da, die Usia-Betriebe sind übergeben worden, das Erdöl ist in österreichischen Besitz übergegangen, aber wo wurden all die Versprechungen auf Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Menschen und der Rentner erfüllt? Zehn Jahre hindurch hat man die Bevölkerung auf diese Weise hingehalten und nirgends wurden die Versprechungen tatsächlich eingehalten. Darüber herrscht die große Enttäuschung in der Bevölkerung. Nun will man darüber hinwegtäuschen, daß man zehn Jahre hindurch einen Standpunkt vertreten hat, den man jetzt nicht einhalten will. Deswegen sprechen Sie von Gegensätzen, die ja mehr oder weniger konstruiert sind. Was haben Sie für den Fall, daß die Erdöl- und Usia-Betriebe wieder in österreichischen Händen sein werden, nicht alles versprochen? Sie haben versprochen, daß für das Tal des Todes, wie man Niederösterreich bezeichnet hat, ein Aufblühen einsetzen wird. Was ist aber eingetreten? Lohn- und Gehaltskürzungen wurden in den ehemaligen Usia-Betrieben durchgeführt, die Gewäh-

rung von Zusatzrenten im Berndorfer Werk, die sich der Arbeiter erkämpft hat, um im Alter anständig leben zu können, wurde gestrichen. Statt mehr Arbeiter in Berndorf einzustellen, haben Sie über hundert abgebaut. Kommen Sie mir jetzt nicht mit der Ausrede, daß diese Betriebe herabgewirtschaftet sind. Hier hat sich nichts geändert, denn die Usia hat diese hundert Leute beschäftigt, die Sie abgebaut haben. Niemand versteht, daß es jetzt, wo diese Betriebe in österreichischem Besitz sind, schlechter werden soll. Und deswegen gebraucht man die Ausreden von den unüberbrückbaren Gegensätzen, um über diese Tatsachen hinwegtäuschen zu können. In Wirklichkeit ist es aber nicht so, daß die Gegensätze unüberbrückbar sind. Die in- und ausländischen Kapitalisten fordern und drängen, man müsse das Wiener Memorandum durchführen. Wir erleben jetzt auch bei der Raffinerie in der Lobau und bei der Olleitung in Zistersdorf einen Abbau, und man fordert auch die Übergabe anderer Betriebe an das ausländische Kapital. Weiters drängt man mit allem Nachdruck, die Milchpreisfrage zu regeln. Sie muß sicherlich geregelt werden, denn sie ist zweifellos eine der brennendsten Fragen. Die Regelung darf aber nicht so erfolgen, daß der Konsument zum Handkuß kommt, sondern es gibt wohl auch noch andere Möglichkeiten. Ferner wollen die Hausherren ihre Mietzinse — auch darüber gibt es schon Vereinbarungen — auf 3 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche erhöhen. Schließlich fordern die Kapitalisten die Usia-Betriebe und nicht ihre Verstaatlichung, und sie drängen rasch, rasch zur Übergabe. Und deswegen, weil man sich jetzt schon einig ist, all diese Forderungen zu erfüllen, ist die vorzeitige Auflösung des Parlaments erfolgt, deswegen sollen Neuwahlen durchgeführt werden.

Zweifellos hat sich die politische Situation in Niederösterreich seit den letzten Landtagswahlen bedeutend verschlechtert, ganz besonders nach Abschluß des Staatsvertrages! Wir spüren, daß es die reaktionären Kräfte im Landtag und in der Landesregierung ausgezeichnet verstehen, ihre Forderungen durchzusetzen und durchzudrücken. Das ist schon bei der Bildung der Landesregierung nach den letzten Landtagswahlen zum Ausdruck gekommen. Damals konnte man schon feststellen — und es wurde auch von uns festgestellt —, daß diese ganz neue Form der Regierungsbildung, die ganze Art und Weise, wie man damals verhandelt hat, keine Hilfe für die Demokratie bedeutet, sondern zur Stärkung der Reaktion in Niederösterreich führen muß. Das sind Worte, die sich in den abgelaufenen Monaten immer mehr und mehr bewahrheitet haben. Wir haben darauf hingewiesen, daß das,

was von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp vor den sozialistischen Gemeindevertretern im Jänner des vergangenen Jahres als großer Sieg bei der Bildung der Landesregierung gefeiert wurde, in Wirklichkeit eine Kapitulation der Sozialisten und ein Vorstoß der Reaktion war. Man muß sich das in Erinnerung rufen, um die heutige Situation zu verstehen, und man muß sich erinnern und in den stenographischen Protokollen nachlesen, was damals Präsident Wondrak zu unserer Feststellung der Kapitulation der Sozialisten gesagt hat. Er erklärte damals, und zwar am 25. Jänner 1955 (*liest*): „Wenn man den Sieg der Vernunft ‚Kapitulation‘ nennen will, kann man das natürlich ohne weiteres tun. Unserer Meinung nach ist aber dieser Ausdruck ‚Kapitulation‘ nicht am Platz, sondern wir haben hier nur einen Zustand geschaffen, der, wenn das Land verwaltet werden muß, unbedingt geschaffen werden mußte.“ Diese Worte muß ich in Erinnerung rufen, weil Sie gerade jetzt — und es ist nicht unrichtig, was die sozialistischen Kollegen tun — mit Recht darauf hinweisen, daß die Ursache, die Wurzel für die ganzen Schwierigkeiten, in die Niederösterreich gekommen ist, in der Bildung der Landesregierung liegt. Damit haben die Sozialisten der ÖVP. uneingeschränkte Macht in der Landesregierung gegeben. Jetzt müssen Sie zugeben, daß damals nicht die Vernunft auf Ihrer Seite war, sondern auf unserer Seite. Wir sehen auch diese Dinge vom Klassenstandpunkt aus und wissen, daß man vor den Vorstößen der Reaktion nicht zurückweichen kann, weil man dann keinen Halt mehr findet. Wenn man mit dem Zurückweichen beginnt, dann weiß man nicht mehr, wo das enden wird. Wir haben es alle schon einmal in Österreich erlebt. Gerade die Lehren der Vergangenheit sollen für uns Vertreter der Arbeiterklasse immer wieder wachgerufen werden, weil wir auf Grund dieser Lehren der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft eine Wiederholung verhindern müssen. Wir wissen, daß bei den Wahlen zum niederösterreichischen Landtag die Sozialisten in den Wahlkampf mit den Schlagworten gezogen sind: Brechung der schwarzen Reaktion in Niederösterreich! Sie haben ein Mandat auf Kosten der ÖVP. gewonnen. Aber ist deswegen die Reaktion schwächer geworden? Haben wir nicht gerade nach diesem Erfolg der Sozialisten einen verstärkten Vorstoß der Reaktion in Niederösterreich erlebt? In der ganzen Personalpolitik wird noch unnachsichtiger wie vorher auf Grund der politischen Zugehörigkeit entschieden. Die demokratischen Spielregeln werden nicht eingehalten, sondern es wird autoritär diktiert. Wir haben es in der

Frage des Speisinger Krankenhauses erlebt, das zweifellos als Musterbeispiel eines Vorstoßes der Reaktion dasteht. Man kann die Dinge bei Speising drehen und wenden wie man will, ob Auflösung, ob Verlegung nach Mödling oder Klosterneuburg oder Grimmenstein, bei all diesen Rechnungen kommt letztendes immer nur die Verminderung der den Tbc.-Kranken zur Verfügung stehenden Bettenzahl um rund 160 heraus. (*Abg. Tesar: Das glaubst du ja selber nicht!*) Wenn du nicht rechnen kannst, kann ich es dir vorrechnen. Hier also die Einschränkung des Gesundheitswesens, daher Vorstoß der Reaktion auf sozialem Gebiet, gleichzeitig aber Vorstoß der Reaktion auch auf politischem Gebiet. Denn die Art und Weise, wie die Lösung der Speisinger Angelegenheit erfolgte, zeigt, wie wenig man von den Worten Demokratie und Freiheit, die immer wieder verkündet werden, halten kann. Ist es vielleicht demokratisch und der Würde des Landtages angemessen, daß ein Dringlichkeitsantrag über Speising abgelehnt und dem Gesundheitsausschuß zugewiesen wird, der sich schon dreimal vertagt hat, um zu studieren, welche Anstalt für die Tbc.-Kranken die geeignetste sei und ob die Auflösung von Speising überhaupt gerechtfertigt ist? Trotzdem sich der Gesundheitsausschuß, der an den Landtag Bericht erstatten soll, damit dieser Landtag über das Speisinger Krankenhaus entscheiden kann, noch mit dieser Frage beschäftigt, beschließt die Landesregierung — sie schert sich blutwenig um die Demokratie —, daß Grimmenstein an Stelle von Speising eingerichtet wird. Hier erweist man also zweifellos der Demokratie einen schlechten Dienst und der niederösterreichischen Bevölkerung einen noch schlechteren Dienst. Ich bin überzeugt, wenn die Daten über Speising und über die dort befindlichen Tuberkulosekranken mit einwandfreien Zahlen, nicht mit zurechtgebogenen, zugestutzten Ziffern, der niederösterreichischen Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden und eine Abstimmung darüber durchgeführt wird, ob das Speisinger Krankenhaus aufrecht erhalten bleiben soll, daß sich dafür eine überwiegende Mehrheit entscheiden würde.

Auch in einer Reihe von anderen Gebieten werden ununterbrochen Vorstöße der Reaktion unternommen. Mit Recht fragt sich jeder, nicht nur hier im Landtag, sondern auch draußen auf dem Lande, woher man den Mut nimmt, so etwas jetzt durchzuführen. Wir wissen, der Mut kommt daher, weil die Reaktion, wie ich schon einige Male darauf hingewiesen habe, von vornherein weiß, daß letztendes die sozialistischen Abgeordneten vor den Forderungen der ÖVP., der Reaktion, kapitulieren werden. So war es

auch bei der Bildung der Landesregierung. Die ÖVP. hat sich nicht beeilen müssen, sie hat die stärkeren Nerven gehabt, sie hat auf die Kapitulation der Sozialisten gewartet. Da gibt es kein Herumreden. Das war auch bei der Niogas so, und das war auch bei Speising der Fall. Man wußte, daß die Kürzungen im Budget 1956, dem die Sozialisten zugestimmt haben, die Schließung des Krankenhauses bedeuten würden. Man soll sich nicht selbst herabsetzen und erklären, das habe man damals nicht gewußt, es sei gesagt worden, es handle sich nur um ein Notbudget. Es war jedem klar, daß diese Budgetkürzung die Schließung des Krankenhauses nach sich ziehe. Aber trotzdem haben die Sozialisten ihre Hände gemeinsam mit der ÖVP., mit der Reaktion erhoben, als über das Budget abgestimmt wurde.

Die zweifellos angespannte Finanzlage des Landes Niederösterreich ist darin zu suchen, daß die Politik der Benachteiligung, die Niederösterreich schon einen Schaden von einigen Milliarden zugefügt hat, weitergeführt wird. Keine der beiden Regierungsparteien hat all die vergangenen Jahre nur das Geringste gegen diese Benachteiligung unternommen. Jetzt hört man manchmal Stimmen, die bestätigen, daß wir, die Kommunisten, den Kampf gegen die Benachteiligung geführt haben und daß Sie es zugelassen haben, daß diese Politik der Benachteiligung geführt wurde. Wir wissen, daß all das nicht notwendig gewesen wäre, wäre die sozialistische Fraktion hier etwas mehr kämpferisch gewesen und nicht zurückgewichen. Wenn es Ihnen doch wenigstens mit dem ernst gewesen wäre, was Sie draußen den Leuten versprochen haben! Glaubt denn wirklich jemand, daß eine solche Regierungsbildung zustande gekommen wäre, wenn es der sozialistischen Fraktion im Dezember 1954 ernst darum gewesen wäre, die Interessen der arbeitenden Menschen in der Demokratie zu vertreten. Die Sozialisten verfügen über die Gewerkschaften in Niederösterreich, und sie hätten die Kraft dieser 200.000 organisierten Arbeiter im Kampf gegen die Benachteiligung einsetzen können. Sie reden jetzt immer von der von Ihnen zu erstrebenden Mehrheit. Die größten Siege hat jedoch die Arbeiterschaft zu einer Zeit erfochten, wo die Frage der Mehrheit noch gar nicht zur Debatte gestanden ist, wo die Arbeiter im Reichsrat entweder nur ganz schwach oder überhaupt nicht vertreten waren. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist damals auch durchgesetzt worden, aber nur, weil sich die Arbeiter auf ihre wirtschaftliche Macht gestützt haben. Der größte Teil der Sozialgesetze ist zu einer Zeit verwirklicht worden, wo die sozialistische Par-

tei über eine Mehrheit gar nicht verfügt hat. Der Achtstundentag, die Urlaubsgesetzgebung, das Krankenversicherungsgesetz, die Invaliditätsgesetze sind zu Beginn der Ersten Republik unter Hanusch durchgeführt worden. Heute beruft man sich immer wieder darauf, daß man die wirtschaftliche Macht der Arbeiter nicht einsetzen kann und darf. Man informiert die eigenen Anhänger sogar vollkommen falsch darüber, was in Wirklichkeit geschehen ist. Man hat zu diesem Zweck die Lüge vom kommunistischen Putsch erfunden, als die Arbeiter ihre Löhne verteidigten, wie Hillegeist selbst heute zugeben muß. Es ist im Koalitionsübereinkommen sogar festgelegt worden, es dürfe kein allgemeiner Lohnkampf geführt werden, um sich vor der Arbeiterschaft als Verteidiger der Demokratie aufspielen zu können, weil man in den vorhergehenden Perioden sehr wenig davon merken konnte. Man wollte den Arbeitern weismachen, sie sollen ruhig sein und nicht mehr Löhne verlangen, da sonst ihre Freiheit und Unabhängigkeit in Gefahr seien, und man könne daher keine außerparlamentarischen Kampfmittel anwenden. Wie schaut es denn hier eigentlich mit dem parlamentarischen Kampf aus? (*Gelächter bei der ÖVP. und SPÖ.*) Sie werden selber zugeben, sehr armselig, sehr armselig! Sie haben der Regierungsbildung als Kollegialorgan zugestimmt, ohne einen parlamentarischen Kampf zu führen, und Sie haben desgleichen der Niogas zugestimmt, ohne einen Kampf zu führen. Sie haben des weiteren durch die Genehmigung des Budgets der Auflösung des Krankenhauses Speising zugestimmt, ohne einen Kampf zu führen. Zehn Jahre hindurch hat es kein Budget gegeben, dem nicht die sozialistische Fraktion zugestimmt hätte. Als wir schon vor Jahren auf die autoritären Ermächtigungen, die im Budget festgelegt waren und immer wieder festgelegt werden, aufmerksam gemacht haben, haben Sie sogar noch gegen uns Stellung genommen. Und nun wollen Sie sich noch wundern, daß das Ergebnis Ihrer Politik schließlich und endlich zu einer Stärkung der Reaktion in Niederösterreich geführt hat? Bei so einer Politik der Kapitulation, des ständigen Zurückweichens, des Nachgebens in allen Fragen kann es doch gar nicht anders sein. Es geht sogar so weit, daß die sozialistische Fraktion glaubt, unseren Kampf im Landtag durch die Ausschaltung aus den Ausschüssen unterbinden zu müssen. Es war gerade bei der Debatte über die Niogas-Gesellschaft, als kein anderer wie der Herr Abg. Wenger an den Präsidenten des Hauses die Aufforderung gerichtet hat, wieso er es überhaupt zulassen könne, daß die drei kommunistischen Abgeordneten ununterbrochen das

Wort ergreifen und sozusagen ihre Meinung dem Landtag aufzwingen. Genau diese Worte hat er gebraucht. Man will also nicht, daß ein Kampf geführt wird. Wenn man all die Jahre hindurch kapituliert, zurückweicht und alles hinnimmt, was die anderen vorschlagen, dann hat man selbstverständlich kein Verständnis dafür, hier im Landtag den Kampf im Interesse der arbeitenden Menschen zu führen. Wir werden uns aber nicht aufhalten lassen, die Interessen der Arbeiter weiterhin zu vertreten. Wir wollen unseren Kampf nicht in gemächlicher Ruhe und Kapitulation vor den Vorstößen der Reaktion führen, weil dieser Kampf heute wichtiger ist als in der Vergangenheit. In der „Arbeiter-Zeitung“ lehnt man zwar ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab, aber draußen gehen die SPO.-Funktionäre zu den Kommunisten und wollen ihnen weismachen: „Schaut, es wäre doch viel besser, wenn ihr für uns stimmt als für die Kommunisten“. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ja, glaubt denn ernstlich jemand, daß sich dadurch an dem Zustand, in dem sich die ganze sozialistische Politik befindet, irgendetwas ändern würde? Lesen Sie das Schlußwort, das am letzten sozialistischen Parteitag Ihr Obmann und Vizekanzler Schärf gesagt hat, in welchem er erklärte, es komme nicht darauf an, wer Bundeskanzler sei, denn die gemeinsame Politik sei ohnehin festgelegt. Das ist in der „Arbeiter-Zeitung“ nachzulesen. Das bringt sicher am deutlichsten, am klarsten zum Ausdruck, was von all den Reden zur Frage der Mehrheit der Sozialisten zu halten ist. Eines ist sicher, und das weiß die Bevölkerung draußen, daß der Kampf darum geführt wurde, um den kommunistischen Vertreter aus der Landesregierung zu entfernen. Drei Tage später war der Vorstoß der Reaktion da. Das ist Ihre Politik (*Heiterkeit bei der ÖVP.*), jeder weiß aber, wohin es führt, wenn die klassenbewußte Kraft im Parlament oder hier im Landtag fehlen würde, und jeder weiß auch, daß eine weitere Kapitulation und ein weiteres Zurückweichen vor der Politik der ÖVP. sich noch viel mehr auswirken würde, als es bisher der Fall gewesen ist.

Zweifellos ist die Lage in Niederösterreich sehr ernst, ernster als in jedem anderen Bundesland, weil hier die Politik der Benachteiligung noch weiter andauert und noch weiter fortgesetzt wird. Diese Benachteiligung hat zu der jetzigen angespannten finanziellen Situation in Niederösterreich geführt, und jeder, dem es um diese Situation in Niederösterreich ernst ist und der will, daß dieses Land einen wirtschaftlichen Aufschwung für seine ganze Bevölkerung nimmt, muß gegen die weitere Benachteiligung kämpfen und dagegen auftreten. Als erstes wäre notwendig, raschest die finanziellen Schwierig-

keiten zu überwinden. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß Niederösterreich bereits eine große Chance vergeben hat, indem es aus Unverständnis heraus und vielleicht aus Boswilligkeit es abgelehnt hat, von dem Angebot einer Anleihe durch die Sowjetunion Gebrauch zu machen. Wir haben damals schon festgestellt, wir werden für jede Anleihe, auch wenn sie vom Westen kommt, stimmen, wenn sie zu den gleichen Bedingungen gegeben wird wie die Sowjetanleihe. Die günstigen Bedingungen der Sowjetanleihe, wie zum Beispiel 2 Prozent Verzinsung, hätten die Möglichkeit geboten, den Wohnungsbau in Niederösterreich weiterführen zu können, weil nicht durch hohe Verzinsungskosten der Wohnungsbau so belastet worden wäre, daß jede Gemeinde oder das Land früher oder später Schiffbruch hätte erleiden müssen. Weiters wäre die Möglichkeit gewesen, den ehemaligen USIA-Betrieben, die früher von der russischen Militärbank Kredite zu 2 Prozent erhalten haben, die gleichen billigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Heute müssen diese Betriebe für Kredite von den österreichischen Banken $7\frac{3}{4}$ bis $8\frac{1}{4}$ Prozent Zinsen zahlen. Ferner wäre die Möglichkeit gewesen, durch großzügige Kanalisierungen und den Bau von Wasserleitungen den Gesundheitszustand der niederösterreichischen Bevölkerung wesentlich zu verbessern. Sie haben aber die Aufnahme dieser Sowjetanleihe abgelehnt. Sie haben damit die Verantwortung übernommen, daß einige zehntausend Wohnungen in Niederösterreich nicht gebaut werden können, daß nichts oder nichts wesentliches auf dem Gebiete der Kanalisation und des Wasserleitungsbaues geschehen wird und daß die ehemaligen USIA-Betriebe nach wie vor vom Bankkapital mit horrenden Zinssätzen ausgeplündert werden. Wir sagen aber auch, daß diese Sowjetanleihe nicht das Allheilmittel darstellt, sondern nur eine Überbrückung über die schwierigste Situation bedeuten kann, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Benachteiligung beseitigt ist und Niederösterreich den vollen Anteil an allen Zuwendungen erhält, auf die es kraft seiner Stellung und seiner Größe Anspruch erheben kann. Wir wissen, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung — das ist auch eine der Ursachen, warum die Wahlen vorzeitig ausgeschrieben wurden — gewaltig angestiegen ist. Die Bevölkerung bemerkt und jeder einzelne spürt es, daß aus all den Versprechungen während der letzten zehn Jahre, daß alles anders wird, wenn die Besatzungsmacht weg ist und Österreich die USIA-Betriebe und das Erdöl zurückerhält, daß zum Beispiel die Löhne erhöht, die Steuern gesenkt und die Renten heraufgesetzt werden, nichts wurde und daß es eben nur bei Versprechungen geblieben ist. Deswegen

werden wir, zustimmend dem Antrag der sozialistischen Fraktion auf Auflösung des Landtages, für die Ablehnung des Antrages des Verfassungsausschusses eintreten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W o n d r a k.

ABG. WONDRAK: Hoher Landtag: Die sozialistische Fraktion hat den Antrag gestellt, der niederösterreichische Landtag möge beschließen, daß seine Gesetzgebungsperiode frühzeitig beendet wird und daß in Verbindung mit den durchzuführenden Nationalratswahlen auch gleichzeitig Landtagswahlen ausgeschrieben werden. Wir haben diesen Antrag im Verfassungsausschuß vertreten und haben darauf verwiesen, welche Gründe und Ursachen es sind, die die Sozialisten bewogen haben, diesen Antrag zu stellen. Wir müssen festhalten, daß im Rahmen des Verfassungsausschusses, wo dieser Antrag verhandelt wurde, eine Stellungnahme der ÖVP. nicht erfolgte. Man begnügte sich mit Schweigen und hat letztenendes dann die Abstimmungsmaschine in Bewegung gesetzt und feststellen lassen, daß der Antrag der Sozialisten abgelehnt ist. Wir haben, wenn wir auch von den Vertretern der niederösterreichischen Volkspartei im Verfassungsausschuß nicht gehört haben, welche konkrete Stellungnahme sie zu diesem unseren Antrag bezogen haben, doch in der Presse und jüngst im Radio gehört, welche Auffassung die Volkspartei von unserem Antrag hat. In dieser Stellungnahme haben wir immer zu hören bekommen, daß die letzten Wahlen im Lande Niederösterreich dem Landtag einen Auftrag gegeben haben, der erfüllt werden muß, und daß die bisherigen Leistungen des nö. Landtages seit den Wahlen im Jahre 1954 ausreichen und die Gewähr dafür geben, daß man auf dem besten Wege ist, das Land Niederösterreich in eine bessere und schönere Zukunft zu führen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Dinge, wie sie nach den letzten Landtagswahlen vorgeherrscht haben, heute längst nicht mehr bestehen. Im Herbst 1954 hat es ja noch keinen Staatsvertrag gegeben, Österreich war noch besetzt und Niederösterreich hat unter dieser Besetzung besonders zu leiden gehabt. Dieser Umstand, der damals eben eine historisch gegebene Tatsache war, hat natürlich die Bewegungsfreiheit und die Möglichkeiten des Landes Niederösterreich weitestgehend beeinflusst. Dieser Umstand ist nun durch den überraschenden Abschluß des Staatsvertrages weggefallen. Wir haben nun schon seit einigen Monaten den Staatsvertrag und sind nicht mehr von fremden Truppen besetzt. Wertvolle wirtschaftliche Werte, die bisher vom Ausland ausgebeutet worden sind, sind zumindest wieder

in treuhändige Verwaltung von österreichischen Verwaltern übernommen worden. Nichtsdestoweniger stehen wir aber jetzt — und das wissen wir doch alle — vor einem Ausgangspunkt, und wir werden ja sehen, wie sich die Dinge in der nächsten Zukunft entwickeln werden. Hier beginnen also die Gegensätze zwischen uns und den anderen. Wir sind der Meinung, daß die heutige wirtschaftliche Situation, wie sie sich im Lande Niederösterreich darstellt, ganz anderer Methoden bedarf, um die notorischen, chronischen Schwierigkeiten, in die das Land seit seiner Befreiung im April 1945 geraten ist, endlich beenden zu können. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich Niederösterreich in den letzten zehn Jahren fortgewurstelt hat und daß dieses Fortwursteln es nur ermöglicht hat, die notwendigsten Erfordernisse zu befriedigen. Dieser Zustand des Fortwurstelns kann aber dem niederösterreichischen Volke auf die Dauer nicht zugemutet werden.

Wenn man in Österreich — mit wieviel Recht, das möchte ich hier nicht näher untersuchen — vom österreichischen Wirtschaftswunder spricht, das sich hier vollzogen hat, so muß man nach meiner Meinung leider feststellen, daß Niederösterreich beileibe von diesem Wirtschaftswunder nur wenig verspürt hat. Es wurden doch nur die allernotdürftigsten Dinge gemacht. Großzügige, das Land vorwärts bringende Entschlüsse sind in der letzten Zeit gar nicht gefaßt worden; sie konnten vielleicht gar nicht gefaßt werden, weil wir eben durch die russische Besetzung in eine gewisse unangenehme Situation gekommen sind. Es mag schon stimmen — und es wird dies gewiß niemand bestreiten —, daß Niederösterreich in vielen Belangen benachteiligt worden ist. Der Bund hat seine offene Hand gegenüber den westlichen und südlichen Bundesländern viel freudiger gehabt, als gegenüber Niederösterreich. Es wurde uns allerdings gesagt, daß durch den Umstand, daß Niederösterreich die russische Zone darstellt, das Vertrauen des Auslandes hier nicht gegeben sei und daß daher auf diesen Umstand insbesondere bei der Verteilung der ERP-Kredite hingewiesen worden ist. Wir geben zu, daß es zeitweise schwierige Situationen gegeben hat. In der kommunistischen Presse ist ja immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Russen Niederösterreich niemals verlassen werden, da man davon überzeugt ist, daß auf den Spitzen der russischen Bajonette die politische Situation von ganz Österreich erfaßt wird und daß daher das Kernstück von Österreich, nämlich Wien und Niederösterreich, nur der Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung der russischen Politik sei. Durch eine solche Schreibweise mußte natürlich Niederösterreich im Ausland nicht besonders sympathisch erscheinen; das ist ja all-

gemein bekannt. Ich kenne selbst unzählige Fälle, wo sich Leute gefürchtet haben, über den Semmering oder über die Enns zu gehen, weil sie meinten, hier kommen sie in ein Land mit Zuständen, die ihre persönliche und ihre finanzielle Sicherheit gefährden. Mag diese Auffassung auch zu Unrecht bestanden haben, so war sie doch in Wirklichkeit vorhanden. In der wirtschaftlichen Auswirkung von solchen Dingen entscheidet aber nicht die Frage, ob dieses Argument richtig ist oder nicht, sondern faktisch ist die öffentliche Meinung sofort mit solchen Ergebnissen da, die sehr zu Ungunsten des Landes ausfallen. Es kann nicht gesagt werden, daß diese ungünstige Behandlung Niederösterreichs nur deswegen erfolgte, weil die beiden — wie es immer heißt — Koalitionsparteien auf Bundesebene das so geregelt haben. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß von uns wiederholt darauf hingewiesen worden ist, daß bei allen Zuschüssen, die der Bund gibt, Niederösterreich bestimmt ungerecht behandelt worden ist. Gerade jetzt, wo ein Budget erstellt werden soll, bei dem es sich darum handelt, wie es in Zukunft in Niederösterreich werden soll, muß diese Frage endlich einer Lösung zugeführt werden, und es muß diesbezüglich ein gemeinsamer Weg gegangen werden. Bis jetzt ist dieser gemeinsame Weg aber noch nicht gefunden, weil die ÖVP. glaubt, Niederösterreich mit krummen Winkelzügen aus dieser Bedrängnis herausführen zu können. Wir sind der Meinung, daß es nur dann möglich sein wird, Niederösterreich zu helfen, wenn es im Rahmen des gesamten Bundesgebietes den Anteil erhält, auf den es auf Grund seiner wirtschaftlichen Kraft, auf Grund seiner Bevölkerungszahl und seiner geographischen Lage als Herzstück des Bundesgebietes absolut Anspruch hat. Wir hoffen, daß in objektiv und ehrlich geführten Verhandlungen ein Ausweg gefunden wird. Einen Weg, der darauf ausgeht, dem einen oder anderen von hinten herum, ohne die wirkliche Absicht auszusprechen, eines aufs Ohr zu versetzen, um eine endgültige und bleibende Besserstellung der niederösterreichischen Bevölkerung zu erreichen, den halten wir für ganz verfehlt.

Was hat uns nun bewogen, unseren Antrag zu stellen? Wir haben in Niederösterreich auf Grund seiner Verfassung eine Proporzregierung. In der Verfassung wird klar ausgesprochen, daß die nö. Landesregierung als Vollzugsorgan der Beschlüsse des Landtages nach der Stärke der politischen Parteien zusammengesetzt sein muß. Hier beginnen nun schon verschiedene Auffassungen. Wenn die Verfassung diese Bestimmung trifft, dann sind wir Sozialisten der Meinung, daß es sich nicht nur um eine formale Bestimmung handeln kann, sondern daß es in logischer Fortentwicklung dieser Verfassungsbestim-

mung auch möglich sein müßte, sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung als auch bei der Berücksichtigung der berechtigten Forderungen des gesamten niederösterreichischen Volkes diesen proportionellen Anspruch zu gewährleisten und zu sichern. Es müssen also in hohem Ausmaß die Interessen aller Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, abgewogen werden, und es muß auch getrachtet werden, dort, wo es Gegensätze gibt und wo Schwierigkeiten auftreten, einen gerechten Ausgleich zu finden, der sich in großen Zügen immer wieder darauf zu stützen hat, daß dem verfassungsmäßigen Zustand einer Proporzregierung gerecht wird. Wir haben aber gesehen, daß sich die Dinge in Niederösterreich in der letzten Zeit ganz anders entwickeln. Wir haben in unserem Antrag festgelegt, auf welchen Gebieten sich Gegensätze entwickelt haben, die nach unserer Meinung nur deswegen entstehen konnten, weil die Mehrheitspartei, die Volkspartei, sich absolut vom Boden der echten Demokratie und der ehrlichen Zusammenarbeit entfernt hat. Wenn wir allein auf die seinerzeitige Regierungsbildung zurückblicken, können wir nachweisen, daß schon damals Absichten bestanden haben, die von einer Zusammenarbeit weit entfernt gewesen sind. Schon damals hat sich die ÖVP. bemüht, ihren kleinen Vorsprung, den sie bei den letzten Wahlen erreicht hat, ganz rücksichtslos im Interesse ihrer eigenen parteipolitischen Bedürfnisse auszunützen. Die Frage der Regierungsbildung, die Frage der Ressortverteilung, die Frage, in welcher Form die Landesregierung ihre Geschäfte führt, all diese Dinge sind nichts anderes gewesen, als der Ausfluß von Bestrebungen der ÖVP., ihre Macht so auszunützen, daß ihren politischen Bedürfnissen restlos Rechnung getragen wird. Dies alles waren drastische Beispiele für uns, daß man nicht die Zusammenarbeit mit uns, das gegenseitige Verstehen sucht, sondern daß man versucht nachzuweisen, daß man mit einer Mehrheit von 4 : 3 Stimmen in der Landesregierung alles tun und machen kann, was der Volkspartei recht ist. Richtig soll in Niederösterreich nur das sein, was der ÖVP. frommt. Daß wir diesen Zustand natürlich nicht gelten lassen können und daß wir uns gegen diese Auffassung immer wieder zur Wehr setzen, ist selbstverständlich.

Wir stellen aber in unserem Antrag auch noch weiter fest, daß eine ganze Reihe von Fragen zu einem Gegensatz geführt haben, der eben zu unserem heutigen Antrag Anlaß gegeben hat. Zum Beispiel die Auffassung des Krankenhauses Speising! Dies ist nicht nur ein niederösterreichischer, sondern ich glaube ein österreichischer Skandal geworden, weil die Form von Sparmaßnahmen, daß man bei Tuberkulosekranken einige Millionen ins Trockene

bringen will, von niemandem, gleichgültig welcher Parteirichtung er auch angehört, wenn er nur halbwegs guten Willens ist, gut geheißt werden kann. Das können Sie überall erfahren, wenn Sie draußen am Land die Menschen fragen, wie sie über diese Angelegenheit denken. Die ganze Art und Weise, wie das gemacht wurde, die Kürzung der Budgetpositionen, der überraschende Antrag, der nicht vom Referat gestellt worden ist, sondern von einem anderen Mitglied der Landesregierung, das nachhaltige Suchen und ständige Variieren von Verlegung und Auflösung des Krankenhauses und immer wieder Nennung von neuen Häusern, wo die Tuberkulosen untergebracht werden sollen, ist ein typisches Beispiel dafür, daß man nicht die Absicht gehabt hat, eine vom finanziellen Standpunkt des Landes wichtige und notwendige Frage sachlich zu überprüfen. Es bestand vielmehr die Absicht, einen Schlager zu finden, der aber nichts anderes bedeutet, als daß man eine der ärmsten Gruppen von Kranken, die Tuberkulosen, in Aufregung versetzt und unter Umständen ihren Gesundheitszustand in Gefahr bringt. Das ist die Meinung, wie man sie überall im Lande hören kann.

Wir haben aber auch in den letzten Monaten überall in Niederösterreich erlebt, daß noch in verschiedenen anderen Fragen eine Einigung nicht erzielt werden konnte. So wäre es verlockend, über die Lehrerernennungen zu reden, bei denen die primitivsten Voraussetzungen für den öffentlichen Dienst, wie Qualifikation, Alter und Dienstzeit, überhaupt nicht mehr respektiert worden sind, sondern wo lediglich die Entscheidung darüber fiel, ob es sich um einen Kandidaten handelt, der der ÖVP. angehört, obwohl jeder Lehrer bei entsprechenden Voraussetzungen das Recht hat, sich um eine freigewordene Lehrerstelle zu bewerben. Aber auch bei der Wohnbauförderung haben wir gesehen, daß man die Sozialisten, die vorwiegend die Industriegemeinden vertreten und wo die Wohnungsnot am krassesten ist, ganz einfach mit 18 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel abgespeist hat, während die übrigen 82 Prozent von der ÖVP. in Anspruch genommen wurden. Wir haben also auf allen Gebieten bemerkt, wie sehr die ÖVP. zu einer ernstlichen Zusammenarbeit nicht bereit ist.

Es wird uns nun heute vorgeworfen, daß wir in den letzten Tagen, wo man bereits wußte, daß auf Bundesebene eine Einigung über wichtige Fragen nicht mehr erzielt werden konnte, mit den Vertretern der Volkspartei gesprochen haben, um zu einem gesunden und befriedigenden Ausgleich in Niederösterreich zu kommen. Wir bestreiten das nicht, wir geben es zu, daß das so war, weil wir immer noch der Meinung sind, daß es in Niederösterreich nur dann zu einer

Besserung der wirtschaftlichen Zustände kommen wird, wenn sich die beiden großen Parteien ein gemeinsames Arbeitsprogramm stellen. Solange das nicht gelingt, werden alle Dinge, die hier unternommen werden, nur Stückarbeit sein, und sie werden den gewünschten Erfolg im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung nicht zeitigen.

Unser Antrag ist also, wie Sie sehen, wohlbegründet. Es bleibt uns, wenn man die Ereignisse der letzten Monate objektiv verfolgt, nichts anderes übrig, als zu sagen, es soll das niederösterreichische Volk befragt werden, wie es sich zu diesen Dingen stellt. Wir haben unseren Antrag nicht leichtfertig dem Hause vorgelegt, sondern wir haben, wie ich schon gesagt habe, bis zur letzten Minute versucht, ob es nicht möglich ist, im Verhandlungswege einen Ausgleich zu finden. Da diese Möglichkeit sich nicht ergeben hat, bleibt nach unserem Dafürhalten nichts anderes übrig, als das niederösterreichische Volk selbst sprechen zu lassen. Es soll aufgerufen werden, ob es mit der Politik, wie sie in Niederösterreich in den letzten Monaten eingerissen ist, zufrieden ist, ob sie es gut heißt, daß in diesem Lande nicht die Verständigung und das gegenseitige Erkennen der Notwendigkeiten maßgebend ist, sondern daß die reine Abstimmungsmaschine darüber entscheidet, was in diesem Lande zu geschehen hat. Gerade deswegen, weil wir wissen, daß jetzt am Ende der Besetzung die entscheidenden Zeiten für Niederösterreich gekommen sind und gerade Niederösterreich durch die vielen USIA-Betriebe vor große und schwierige Aufgaben gestellt ist, die gelöst werden müssen, wenn nicht tausende Arbeitsplätze für den arbeitenden Menschen verloren gehen sollen, halten wir es für notwendig, daß wir das niederösterreichische Volk fragen, wie es sich die Neuordnung der niederösterreichischen Verhältnisse vorstellt. Die Demokratie weist uns diesen Weg, weil letztendes die Gesetzgebung vom Volke ausgehen soll. Wir sind daher der Meinung, daß unser Antrag berechtigt ist, und wir können daher dem Antrag des Verfassungsausschusses, der nur von der Mehrheit, das heißt von den ÖVP.-Mitgliedern des Verfassungsausschusses, beschlossen worden ist, nicht zustimmen, weil nur unser Antrag den wirklichen niederösterreichischen Interessen entspricht. Wir zeigen damit, daß wir gewillt sind, unsere Politik durch das niederösterreichische Volk überprüfen zu lassen und uns dem Willen des niederösterreichischen Volkes zu beugen. Wir sind fest davon überzeugt, daß die große Mehrheit des niederösterreichischen Volkes nicht will, daß der Zustand, wie er sich hier seit den letzten Landtagswahlen eingebürgert hat, zu einem Dauerzustand wird. Denn das niederösterreichische Volk hat einen

gesunden Instinkt und verspürt, daß ein solcher Zustand, auf Jahre hinausgezogen, für es keine guten Früchte bringen kann. Wir sind der Auffassung, daß der Verfassungsausschuß, nämlich die Mehrheit des Verfassungsausschusses, dem Hause keinen guten Antrag vorlegt, wir müssen daher in dieser entscheidenden Stunde mit allem Nachdruck alle Mitglieder des Landtages bitten, dem Antrag des Verfassungsausschusses die Zustimmung zu versagen. Treten wir hin vor die Wähler, lassen wir sie entscheiden! Alle Gründe, die von der Mehrheit hier ins Treffen geführt werden, sind nicht stichhältig. Wenn man uns sagt, es brauche lange und kostbare Zeit, bis nach den Wahlen das neue Haus wieder arbeitsfähig ist, es könne die Verwaltung nicht fortgeführt und das vorgehabte Programm nicht durchgeführt werden, so können wir, die wir die Gesetzgebungsmaschinerie des Landtages seit einem Jahrzehnt kennen, diesem Argument keine Beachtung schenken. Wenn es möglich ist, in kürzester Zeit gesetzliche Notmaßnahmen zu beschließen, die ohne weiteres den Erfordernissen gerecht werden, dann glauben wir, daß man dem Antrag des Verfassungsausschusses die Zustimmung versagen und letztendes den höchsten Souverän unseres Landes, das niederösterreichische Volk, befragen soll, wie es sich die Zukunft dieses Landes vorstellt. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Landesrat Müllner.

LANDESRAT MÜLLNER: Hohes Haus! Präsident Wondrak hat zur Begründung des Auflösungsantrages seiner Partei erwähnt, es wäre angesichts der durch den Abschluß des Staatsvertrages geschaffenen neuen Situation notwendig, die gesetzgebenden Körperschaften neu zusammenzusetzen. Ich habe dieses Argument heute zum ersten Male gehört. Ich glaube, dieses Argument mit der Feststellung abtun zu können, daß gerade die sozialistische Fraktion im Herbst des vergangenen Jahres auf einen solchen Wunsch negativ geantwortet hat. Ich staune daher, daß diese Begründung jetzt im Landtag auftaucht. Das von Präsident Wondrak an zweiter Stelle genannte Argument ist eigentlich das Hauptargument. Er sagt nämlich, es wären keine günstigen Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit vorhanden, er gibt aber zu, daß Verhandlungen über Vereinbarungen, die eine solche Zusammenarbeit ermöglichen sollten, stattgefunden haben. Ich möchte hierzu feststellen, daß es nur bei der Besprechung dieser Möglichkeiten geblieben ist. Es sind weder am Samstag im Bundeskanzleramt, noch am Dienstag, dem Tage, an dem die Auflösung des Parlamentes von den Koalitionsparteien besprochen wurde, Abmachungen getroffen worden.

Denn es haben die Vertreter der Österreichischen Volkspartei unmißverständlich gegenüber der Sozialistischen Partei erklärt, daß die Erfüllung irgendwelcher Wünsche der Sozialisten davon abhängen, in welcher Weise sie den Wünschen der niederösterreichischen Bevölkerung und der niederösterreichischen Landesregierung Rechnung tragen. *(Zwischenruf bei den Sozialisten: Fragen Sie die Bevölkerung!)* Wir vertreten die Mehrheit der Bevölkerung und diese Mehrheit wünscht, daß diesem Land geholfen wird. *(Rufe bei der ÖVP.: Sehr richtig!)* Diese Mehrheit der Bevölkerung muß feststellen, daß wir bei unserem Kampf um die Erfüllung ihrer Wünsche, die vorzüglich auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet liegen, nicht die Unterstützung der Sozialistischen Partei Österreichs haben. Diese Wünsche liegen einerseits auf dem Sektor der Aufnahme von Krediten und andererseits — wie der Herr Landeshauptmann in seinem Forderungsprogramm gesagt hat — auf dem Sektor der Forderung nach einer gerechten Beteiligung an unseren Bodenschätzen. So klar und einfach sind unsere Wünsche, daß es uns nicht möglich ist, mit irgendjemandem Vereinbarungen zu treffen, der nicht die von uns verlangten Voraussetzungen erfüllt oder nicht erfüllen kann. Auf dem einen Sektor müssen wir mit der Sozialistischen Partei Österreichs und auf dem anderen Sektor mit der Sozialistischen Partei Niederösterreichs verhandeln. Für uns ist das aber ein und dasselbe. Für uns kann es keine Teilung der Verhandlungen geben, und darin liegt vielleicht die Schwierigkeit begründet.

Sie sagen, es wäre Ihr Wunsch, die Arbeiten der Landesregierung als Kollegialorgan der Landesverwaltung zu regeln. Ich erlaube mir hiezu zu bemerken, daß die Landesregierung über ihre Geschäftseinteilung am 23. September 1954 nach langen Wochen wieder verhandelt hat. Der Herr Landeshauptmann hat in dieser Landesregierungs-sitzung ohne Bindung an irgendeinen Klubbeschluss den Vorschlag, der auf der alten Geschäftseinteilung beruht, gemacht, lediglich mit der Einschränkung, daß er sich das Antragsrecht für das Gemeindereferat und für das Krankenhaus Speising vorbehält. Das möchte ich besonders betonen, weil manchmal behauptet wird, daß der Fall Speisinger-Krankenhaus erst ein Fall der letzten Zeit wäre. Die Sozialistische Partei hat diesen Vorschlag abgelehnt, sie hat es auch abgelehnt, die Aufteilung der Referate so anzunehmen, wie es ihren Regierungsmitgliedern zugekommen wäre. Die Sozialistische Partei hat dann in Gemeinden und Betrieben Protestversammlungen abgehalten, und für den 14. Jänner eine Großkundgebung im Sofiensaal angemeldet. Am 13. Jänner hat die Landesregierung nun nochmals die Verteilung der Referate besprochen und hat einen Antrag des Herrn Landeshauptmannes be-

handelt, der folgenden Wortlaut hat (*liest*): „Wenn die Landesregierung, so wie es bisher immer üblich war, eine Aufteilung der Agenden vornimmt, so stellt sie hiezu ausdrücklich fest, daß selbstverständlich die Bestimmungen des Artikels 101 des Bundesverfassungsgesetzes und des Artikels 29 des Landesverfassungsgesetzes durch diesen Beschluß in keiner Weise berührt werden oder berührt werden können. Das oberste Vollzugsorgan bleibt in allen Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes die Landesregierung als Kollegialorgan. Die Landesregierung als Kollegialorgan ist daher berechtigt, jedes Mitglied der Landesregierung zur Berichterstattung über jede in seinen Geschäftsbereich gehörende Angelegenheit aufzufordern. Jedes Mitglied der Landesregierung ist berechtigt, über jede Angelegenheit, auch wenn sie zum Geschäftsbereich eines anderen Mitgliedes der Landesregierung gehört, einen Antrag zu stellen. Die Beschlußfassung über jede einzelne Angelegenheit des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes ist unter allen Umständen letztenendes der Landesregierung als Kollegialorgan vorbehalten und kann daher durch Mehrheitsbeschluß getroffen werden.“ Der Herr Landeshauptmann hat dann noch folgenden Zusatzantrag gestellt (*liest*): „Der Herr Präsident des Verfassungsgerichtshofes ist zu ersuchen, ein Rechtsgutachten darüber abzugeben, ob der heute gefaßte Beschluß betreffend Geschäftseinteilung verfassungsmäßig und gesetzmäßig ist.“

Diese Beschlüsse wurden in der Landesregierung einstimmig genehmigt. Es ist daher ganz sonderbar, wenn jetzt die Sozialistische Partei sagt, es wäre das umstritten. Ich lese aus Ihrer Presse, daß dieses Gutachten des verstorbenen Herrn Präsidenten Dr. Adamovich angeblich einseitig wäre und andere Verfassungsjuristen anderer Auffassung seien. Ich muß dazu nun mitteilen, daß es nicht allein bei diesem Rechtsgutachten geblieben ist, sondern es hat Herr Dr. Scheffenegger, ein Rechtsanwalt der Sozialistischen Partei, für den vom Herrn Landeshauptmann abgesetzten Bürgermeister von Ziersdorf eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde eingereicht, über welche der Verfassungsgerichtshof beraten und unter Vorsitz des damaligen Vizepräsidenten und jetzigen Präsidenten Dr. Zigeuner ein Urteil gefällt hat. In diesem Urteil, das ziemlich langatmig ist, heißt es unter anderem (*liest*): „Gerade die Bestimmung des Artikel 34 Abs. 1 der Landesverfassung gibt unmißverständlich zu erkennen, daß in Niederösterreich das Verhältnis des Landesrates zur Landesregierung das der Unterordnung unter sie ist, da der Landesrat auch in der behaupteten selbständigen Geschäftsführung nur als beauftragtes Organ der Landesregierung tätig werden kann. Der Landesrat besorgt unter eigener Verantwortung nur jene Verwaltungsgeschäfte, die

ihm auf Grund der von der Landesregierung beschlossenen Geschäftsverteilung zufallen, und diese nur im Namen der Landesregierung. Nur diese Auslegung der verfassungsrechtlichen Stellung des einzelnen Landesrates wird im Artikel 101 des Bundesverfassungsgesetzes niedergelegt und im Artikel 29 der nö. Landesverfassung wiederholt, wird aber auch dem durch Artikel 34 der Landesverfassung nicht in Frage gestellten Grundsatz gerecht, daß die Vollziehung im selbständigen Wirkungsbereich des Landes Sache der Landesregierung ist. Nach § 18 der für die Landesregierung von Niederösterreich geltenden Geschäftsordnung verhandelt und beschließt die Landesregierung in Kollegialberatungen unter dem Vorsitz und der Leitung des Landeshauptmannes oder seines Stellvertreters.“

Ich glaube, daß nichts so deutlich und einheitlich entschieden ist, als gerade diese Frage. Es ist nun der Wunsch der niederösterreichischen sozialistischen Partei, daß gerade diese Frage durch ein Abkommen aus der Welt geschaffen werden soll, das ist aber unmöglich, weil diese Frage ein verfassungsmäßiges Recht jedes einzelnen Mitgliedes der Landesregierung berührt.

Das ist die politische Seite des Antrages der Sozialistischen Partei, betreffend die vorzeitige Auflösung des niederösterreichischen Landtages. Es wird aber noch ein weiterer Grund für diesen Antrag angeführt, und zwar betrifft er die wirtschaftliche oder finanzielle Seite. Wir lesen in allen Ihren Zeitungen — ich will nicht alle Artikel anführen — und auch in der Pressekonferenz, die von den Mitgliedern der Sozialistischen Partei abgehalten wurde, ist davon gesprochen worden, daß Niederösterreich ein bankrotttes Land ist und daß es sich in einer Finanzlage befindet, die die derzeitige Führung des Landes nicht weiter gestattet. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich bei jeder Budgetberatung — und ich möchte es allen in Erinnerung rufen — noch immer gesagt habe, die finanzielle Grundlage des Landes ist eine katastrophale, ist eine unmögliche, weil dem Land oder den Ländern vor allem anderen die Steuerhoheit fehlt. Man kann nicht von der Selbständigkeit einer Körperschaft sprechen, wenn eine solche Körperschaft keine Steuerhoheit besitzt. Es war immer mein Kampf bei allen Finanzverhandlungen, daß die Länder auch Steuerrechte oder die Steuerhoheit wieder bekommen. Leider war dieses Bemühen durch den Widerstand der Sozialistischen Partei immer zum Scheitern verurteilt. Ich glaube, daß es doch einmal klar gesagt werden muß, wer eigentlich diese schwierige finanzielle Lage des Landes zum größten Teil herbeigeführt hat. Es ist doch so, meine Herren, daß es auch bei der jetzt erfolgten Steuerermäßigung, die vom Nationalrat beschlossen wurde, vielen nicht bekannt wurde oder bekannt ist, daß diese Ermäßigung

den Bundeshaushalt, also die Steuereinnahmen des Bundes, nur zu 3 Prozent betrifft, während die Einnahmen der Gemeinden zu 20 Prozent betroffen werden und die Einnahmen der Länder fast zu 60 Prozent. Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der Länder dem Herrn Finanzminister gesagt haben, das sei unmöglich und das müsse aufgeholt werden. Nach langen Beratungen haben wir mit dem Finanzminister festgelegt, daß die Länder für diesen Ausfall mindestens 100 bis 120 Millionen Schilling als zusätzliche Entschädigung erhalten sollen. Es war aber dann nicht möglich, dieses Abkommen auszudrücken, weil die Vertreter der Sozialistischen Partei diese festgelegten Beträge auf 60 Millionen Schilling heruntergedrückt haben. Bei allen diesen Fragen ist es so, daß die Länder gegen die Vertreter der Sozialistischen Partei und vor allem gegen die Vertreter des Landes Wien ankämpfen müssen.

Weil ich schon von den Gemeinden spreche, so möchte ich dazu noch ausführen, wie es mit den Gemeinden im Lande Niederösterreich aussieht, wo Sie (*zu den Sozialisten gewendet*) dieselbe schwierige Finanzlage haben wie das Land und daher vielleicht auch in die unangenehme Lage kommen werden, entweder überhaupt kein Budget aufstellen zu können oder nicht wissen, wie diese oder jene notwendige Frage zu lösen ist.

Die Gesamtbevölkerung Niederösterreichs beträgt 20,2 Prozent der Bevölkerung Österreichs; die Gesamtheit der niederösterreichischen Gemeinden erhält aber nicht 20 Prozent von allen gemeinschaftlichen Abgaben, sondern nur 17,1 Prozent. Die Gemeinde Wien hat dagegen 23,3 Prozent der Gesamtbevölkerung und einen Anteil von 32 Prozent an sämtlichen gemeinschaftlichen Abgaben. Während also Niederösterreich gegenüber seiner Bevölkerung um 3,1 Prozent weniger hat, hat die Gemeinde Wien um 8,7 Prozent mehr. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß wir bei den Finanzverhandlungen immer mit einer ungeheuren Stärke verlangen, daß die Ertragsanteile für die Gemeinden zuerst nach dem natürlichen Bevölkerungsschlüssel der Länder aufgeteilt werden und erst dann innerhalb der Länder auf die Gemeinden. Nehmen Sie zum Beispiel den jetzigen Monat her. Da haben sämtliche Gemeinden Niederösterreichs um 5 Millionen Schilling weniger bekommen, als sie bekommen müßten, wenn sie nach dem natürlichen Bevölkerungsschlüssel beteiligt würden. Zur selben Zeit hat das Land Wien um 13,5 Millionen Schilling aber mehr bekommen. Wenn also die niederösterreichischen Gemeinden durch die Sozialistische Partei genau so unterstützt würden, wie die Gemeinde Wien, dann wären die Gemeinden Niederösterreichs jetzt schon in einem Monat in eine viel bessere Finanzlage versetzt, denn der Differenzbetrag macht 18,5 Millionen Schilling aus. Im ganzen Jahr

wären es also viele Millionen Schilling, die wir für alle Gemeinden Niederösterreichs haben könnten. Es ist aber nicht möglich, in dieser Angelegenheit zu einem Ergebnis zu kommen, denn die Sozialistische Partei Österreichs hat kein primäres Interesse für die niederösterreichischen Gemeinden oder für das Land Niederösterreich, weil die Zielsetzung dieser Partei in einem anderen Gebiet, nämlich in Wien, liegt. Darum haben wir in dieser Frage und in allen anderen Fragen Schwierigkeiten.

Die niederösterreichischen Gemeinden werden sich heuer auch sehr schwer tun — soweit sie Spitalserhalter sind —, weil das Krankenanstaltengesetz bisher nicht zustande gekommen ist. Ich glaube, es ist unbestritten und allgemein bekannt, daß das Scheitern dieser Gesetzesvorlage durch den sozialistischen Städtebund oder durch seinen Generalsekretär Bundesrat Riemer veranlaßt wurde. Als der Sozialausschuß im Parlament vertagt wurde, haben wir alle gewußt, jetzt ist es mit dem Krankenanstaltengesetz für das Jahr 1955 endgültig vorbei.

Es ist nicht am Platze, zu sagen, wenn jemanden in Niederösterreich der Schuh drückt, daß er zur Landesregierung oder vielleicht zum Landesfinanzreferenten kommen und diese oder jene Hilfe verlangen soll. Da müssen wir schon sagen, daß wir keine Zauberer sind, um das gutzumachen, was andere schlecht gemacht haben. Es ist daher notwendig, daß wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln haushalten. Es ist auch notwendig, daß wir Ersparungen durchführen, zu denen wir uns selbstverständlich bekennen. Es wäre für jede Verwaltung fehl am Platze, wenn sie mehr ausgeben würde, als sie einnimmt. Die Ersparungen sind nicht immer angenehm, insbesondere nicht für jenen, der sie verantworten muß. Leicht ist es aber, über sie zu kritisieren.

Ich darf aber noch etwas sagen. Die Behauptung, daß das Land bankrott ist, muß ich zurückweisen, denn zum Bankrott gehören . . . (*Zwischenrufe links. — Lärm. — Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sie dürften besonders voreingenommen oder aber nicht besonders informiert sein, denn zum Bankrott gehören nicht bezahlte Rechnungen oder nicht bezahlte Gehälter. Sagen Sie mir ein Land, das so pünktlich bezahlt wie Niederösterreich! Bei uns liegt keine Rechnung unbezahlt in der Kasse! Sagen Sie mir einen Beamten oder Angestellten, der mit seinem Gehalt bei der Auszahlung im Rückstand ist. Diese beiden Fundamente für eine geordnete Verwaltung sind so lange gesichert, so lange wir als Mehrheitspartei in diesem Hause die Verantwortung tragen. (*Beifall rechts.*)

Wir haben eine Landesanleihe zur Zeichnung aufgelegt und dies im großen Publikumskreis bekanntgemacht. Es ist besonders erfreulich, daß

objektive Börsennachrichten und Zeitungen schreiben, es sei bemerkenswert, daß diese Landesanleihe einen so guten Absatz findet. Ich füge aber noch hinzu, daß dies keine Trugschlüsse zulassen soll, denn unter den Zeichnern sind nicht nur Großzeichner vorhanden, sondern auch eine Unmenge von Kleinzeichnern aus Niederösterreich. Und gerade das ist unser Stolz, weil es zeigt, daß das Vertrauen dieser kleinen Leute, die ihr Geld hingeben, um für das Land eine Landesanleihe zu zeichnen, groß ist.

Die Finanzlage des Landes ist ernst, ja wir können sie sogar katastrophal nennen, wenn wir an die ungeheuren Aufgaben denken, die dem Lande vorbehalten sind. Sie sind zwar nicht verpflichtend vorgeschrieben, aber sie werden von uns als Verpflichtung empfunden, denn in diesem Lande, über das der Krieg und die Nachkriegszeit hinweggegangen ist, sind ungeheure Schäden an Straßen, Brücken, öffentlichen Gebäuden, Wohnhäusern, Betrieben, Hotels usw. entstanden, die wir gutzumachen haben.

Wir können nur eines wiederholen, was schon der Herr Landeshauptmann mehrmals gesagt hat, nämlich daß Niederösterreich in den vergangenen Jahren keine Möglichkeit gehabt hat, diese Schäden gutzumachen. Die Mittel aus den ERP-Geldern sind für Niederösterreich nur spärlich geflossen und alles, was wir an Großleistungen in Niederösterreich aufzuweisen haben, wurde durch eigene Kraft geschaffen. Ich will heute nicht untersuchen, wer verantwortlich für die geringe Zuteilung von ERP-Geldern ist. Wir wissen schon, daß es Büros sind, die von ausländischen Funktionären besetzt waren, aber manchmal hat ein Flüsterton sie in mancher ihrer Haltung gestärkt, die nicht im Interesse Niederösterreichs gelegen war. (*Ruf bei der SPÖ.: Schöllner-Bleckmann!*) Wir haben daher nach der neuen Situation, die durch den Staatsvertrag entstanden ist, uns auch bereit erklärt, von jedem Land eine Anleihe aufzunehmen, wenn sie zu den gleichen Bedingungen gegeben wird, wie die ERP-Anleihen. Wir haben daher, als wir von dem Schilling-Konto Rußlands bei der Nationalbank Kenntnis erhalten haben, ersucht, ob uns diese Schillingbeträge in Form einer Anleihe zur Verfügung gestellt werden könnten. Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß dieses russische Schilling-Konto, wenn es der Wirtschaft zugeführt werden könnte, am zweckmäßigsten verwendet wäre. Wenn dabei keine politische Bindung oder sonstige Abmachung zu unterschreiben ist, sind wir bereit, diesen Anleihevertrag — und nur um einen solchen handelt es sich — zu unterschreiben. Doch wie war die Reaktion der Sozialistischen Partei darauf? Ich glaube, ich brauche darüber nicht näher zu sprechen. Sachlich war sie auf keinen Fall, denn es wurde von Ihnen gesagt, Niederösterreich soll

wieder an Rußland verkauft werden oder was weiß ich, welche Tartaren-Nachrichten hier verbreitet wurden. Durch diese Reaktion ist die Finanzlage des Landes Niederösterreich nicht gestärkt worden, sondern es wurde damit nur bestätigt, daß man jedem Lösungsversuch für unsere Finanzlage, ob er jetzt so oder so ist, immer wieder Schwierigkeiten bereiten wird. Man wird uns nun russophil oder kommunistenfreundlich nennen. Wir werden überdies von vielen auf der linken Seite als Reaktionäre angesprochen, wie es ja heute schon in einer Rede geheißt hat, daß die Reaktion wieder im Werden sei. Wir sind aber stolz, daß wir auf Grund unserer bisherigen und weiteren Einstellung von Haus aus gegen eine kommunistische Infiltration immun sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist für die Finanzlage des Landes nicht nur eine Lösung auf dem Kreditweg notwendig, sondern wir haben auch einen weiteren Weg aufgezeigt, und dieser Weg ist der, daß wir unsere Forderung an einem Anteil an unseren Bodenschätzen erheben. Wir haben immer nur von einem gerechten Anteil gesprochen. Totalitätsabsichten liegen uns auf wirtschaftlichem Gebiete genau so fern, wie auf politischem. Wir haben seit einem halben Jahr einen Weg gesucht, um zu einem Ergebnis zu kommen, aber wir können dazu nur eines sagen: Was Waldbrunner einmal in der Hand hat, das gibt er nicht mehr her (*Heiterkeit bei der SPÖ.*), und darum war unser ganzes Bemühen vergeblich. Es war deshalb selbstverständlich, daß wir einmal die rechtlichen Grundlagen seines Machtanspruches untersucht haben, und da mußten wir feststellen, daß der Herr omnipotente Minister für die verstaatlichten Betriebe vor allem anderen nach österreichischem Recht keine Konzession besitzt. Es war daher für uns selbstverständlich, daß wir um eine Konzession für Schurfrechte angesucht haben. Niederösterreich oder seine Landesgesellschaft hat nun diese Schurfrechte erhalten. Was sind nun Ihre Gegenargumente? Man sollte meinen, daß es für ganz Niederösterreich nur ein Glück wäre, wenn man einen solchen Besitz in Händen hat, und es müßte eigentlich alles widerspruchslos nach diesem Besitz greifen und sagen, endlich ist eine Lösung gefunden. Aber Parteigründe scheinen bei Ihnen oft stärker zu sein, als die Verbindung zum eigenen Land. Sie haben gesagt, man könne doch nicht einem Land ein Geschenk machen. Ein Geschenk? Ich habe diesem Herrn darauf gesagt — ich will seinen Namen nicht nennen —: Herr so und so, Sie glauben, es sei ein Geschenk, nein, für uns ist es Eigentum und wir haben darauf einen Rechtsanspruch! (*Rufe bei der ÖVP.: Jawohl!*) Es ist ein Rechtsanspruch, der einem Lande zukommt, das durch zehn Jahre die schwersten Lasten der Nachkriegszeit zu tragen gehabt hat. (*Beifall bei*

der ÖVP.) Ja, man sagt noch etwas anderes, nämlich einem bankrotten Land soll kein Geld zugeschanzt werden! Wir wollen nichts Zugeschanztes haben, wir wollen nur unseren gerechten Anteil, und dieser gerechte Anteil, der sollte von allen Seiten unterstützt werden. Doch Sie (*zu den Sozialisten gewendet*) haben diese Unterstützung verweigert. Sie meinen, es müsse dabei auf eine andere Weise vorgegangen werden. Sie haben es uns schon einmal gezeigt, was Sie unter dieser anderen Weise verstehen. Vielleicht meinen Sie das Rezept, nach welchem so viele wirtschaftliche Kämpfe in Österreich geführt werden: Zuerst „rot“ werden, und dann kommt die Belohnung. Doch solange wir hier kämpfen, werden wir um unser Recht kämpfen. Wenn Sie sich dem allmächtigen politischen Führungsprinzip der verstaatlichten Betriebe beugen, so werden wir uns diesem Prinzip nicht beugen, sondern wir werden unsere wirtschaftliche und kulturelle Weltanschauung immer verteidigen und immer und immer wieder unser Recht fordern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben Ihre Meinung mit sonderbaren Begründungen untermauert. Ich lese im Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, daß das Erdöl von den Sozialisten gebracht wurde, es sei daher Ihre Errungenschaft! Wenn man aber die Ereignisse des vorigen Jahres an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, so muß man über diese Behauptung geradezu den Kopf schütteln. Es gehört sicherlich zu einer historischen Geschichtsklitterei, wenn man es wagt, so etwas zu behaupten. Es ist richtig, daß der Vertreter der Sozialistischen Partei vor Abflug nach Moskau erklärt hat: „Wir fordern das Öl für uns!“ (*Hört! Hört! Rufe bei den Sozialisten.*) Nur hätte der Delegationsführer Raab sagen müssen, wenn er so von der Illoyalität Ihrer Partei überzeugt wäre, wie wir: „Macht euch das allein aus!“ Dann wäre Schärf zitternd vor dem Flugzeug gestanden, und hätte gesagt: „Ich traue mich nicht“ (*Beifall bei der ÖVP. — Unruhe bei den Sozialisten.*), denn ich habe noch nie gesehen, daß Ihre Regierungsvertreter bei Verhandlungen mit Hochkommissaren viel Mut gezeigt hätten. Ich glaube, daß Sie nicht bestreiten können, daß die Verhandlungen initiativ von der Österreichischen Volkspartei und ihrem Kanzler geführt wurden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Daß jemand, der nur mitfliegen durfte (*Unruhe bei den Sozialisten*), sich entschlossen hat, zu sagen: ich fordere, daß ich auch dabei bin — das ist zu viel. Für Sie möge es eine Aufmunterung Ihrer gebrochenen Herzen sein, daß Sie eben nicht überall führend sein können, es soll aber auch ein Trost für Sie sein. Daß die Sozialistische Partei aber ein Recht auf das Erdöl davon ableitet, ist so absurd, daß man nicht weiß, wie man ein solches Argument bezeichnen soll.

Sie machen dann aber auch noch rechtliche Einwendungen, und die Sozialistische Partei hat mit ihren rechtlichen Auslegungen in der letzten Zeit kein sehr großes Geschick bewiesen. Sie hat auch hier keine sehr gute Auslegung gefunden. Die Sozialisten behaupten nämlich, daß die ÖMV. Schürfrechte habe, weil die Russen die Konzession erhalten hätten. Ich habe Jahre hindurch immer nur gelesen und gehört, daß die Russen ihre Bohrungen ohne Konzession und ohne Schürfrechte vorgenommen haben. Wenn in einem Vertrag nun die Erdölgebiete zurückgegeben werden, kann man doch nicht behaupten, daß derjenige, der sie zurückgibt, auch gleichzeitig die Schürfrechte seinerzeit erhalten hat. Das ist vielleicht eine Argumentation, die sich mancher zurechtlegt, aber man müßte sie erst einmal beweisen. (*Unruhe bei den Sozialisten.*) Es kann doch niemand sagen, daß jemand in einer halben Sekunde ein Schürfrecht bekommt, wenn er 10 Jahre hindurch ohne Konzession das Erdöl ausgebeutet hat.

Sie behaupten auch, daß der Vertrag, der hier festgelegt ist, rechtswidrig und ungesetzlich sei. Ich muß Ihnen aber mitteilen, daß in diesem Vertrag alle Rechte ausgenommen sind, die durch das Erste Verstaatlichungsgesetz und durch die Abmachungen der Regierung schon vergeben wurden. Es ist ohne weiteres möglich, die Gültigkeit dieses Vertrages durch eine Gerichtsinstanz entscheiden zu lassen. Mehr verlangen wir nicht. Doch Sie machen es anders. Sie berufen eine Versammlung der Betriebsräte ein, die hören sich Ihre Reden mit großer Begeisterung an und fassen Beschlüsse. Wenn kommunistische Betriebsräte rufen: „Haut's ihn nieder, erschlagt ihn“, so ist das keine richtige Demokratie. Auch wenn dort Staatssekretär Kreisky ein Referat hält, und erklärt, daß hinter der Niogas arbeiterfeindliche Personen stehen, dann sind wir davon überhaupt nicht beeindruckt. Wir wünschen lediglich, daß die Angelegenheit rechtlich entschieden wird. Diese Gewaltanwendung und diese Drohungen werden Sie, wenn Sie in Ihrer Politik so weiter fortfahren, nicht mehr los werden. Sie werden dann möglicherweise rufen müssen: „Wohin und wo zurück?“ Ich und wir warnen Sie davor. Sie haben schon einmal, und zwar vor einem Jahr mit einem Generalstreik gedroht. Rufen Sie nicht zusehr nach der Gewalt. Wenn Sie behaupten, es wäre das Erdöl verstaatlicht, muß ich Ihnen entgegenhalten, daß Sie nicht recht haben. Sie behaupten doch etwas falsches. Durch Ihre Mithilfe und durch Ihre Zustimmung schürft jetzt in Oberösterreich eine ausländische Gesellschaft. Warum werden die nicht erschlagen? Vielleicht, weil es Ausländer sind? Das verstehe ich nicht. In all Ihren Propagandaschriften habe ich noch nie etwas über Schürfrechte gelesen. Darum glaube ich, ist Ihre Meinung nicht ganz richtig. Rechtlich müssen die verstaatlichten Betriebe irgendeine

Grenze haben, sonst wäre ja auch das Erdöl in Oberösterreich verstaatlicht. Genau so behaupten Sie, der Bergbau sei verstaatlicht. Das stimmt doch gar nicht. Wenn Sie zum Beispiel heute wissen, daß auf Ihrem Grund und Boden Kohle zu finden ist und um eine Schürfkonzession ansuchen, so werden Sie sie wahrscheinlich bekommen. Niemand wird sagen können, nach dem Verstaatlichungsgesetz ist das auch verstaatlicht. Wenn Sie sich einmal die Zeit nehmen und das Verstaatlichungsgesetz durchlesen, so werden Sie darin nur die jeweils verstaatlichten Firmen oder Betriebe angeführt finden. Jeder Betrieb muß doch eine Grenze haben. Ein Betrieb, der grenzenlos ist, müßte Waldbrunner heißen, einen anderen gibt es nicht.

Sie sagen auch, wir hätten kein Geld, und können daher die mit den Schürfrechten verbundenen Arbeiten gar nicht ausführen. Vielleicht darf ich hier feststellen, daß ich noch nie gehört habe, daß die öffentliche Verwaltung der ÖMV Geld besessen hat, außer sie hat sich Geld verdient. Mit großer Entrüstung schreiben Sie, es sei ganz merkwürdig, daß Niederösterreich die Konzession verlangen kann, wo man doch vor zwei Jahren die Hochstapelei besessen hat, zu behaupten, Ybbs-Persenbeug auszubauen und kein Geld dazu zu haben, wogegen wir Sozialisten doch Geld haben. Im gleichen Augenblick erhielt ich einen flehentlichen Brief von der Direktion Ybbs-Persenbeug, wir sollen ihr 20 Millionen überweisen, weil sie nicht weiterkönnen. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten: Die 20 Millionen sind Sie ja schuldig!*) Sie hätten es gerne, daß wir bezahlen, aber schauen Sie, Sie sind ja selbst große Finanzkünstler. Man kann doch nicht sagen, wir seien Hochstapler und im gleichen Augenblick von uns 20 Millionen verlangen. Ich habe der Direktion zurückgeschrieben: Ich lese immer nur, daß Sie in Geldüberfluß leben und daß wir bankrott seien, und da schämen Sie sich nicht, von uns Geld zu nehmen? Ybbs-Persenbeug hat aber schon ein Geld gefunden. Sie haben sich nämlich Geld ausgeliehen, und zwar von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten (*Rufe bei der ÖVP.: Hört! Hört!*), also Pensionsgelder, die nur mündelsicher angelegt werden dürfen. Das hat also die Pensionsversicherungsanstalt ohne weiteres beschlossen! Ich frage mich nur, was glauben Sie, was die niederösterreichischen Sozialisten gesagt hätten, wenn das wir tun würden? (*Abg. Staffa: Das haben Sie schon getan!*) Darum nehmen Sie es mir nicht krumm, wenn ich Ihr Gerede und Ihren Vorwurf, daß wir ins Ausland um Geld betteln gehen, nicht ernst nehme, denn zur selben Zeit sind Ihre Parteifreunde dahinter — ich höre, daß Sie Glück haben —, bei der Weltbank einen Milliardenkredit zu bekommen. Ist das ein ausländisches Geld oder nicht? Nur bei uns soll ein solches Geld stinken? Das verstehe ich nicht. Nehmen Sie sich

doch zuerst selber bei der Nase und dann können Sie uns etwas vorwerfen. Ich sage es Ihnen ganz ruhig: Wir würden, wenn möglich, selbstverständlich ausländischen Kredit in Anspruch nehmen, wer aber deswegen sagt, daß wir einen Besitz verkaufen, der lügt, denn das muß er uns erst beweisen. Wenn wir einer ausländischen Firma einen Bauauftrag geben, dann ist das genau dasselbe, als wenn verstaatlichte Betriebe irgendeinen Bauauftrag an das Ausland vergeben oder vergeben müssen. Oder ist die Firma Escherwys oder weiß ich was für eine, keine ausländische Firma, wenn sie da oder dort mitarbeitet? Darum machen Sie doch keinen logischen Haken, daß Sie sagen: „Das können wir machen, aber wenn Ihr es macht, dann verkauft Ihr Euren Betrieb oder Euren Besitz!“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich müßte jetzt noch darauf hinweisen, daß es eine ÖMV gibt, die zwar so heißt, aber nicht gegründet ist, diejenige aber, die gegründet ist, ist nicht die öffentliche Verwaltung der ÖMV. Wenn nun steht, daß wir der ÖMV diesen Besitz erst ablösen sollen, so frage ich Sie, wo steht das geschrieben? Die haben sich ja nur hineingesetzt, sie sind nur Treuhänder, und es wird einmal derjenige den Besitz bekommen, dem er durch Regierungsbeschluß oder Beschluß des Parlaments zugesprochen wird, sonst niemand. (*Unruhe bei der SPÖ.*) Von Waldbrunners Gnaden wird das Öl in Österreich sicherlich nicht verteilt werden! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie sagen, das Land soll ein „Geschenk“ von 500 Millionen Schilling jährlich erhalten. Ich will darauf nur sagen: Ein halbes Jahr ist vergangen, wo sind die 250 Millionen? Denn diese müssen sich die anderen nach Ihrer Rechnung ja verdient haben. Ich glaube, wenn hier wirklich soviel zu verdienen ist, dann muß es der Allgemeinheit zugute kommen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es ist nicht richtig, daß man sagt, das Öl darf nicht Niederösterreich gehören und der Erzberg nicht der Steiermark und das Aluminium nicht Oberösterreich, sondern es muß dem Staat gehören, denn ihm liefern sie ihre Erträge ab. Ich frage Sie, was hat das Aluminiumwerk dem Staate schon abgeliefert? Ich sage Ihnen über den Daumen gepeilt, daß das Aluminiumwerk weniger bezahlt hat als die Einkommensteuerpflichtigen des Bezirkes an Steuern, wo das Aluminiumwerk liegt. Das ist ja das, was uns auf die Dauer als unmöglich erscheint. Wenn das Aluminiumwerk, das den billigsten Strom von Österreich bezieht, seine Erträge dazu benützt, um neue Fabriken zu gründen, so ist das doch eine vollkommene Ungerechtigkeit, denn wenn jemand von Ihnen sich nur eine Greißlerei errichtet, kommt in acht Tagen der Finanzbeamte und fragt: Woher hast Du das Geld, hast Du die Steuer bezahlt, hast Du ein Vermögensbekenntnis gemacht? Dort aber, wo Millionen verschoben werden, da darf man nichts sagen? (*Beifall bei*

der ÖVP.) Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir sagen, es darf in einem Staate nicht einen Wirtschaftskörper geben, der steuerbegünstigt und in seinem Bereich autonom ist und tun und lassen kann, was er will. Es gibt auch nicht einen Staat im Staate. Und wenn Sie sagen, das Öl muß dem Staat gehören, so hören wir dasselbe auch von Anderen, ob sie jetzt in Jugoslawien die Verantwortung tragen, oder ob es Chrustschew sagt: „Das muß dem Staat gehören!“ Schließlich, die Uranbergwerke in Rußland, wo die Arbeiter mit Knüppel zur Arbeit getrieben werden, gehören auch dem Staat. Darum glaube ich, müssen wir hier sagen, das Erdöl muß dem Volk gehören und nicht dem Staate. Darum treten wir für ein Eigentum des Volkes, für ein Eigentum des Einzelnen ein und wir bekämpfen eine Staatsomnipotenz in Form der verstaatlichten Betriebe. Wir bekämpfen das Königreich Waldbrunner, weil es uns nicht die Gewähr gibt (*Widerspruch bei der SPÖ.*), daß es auf die Dauer der kommunistischen oder marxistischen Idee standhalten kann. Wir glauben vielmehr, die Unzahl von kleinen Besitzern an der Grenze des Eisernen Vorhanges, wie überhaupt eine große Zahl von besitzender Bevölkerung ist ein viel besserer Garant gegen die kommunistische Infiltration als eine omnipotente Staatsmacht, wie sie im Ministerium für verstaatlichte Betriebe geschaffen werden soll. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir sind also gegen verstaatlichte Betriebe in dieser Form. (*Ruf bei der SPÖ.: Zugestimmt haben Sie!*) Wenn Sie schreiben „Mein Volk, was tat ich Dir“, so sage ich, diese bekannten Worte des verfolgten Jesus Christus am Kreuzweg könnten mit Recht die verstaatlichten Betriebe ihren Feinden und Mißgönnern entgegenhalten. Der Kreuzweg war am Ölberg und unter den Jüngern war ein Judas, ein Judas also am Ölberg. Wir könnten es variieren und könnten sagen: Ein Judas am Ölturm, der ebenfalls schnöder Schillinge oder schnöder Parteiinteressen willen Interessen und Rechte unseres Landes zu verraten imstande ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie verlangen von uns die Auflösung des Landtages. Sie verlangen, daß wir jenen Landtag auflösen sollen, der jetzt erst 1½ Jahre in Tätigkeit ist, wovon ein Vierteljahr zur Regierungsbildung verwendet werden mußte. Dieser Landtag, der eine Periode von fünf Jahren haben soll, wird während dieser Zeit seine Arbeit verrichten. Nach fünf Jahren werden wir vor unsere Wähler treten und sagen: „Dieses und jenes haben wir leisten und schaffen können.“ In den ersten 1½ Jahren ist uns die Sozialistische Partei wie ein Mühlstein um den Hals gegangen. Wir haben an sie appelliert, endlich zu einer niederösterreichischen Partei zu werden, denn wenn wir gegen Sie Stellung nehmen, dann nicht persönlich, denn auf Ihrer Seite sitzt niemand, der etwas zu reden oder zu

entscheiden hätte, sondern dort sitzt der Geist Waldbrunner, gegen den wir Stellung nehmen. Darum sage ich Ihnen, wir werden diese fünf Jahre hindurch arbeiten und nach Ablauf der Periode mit diesen und jenen Leistungen vor unsere Wählerschaft treten, und ich hoffe, daß wir dann feststellen können: Außer den 1½ Jahren hat uns dabei auch die Sozialistische Partei geholfen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat*): Zum Wort gelangt Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp.

LANDESHAUPTMANNSTELLVERTRETER POPP: Hoher Landtag! Wenn die sozialistische Partei den Antrag eingebracht hat, den niederösterreichischen Landtag gemäß den Bestimmungen unserer Verfassung vorzeitig aufzulösen und die Neuwahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen durchzuführen, so hat sie das zunächst aus ihrem tiefen Verantwortungsgefühl gegenüber der niederösterreichischen Bevölkerung getan. Sie hat es aber auch in der genauen Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Situation Niederösterreichs getan. Die wirtschaftliche Situation ist schon durch die Ausführungen des Herrn Landesrates Müllner sowohl heute als auch schon vor Monaten gekennzeichnet worden, als er bei seinem ersten Bericht zum Landesvoranschlag 1956 vor der nö. Landesregierung erklärte, daß sich unser Bundesland in einer trostlosen finanziellen Situation befindet. Ein zweiter Sprecher der österreichischen Volkspartei — ich betone ausdrücklich, nicht ein Sozialist, sondern ein Sprecher der österreichischen Volkspartei —, der Landespartei sekretär der ÖVP., hat in öffentlicher Parlamentssitzung am 16. Dezember wörtlich erklärt: „Niederösterreich steht vor einer finanziellen Katastrophe“. Die gleichen Worte habe ich vor einigen Tagen in einer Pressekonferenz, den Herrn Nationalrat Weinmayer zitierend, gebraucht. Namens meiner Partei habe ich zu diesen beiden Feststellungen von Funktionären der Österreichischen Volkspartei und nicht von unserer Seite nichts hinzuzufügen, wir können sie nur bestätigen.

Die Österreichische Volkspartei hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren, also schon vor den Landtagswahlen 1954, Propagandamethoden zurecht gelegt, indem sie vor der Öffentlichkeit in Wort und Schrift erklärte, daß alles, was in Niederösterreich geschehen sei, ohne die Sozialisten, ja vielfach gegen die Sozialisten geschaffen wurde, so daß alles einzig und allein der Österreichischen Volkspartei zu verdanken sei. In Konsequenz dieser Ihrer Methoden und Ihrer Propaganda müssen Sie daher nach meiner Mei-

nung auch die Verantwortung für die trostlose Situation in Niederösterreich oder — wie sich Ihr zweiter Sprecher ausgedrückt hat — für die finanzielle Katastrophe übernehmen.

Verehrte Damen und Herren! In einem demokratischen Staate trägt zunächst die Mehrheit und für die Finanzwirtschaft in erster Linie der Finanzreferent die Verantwortung. Wenn die Mehrheit von sich behauptet, daß alle Erfolge nur auf sie zurückzuführen seien, dann muß sie auch den Mut haben, vor die niederösterreichische Bevölkerung hinzutreten und sie zum Richter und Beurteiler aufzurufen, wie sie über die politische und wirtschaftliche Situation im Lande Niederösterreich denkt. Die Österreichische Volkspartei hat es sich sehr leicht gemacht, indem sie bereits im Aufruf vom 2. März der niederösterreichischen Bevölkerung erklärt hat, daß sie keinen Anlaß habe, der Forderung der Sozialisten nach Neuwahlen zuzustimmen und daß sie sich nicht veranlaßt sehe, dem demagogischen Druck der Sozialistischen Partei zu weichen.

Hohes Haus! Ich möchte folgende Feststellung dazu machen: Ich hoffe, daß es mir der Herr Landeshauptmann bestätigen wird, daß ich an ihn persönlich im Namen meiner Fraktion und im Namen der Sozialistischen Partei Niederösterreichs einen Brief gerichtet habe, in dem es heißt, daß die Sozialistische Partei auch in dieser schwierigen Situation zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Plattform für den Wiederaufbau Niederösterreichs bereit ist. Ich habe im zweiten Absatz hinzugefügt: Wenn jedoch die Österreichische Volkspartei einem solchen zu schließenden Übereinkommen, das unseres Erachtens wahrhaftig im Interesse der niederösterreichischen Wirtschaft und des gesamten Landes gelegen wäre, nicht zustimmt, daß also die Plattform der gemeinsamen Arbeit nicht gegeben ist, dann schlagen wir auch für das Land Niederösterreich Neuwahlen vor. Ich frage Sie, kann man eine loyalere Erklärung abgeben als die, daß man zunächst sagt, wir sind für die gemeinsame Arbeit im Interesse des Landes Niederösterreich? *(Zwischenrufe des Abg. Stangler.)* Herr Abg. Stangler, ersparen Sie sich die Zwischenrufe, ich setze mich mit Ihnen nicht gerne auseinander. *(Gelächter bei der ÖVP.)* Wir haben also erklärt, wenn Sie meinen, daß die Plattform der Zusammenarbeit nicht gegeben sei, dann müsse man eben die niederösterreichische Bevölkerung entscheiden lassen. Wir sind der Ansicht, daß die Antwort des Herrn Landeshauptmannes, Verhandlungen würden nicht weitergeführt werden, und Ihre Erklärung, die Sie im Wahlaufuf niedergelegt haben, wahrhaftig kein Ausdruck einer demokratischen Gesinnung sind. Sie haben versucht, der Öffentlichkeit mit verschiedenen

Begründungen zu kommen, zum Beispiel daß der Landtag in seiner Arbeit nicht unterbrochen werden darf. Das ist absolut nicht notwendig, denn auch bei einem Auflösungsbeschuß des Landtages dauert die Funktionsperiode dieses Landtages solange, bis der neue Landtag konstituiert ist und zusammentritt. Sie haben gemeint, Landtagswahlen kosten Geld. Gerade die Zusammenlegung der Landtagswahlen mit den Nationalratswahlen hätte, nachdem die Mittel für die Nationalratswahlen verausgabt werden müssen, für die niederösterreichischen Landtagswahlen die allerwenigsten Geldmittel erfordert. Weiters verweise ich Sie noch darauf, daß es ja gerade Ihr Wahlmacher, der Herr Staatssekretär Graf, der schon einige Wahlvorschläge im Verlaufe der letzten Jahre gemacht hat, war, der vor ungefähr einem Jahr den Vorschlag machte, man solle überhaupt alle Wahlen, wie die Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen, zusammenlegen, um der Bevölkerung die vielen Wahlen zu ersparen. Jetzt wäre also die Möglichkeit gegeben, eine solche Zusammenlegung, wie gesagt ohne besondere Belastung, durchzuführen.

Es ergibt sich nun die Frage, wieso das Land Niederösterreich und seine Verwaltung in die als trostlos bezeichnete Situation gekommen ist. Tatsache und unbestritten ist es von beiden Seiten, daß die Zusammenarbeit zumindest seit der Neukonstituierung des Landtages im Herbst 1954, bzw. im Jänner 1955, zwischen den beiden Regierungsparteien absolut zu wünschen übrig läßt und daß die Differenzen in einzelnen Fragen immer wieder größer geworden sind, was zweifellos nicht im Interesse des gesamten Landes liegt. Der niederösterreichische Landtag wurde im Oktober 1954 gewählt. Bei dieser Wahl hat die ÖVP., die immer so sehr auf ihre Mehrheit pocht, insgesamt rund 436.000 Stimmen und damit einen Stimmenanteil von 50,7 Prozent erhalten. Also diese sieben Zehntel Prozent sind keine so große und überwältigende Mehrheit. Die Sozialisten haben 353.000 Stimmen oder 41 Prozent der gesamten gültigen Wählerstimmen erhalten. *(Abg. Stangler: Da sind 10 Prozent Stimmen Unterschied, wenn Sie rechnen können, Herr Landeshauptmannstellvertreter!)* Ich danke Ihnen sehr, aber in der Taferlklasse lernen Sie noch nicht Zehntel Prozent, deswegen scheint Ihnen noch nicht eingegangen zu sein, daß diese 0,7 Prozent keine so große und übermäßige Mehrheit sind. *(Abg. Stangler: Sehr hohes Niveau, Herr Landeshauptmannstellvertreter!)* Die Österreichische Volkspartei hat bei der letzten Landtagswahl immerhin gegenüber der vorletzten Wahl 28.000 Stimmen und ein Mandat verloren, und die Sozialistische Partei hat gegenüber der Landtagswahl 1949 23.000 Stimmen und ein Mandat auf Kosten der ÖVP. gewonnen. Das

ist die Tatsache, wie sie zur Zeit der Konstituierung des neuen Landtages und der neuen Landesregierung vorlag. Allerdings hat die ÖVP. schon damals und nachher in verschiedenen Entschlüssen und Resolutionen versucht, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß sie eigentlich bei dieser Wahl einen gewaltigen Sieg errungen hat. Ich kann mir das nur so vorstellen, daß die Furcht, die Mehrheit im Landtag zu verlieren, so groß war, daß Sie zum Schluß schon zufrieden waren, daß Sie damals nur ein Mandat an die SPÖ. verloren haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber diese Tatsache hat letzten Endes dazu geführt, daß Sie nun meinten, bei den Verhandlungen zur Bildung der Regierung und bei der Referatsaufteilung nach meiner Meinung sehr weitgehende, um nicht zu sagen maßlose Forderungen aufzustellen. Die niederösterreichische Landesregierung ist eine Proporzregierung, das heißt, die Zahl der Regierungsmitglieder ist von Gesetzeswegen festgelegt. Das ist eine einfache Rechnung. Die Verteilung der Referate unterliegt einem Beschluß der Landesregierung. Nach unserer Meinung ist natürlich der Geist der Verfassung nicht nur bei der Errechnung einer Zahl, sondern ebenso bei der Aufteilung der Ressorts und der Referate auf die beiden Regierungsparteien oder die Regierungsparteien, die eben vorhanden sind, anzuwenden. Sie haben, das wurde zum Teil heute hier schon ausgeführt, eine Reihe von sehr weitgehenden Forderungen gestellt; zum Beispiel, das ganze umfangreiche Gemeindefeferat aus dem Ressort der sozialistischen Regierungsmitglieder herauszunehmen. Sie haben dann zweitens die Forderung gestellt, wenn schon diese Forderung keine Zustimmung findet, das Gemeindefeferat in ein Industriegemeinden- und ein Landgemeindenreferat zu teilen. Nach unserer Meinung ist das eine unzweckmäßige Forderung und vor allem eine Forderung, die zur Verpolitisierung auf diesem Gebiete geführt hätte. Sie haben darüber hinaus die Referate für das Beschaffungsamts und die gewerblichen Berufsschulen, weiters das Referat für das Landes-Archiv und die Landes-Bibliothek, also Zweige des Kulturreferates, deren Trennung sachlich gar keine Begründung gehabt hat, und letztenendes auch das Stiftungsreferat gefordert. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß mit Ausnahme der kleinen Referate doch ein Übereinkommen getroffen werden konnte. Sie haben weiters, und das ist ebenfalls bezeichnend, neben dieser Referatsaufteilung die volle Beseitigung des Finanzkontrollausschusses mit der Begründung gefordert, daß wir eine eigene Finanzkontrolle im Lande Niederösterreich gar nicht brauchen, weil es ja einen Obersten Rechnungshof gebe, der die Kontrolle durchführen kann. Sie konnten Ihre

Forderung nicht durchsetzen, weil der Finanzkontrollausschuß in der Landesverfassung verankert ist und daher nur mit den Stimmen der Sozialisten hätte beseitigt werden können. Nachdem das nicht möglich war, haben Sie dann einen anderen Weg beschritten, nämlich den, bei der Wahl des Obmannes des Finanzkontrollausschusses entgegen jeder früheren Übung — der selbstverständlichen Übung, daß die Minderheitspartei den Obmann stellt — hier im Hause in offener Abstimmung den Obmann des Finanzkontrollausschusses aus den Reihen der ÖVP. zu wählen. *(Zwischenruf des Abg. Hainisch.)* Bei der Stadt Wien, Herr Abg. Hainisch, gibt es ein Kontrollamt mit beamteten Einrichtungen, und wir haben Ihnen sogar in den Verhandlungen vorgeschlagen, auch bei uns eine Kontrolleinrichtung wie bei der Stadt Wien einzurichten. Sosehr Sie zuerst das Kontrollamt als überflüssig bezeichnet haben, sosehr sind Sie dann auf einmal dafür gewesen, daß ein Abgeordneter der ÖVP. die Funktion des Obmannes des Finanzkontrollausschusses ausübt, und darüber hinaus wollen Sie diesem Obmann Funktionen übertragen, die ihm nach der Verfassung gar nicht zukommen. Das ist eine Wendung um 180 Grad. *(Zwischenrufe des Abg. Hilgarth.)* Lieber Herr Kollege Hilgarth, Sie waren nicht bei den Aussprachen im Schoße der Landesregierung, wo Ihnen sogar Funktionen übertragen werden sollten, die für Sie eine Art Über-Landesregierung bedeutet hätten, während Sie in Wahrheit unmittelbar nur dem Landtag unterstehen und nur eine Finanzkontrolle durchzuführen haben, aber nicht in die Verwaltung eingreifen dürfen.

Sie haben weiters, um zu zeigen, mit welchen Plänen Sie sich getragen haben, in einem Zuge die Abänderung der Gemeindevahlordnung — Gemeindevahlen sind bekanntlich vor der Tür gestanden — verlangt. Sie meinten, es wäre Gelegenheit, die Listenkoppelung einzuführen. Auch dieses Ihr Verlangen konnte von Ihnen nicht durchgesetzt werden, weil es sich ebenfalls um eine verfassungsgesetzliche Änderung gehandelt hätte. Möglich war für Sie aber die Geschäftsordnung in § 9 zu novellieren, und zwar nach der Richtung, daß nunmehr nach der neuen Bestimmung über Antrag oder über Vorschlag des Herrn Präsidenten des Landtages einem Landtagsausschuß eine Frist zur Berichterstattung über eine Landtagsvorlage gesetzt werden kann. Das wurde mit Mehrheit von Ihnen beschlossen, offenbar zu dem Zweck, eine allfällige nicht bequeme Opposition auf diese Weise ad absurdum führen zu können. Doch die Praxis zeigt jetzt auf einmal etwas ganz anderes. Nach der Novellierung der Geschäftsordnung ist es nämlich die Mehrheit, die Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die ge-

wisse Vorlagen in den Ausschüssen sabotiert. Darf ich beispielsweise an das Jugendwohlfahrtsgesetz erinnern, das ein zwingendes Ausführungsgesetz zum Bundes-Grundsatzgesetz war, das aber über ein halbes Jahr nicht erledigt werden konnte, obwohl der Termin bereits abgelaufen war, einfach aus dem Grunde, weil dem Herrn Finanzreferenten offenbar die Belastung von 6 Millionen, die das Land zusätzlich übernehmen sollte, nicht zugesagt hatte. Das hat genügt, daß im Laufe eines halben Jahres trotz neuer Geschäftsordnung ein zwingendes Gesetz einfach nicht zur Beschlußfassung kommen konnte. Der Gesetzesbeschluß hat lange gedauert, und darüber hinaus sind jene gesetzlichen Bestimmungen, die Sie einzuführen versuchten, vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes beeinträchtigt worden. Das nur nebenbei gesagt.

Ein zweites Beispiel ist die Behandlung unseres Dringlichkeitsantrages zum Fall des Krankenhauses Speising. Der Antrag wurde bereits im Jänner eingebracht, er steht im Gesundheitsausschuß zur Behandlung, wird immer wieder vertagt, um Statistiken herbeizuholen, um Besichtigungen durchzuführen. Fast im gleichen Zeitpunkt, zu dem der Gesundheitsausschuß eine Besichtigung in Grimmenstein durchführen sollte, um sich ein Urteil über die Möglichkeit, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Errichtung einer Krankenabteilung für Tuberkulose in Grimmenstein bilden zu können, ist bereits der Beschluß der Landesregierung auf Errichtung dieser Krankenabteilung vorgelegen. Um 10 Uhr vormittags ist man nach Grimmenstein gefahren und um 12 Uhr mittags erfolgte der diesbezügliche Beschluß. Ein anderes Beispiel: Der Finanz-Kontrollausschuß wird ersucht, die Höhe der Kosten der Errichtung dieser Krankenabteilung zu überprüfen und dann einen Bericht zu erstatten. Die Landesregierung, besser gesagt die Mehrheit der Landesregierung, hat weder den Bericht des Gesundheitsausschusses noch den Bericht des Finanz-Kontrollausschusses abgewartet, sondern hat ihre Beschlüsse gefaßt.

Von entscheidender Bedeutung war zweifellos die vom Herrn Landesrat Müllner angeschnittene Frage der Kollegialverwaltung in der Landesregierung. Der Beschluß darüber ist, wenn ich mich recht erinnere, in der entscheidenden Sitzung nach den Vorverhandlungen im Dezember, ich glaube am 13. Jänner, gefaßt worden. Wir waren damit einverstanden, daß ein Gutachten des damaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, des Herrn Professors Adamovich, eingeholt werde. Prof. Adamovich ist mittlerweile gestorben. Ich gebe zu, daß wir vom Gutachten des Verfassungsgerichtshofes außerordentlich überrascht waren, weil er

sich für das Kollegialsystem ausgesprochen hat. Wir waren vor allem deswegen überrascht, weil Prof. Adamovich in seinem eigenen Lehrbuch eine andere Meinung vertreten hat. Und wir waren auch deswegen überrascht, weil sehr namhafte Verfassungsjuristen damals und auch heute noch einen anderen Standpunkt einnehmen. (*Zwischenrufe des Abg. Stangler.*) Gestatten Sie, Herr Kollege Stangler, ich weiß nicht, ob es Ihnen zusteht, darüber ein Urteil abzugeben, ob Juristen namhaft sind oder nicht. Prof. Adamovich schreibt in seinem Lehrbuch, erschienen im Springer-Verlag 1947, Seite 183, wörtlich (*liest*): „Über die Frage, nach welchen Grundsätzen die Mitglieder der Landesregierung die obersten Verwaltungsgeschäfte des Landes zu führen haben, enthält die Bundesverfassung keine Bestimmung. Aus Artikel 101, wonach die Vollziehung jedes Landes eine vom Landtag zu wählende Landesregierung ausübt, die gemäß Artikel 101 Abs. 3 aus dem Landeshauptmann, der erforderlichen Zahl von Stellvertretern und weiteren Mitgliedern besteht, somit eine Kollegial-Behörde vorstellt, könnte zwar gefolgert werden, daß das Kollegialsystem für die oberste Landesverwaltung eingeführt worden ist und daß alle Akte der Verwaltung des Landes auf Grund kollegialer Beratung und Beschlußfassung der Landesregierung ergehen müßten.“ Nun hören Sie weiter (*liest*): „§ 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes vom 30. Juni 1925 über die Einrichtung der Ämter der Landesregierung hat es ausdrücklich für zulässig erklärt, daß die einzelnen Mitglieder der Landesregierungen im Sinne des Ministerial-Systems zur selbständigen Leitung von Agenden berufen werden.“ Sie sehen also, daß in dem Lehrbuch, nach dem der Jurist an der Universität studiert, ausdrücklich das Ministerial-System für die einzelnen Landesverwaltungen als zulässig erklärt wurde. Soviel zum Gutachten des Herrn Prof. Adamovich.

Dazu kommt, daß auch andere, sehr namhafte Juristen der gleichen Auffassung sind. Zum Beispiel der Schöpfer der Österreichischen Bundesverfassung, Dr. Hans Kelsen, schreibt in seinem Lehrbuch „Die Verfassungsgesetze der Republik Österreich“ ausdrücklich (*liest*): „Auch die Verfassung des Landes Niederösterreich hat sich in den Art. 34 und 40 für das Ministerialsystem ausgesprochen.“ Er zitiert den Art. 34, den auch der Herr Landesrat Müllner herangezogen hat, in dem es wörtlich heißt (*liest*): „Die Landesregierung übt die Vollziehung hinsichtlich des selbständigen Wirkungsbereiches durch ihre Mitglieder aus.“ Also nicht kollegial, sondern durch ihre Mitglieder. Ein ähnliches Gutachten hat dann noch Dr. Mogge in seinem Lehrbuch niedergelegt, und das jüngste Gutachten ist von dem Professor der rechts- und

staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Prof. Dr. Adolf Merkl, der sich ebenfalls eindeutig für das Ministerial-System ausspricht. Ich könnte auch hier die Auszüge aus seinem Gutachten geben, es würde aber nur zu weit führen, all diese Details anzuführen. Die Mehrheit in der niederösterreichischen Landesregierung glaubt nun auf Grund des Gutachtens von Prof. Adamovich anders vorgehen zu können, und ist der Ansicht, Anträge stellen zu können, für die sie nicht ressortzuständig ist. Das heißt also, daß künftighin der Straßenbaureferent Anträge für das Kulturreferat oder Wohnbauförderungsreferat usw. stellen kann. Nach unserer Meinung müßte eine solche Methode der Verwaltung letzten Endes zu einem Chaos in der Landesregierung und in der Landesverwaltung und auch zu einer Rechtsunsicherheit bei den verantwortlichen Beamten führen, die ja für die Führung ihres Referates verantwortlich und nach der Landesverfassung sogar an die Weisungen des politischen Vorstandes gebunden sind. Der Herr Landesrat Müllner erklärt heute, die Ansicht der Sozialistischen Partei habe keine Grundlage. Es stehen Gutachten gegen Gutachten, und es ist auf keinen Fall noch eine endgültige und dauernde Entscheidung, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Verehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß die heutige Aussprache viel zu ernst ist, als daß man hier nur mit Ausflüchten argumentieren soll, auch wenn Sie heute durch Ihre Mehrheit, die Sie haben, eben den Auflösungsantrag ablehnen. Die sozialistische Fraktion im Lande Niederösterreich und ihre Vertreter in der niederösterreichischen Landesregierung haben zu wiederholten Malen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärt. Wir haben insbesondere nach Abschluß des Staatsvertrages immer wieder darauf verwiesen, daß gerade in Niederösterreich, wo es eine gewaltige Aufbauarbeit zu leisten gibt, erst recht die Zusammenarbeit notwendig wäre. Wir haben aus dieser Einstellung heraus im vergangenen Herbst am 20. September 1955, als in der Landesregierung die Rede davon war, einen gemeinsamen Aufruf an die niederösterreichische Bevölkerung erlassen, um einerseits, nachdem am Vortage der letzte Besatzungssoldat abgezogen ist, der niederösterreichischen Bevölkerung für ihre unentwegte Treue zu danken. Andererseits haben wir im zweiten Teil dieses Aufrufes wörtlich erklärt (*liest*): „In dieser historischen Stunde können wir uns nichts besseres vornehmen, als auch in Zukunft, wenn es um das Wohl unserer Heimat geht, wie in den Tagen der Not und Besetzung zusammenzustehen.“ Dieser Aufruf, der ja gleichzeitig ein Aufruf zur Zusammenarbeit für die Bevölkerung, aber, so darf ich doch wohl annehmen, auch für den niederösterreichischen

Landtag und für die niederösterreichische Landesregierung war, ist einmütig von allen Regierungsmitgliedern gezeichnet gewesen. Ich bedaure, feststellen zu müssen (*Landesrat Müllner: Das gilt für alle!*), daß das Verhalten der Österreichischen Volkspartei als Mehrheit mit dieser Deklaration aber im Widerspruch gestanden ist. Wir haben sofort nach der Referatsaufteilung dem Herrn Landeshauptmann Steinböck mitteilen lassen, daß wir der Meinung sind, daß in einem Übereinkommen — ganz gleich wie es heißen möge, ob Sie es Koalitionspakt nennen oder Arbeitsübereinkommen — die Art der Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien festgelegt werden müßte. Es war der Herr Landeshauptmann Steinböck, der mir persönlich erklärte, daß die Zeit zu einem solchen Übereinkommen noch nicht reif sei. Wir haben im Sommer des vergangenen Jahres, als die einzelnen Ressorts darangingen, die Vorarbeiten für den Landesvoranschlag 1956 zu erstellen, neuerlich erklärt — wissend, wie schwierig die Situation im Lande Niederösterreich ist —, daß wir neuerlich bereit sind, die Grundlage der Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien gemeinsam zu suchen und zu finden, weil sie im Interesse des Landes notwendig ist. Der verantwortliche Sprecher der ÖVP. hat mir persönlich erklärt, er wäre persönlich der gleichen Meinung, aber er sei mit dieser seiner Meinung in seinem Klub nicht durchgedrungen. Wir haben, verehrte Damen und Herren, ein drittes Mal zur Zeit der Budgetverhandlungen im Dezember 1955 eine Aussprache über die Erstellung des Budgets gehabt, das wahrhaftig ein Notbudget war, was einmütig festgestellt wurde. Wir haben auch in dieser und in einer folgenden Aussprache neuerlich erklärt, wir sind trotz der schwierigen oder gerade wegen der schwierigen finanziellen Situation des Landes bereit, loyal mit die Verantwortung zu übernehmen. Es bedurfte dazu nur zweier Voraussetzungen: Die eine war, die, wie ich glaube, in jedem demokratischen Staat selbstverständlich ist, daß die zweite Regierungspartei loyalerweise ein ihrem Stärkeverhältnis entsprechendes Mitspracherecht haben muß, und die zweite Bedingung, die wir gestellt haben, war die, daß das Budget 1956, das damals vorgelegt wurde, letzten Endes nur ein Notbudget sein kann, ein Budget, um die notwendigsten Erfordernisse, das sind die Ausbezahlung der Beamtengehälter und die Erfüllung der sonstigen gesetzlichen Aufgaben, zu gewährleisten. Wenn wir für dieses Notbudget gestimmt haben, so nur deswegen, weil wir dafür waren, daß diese unablässigen Forderungen erfüllt werden. Wir haben aber gleichzeitig erklärt, wir seien der Meinung, daß sich die beiden Regierungsparteien nach Verabschiedung dieses Notbudgets unverzüglich zusammensetzen

sollen, um ein nach Abschluß des Staatsvertrages notwendiges Budget des Wiederaufbaues zu erstellen, ein Budget, in dem geplant werden muß. Ich gebrauche da den Ausdruck des Herrn Landesrates Müllner. Wir haben bei den Verhandlungen die Meinung ausgesprochen, daß alle Mittel bereitgestellt werden müssen, die überhaupt möglich sind: Landeseigene Mittel, Landesanleihen, aber auch die Forderungen an den Bund, nämlich daß der Bund im Nachziehverfahren — das Wort zitiere ich und übernehme es aus den Reden der anderen Herren — zusätzliche Mittel für das Land Niederösterreich bereitstellt. Wir haben ebenfalls die Meinung vertreten, daß aus den ERP-Mitteln, die früher so gering für Niederösterreich geflossen sind, nunmehr von den Resten, die vorhanden sind, der Großteil für die niederösterreichische Wirtschaft, für die niederösterreichische Industrie, das Gewerbe und die Landwirtschaft bereitgestellt werde. Wir haben, wie ich später noch ausführen werde, auch einen entsprechenden Antrag bei den Budgetverhandlungen dazu eingebracht.

Verehrte Damen und Herren! Ich bedaure, daß diese Vorschläge zu keinem Ergebnis geführt haben. Herr Landesrat Müllner, der ja mit mir im Blickfeld der politischen Auseinandersetzungen auf niederösterreichischem Boden steht, hat zu wiederholten Malen mit besonderer Betonung festgestellt, daß in Niederösterreich keinerlei Vereinbarung in den einzelnen Arbeitsgebieten besteht. Der Herr Landesrat Müllner scheint mir aber auch sonst in der Frage, ob eine gemeinsame Plattform gefunden werden kann oder nicht, die treibende Kraft zu sein. Am letzten Tag der Besetzung Niederösterreichs, am 19. September 1955, hat nämlich der Arbeiter- und Angestelltenbund in Wien getagt und hat — wie ich im „Kleinen Volksblatt“ lesen konnte — nach einem Referat des Herrn Landesrates Müllner eine Resolution beschlossen. In dieser heißt es wörtlich (*liest*): „Wenn die ‚Arbeiter-Zeitung‘ von der Zusammenarbeit aller positiven Kräfte spricht und dazu als Voraussetzung die Achtung des Minderheitsrechtes fordert, so ist dieses Gewinsel um Zusammenarbeit dieselbe Demagogie wie die Forderung der niederösterreichischen Arbeiterkammer nach Überprüfung der Grundgebühr.“ Ich glaube, derselben Demagogie hat sich auch der Herr Bundeskanzler Raab schuldig gemacht. In einem offenen Brief an Bürgermeister Jonas hat er nämlich öffentlich erklärt, auch er sei schon seit langem der Meinung, daß die Grundgebühr zu hoch sei und überprüft werden müsse. Andererseits muß man Ihnen für die offene Sprache, die Sie geführt haben, dankbar sein. Sie sprachen vom Gewinsel der Zusammenarbeit und glauben, daß Ihre Haltung noch

Ausdruck einer demokratischen Gesinnung sei. Verehrte Damen und Herren, es bedrückt mich, feststellen zu müssen, daß mich diese Sprache an unselige Zeiten der Vergangenheit erinnert. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Diese Deklaration ist in Wahrheit ein Ungeist, und man müßte, sollte dieser Geist beibehalten werden, daran zweifeln, ob im Lande Niederösterreich überhaupt noch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit besteht.

Und nun zu den letzten Verhandlungen, die auch der Herr Landesrat Müllner kurz gestreift hat. Tatsächlich hat im Rahmen der Gesamtparteienbesprechungen am Samstag, dem 25. Februar, im Beisein des Ministers Helmer, des Herrn Landeshauptmannes Steinböck, meiner Wenigkeit, und als Gast, wenn ich so sagen darf, des Herrn Landesrates Müllner, eine Aussprache im Bundeskanzleramt stattgefunden. (*Landesrat Müllner: So war das nicht vorgesehen!*) Deswegen, weil es nicht vorgesehen war, waren Sie Gast. Zum Ausgleich sind Sie dann bei der nächsten Verhandlung nicht erschienen und haben sich gedrückt. Bei dieser Aussprache unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers Raab wurde einvernehmlich festgelegt, daß sich beide Regierungsparteien zusammensetzen sollten, um auch in Niederösterreich die Grundlagen für eine positive Zusammenarbeit zu schaffen. Es wurde weiters vereinbart, daß diese Aussprache dann am Dienstag, den 28. Februar auf niederösterreichischem Boden stattfinden sollte. (*Landesrat Müllner: Nicht wahr!*) Vielleicht ist der Herr Landeshauptmann Steinböck noch erreichbar, er wird Ihnen bestätigen müssen, daß die Aussprache für Dienstag vorgesehen war. Daß sie dann tatsächlich am Dienstag stattgefunden hat, werden Sie doch nicht abstreiten. Landesrat Müllner hat an den Ausgleichsverhandlungen — ich weiß nicht, aus welchen Gründen, ich habe aber den scharfen Verdacht, weil er daran nicht interessiert war — nicht teilgenommen. Ich darf feststellen, und dies müssen mit mir alle übrigen Teilnehmer feststellen, daß mit Ausnahme der Schulfragen, die gerade wegen der Abwesenheit des Herrn Landesrates Müllner zurückgestellt wurden, die übrigen Fragen im Landesbereich entsprechend diskutiert wurden. Es wurden sogar in einer Reihe von Fragen schriftliche Formulierungen gesucht und vom anwesenden Protokollführer, dem Herrn Landesamtsdirektor Dr. Vanura, Notizen gemacht. Es wurde dann von mir ein Entwurf — gewissenhaft wie ich bin, war ich entsprechend vorbereitet — als Unterlage übergeben. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß der Herr Landeshauptmann erklärt hat, es sei in keinem Punkt eine Differenz entstanden. Ich sage noch einmal, in vielen Fragen herrschte Übereinstimmung. Der Herr Landeshauptmann

hat abschließend gesagt, am Donnerstag, den 1. März, würden wir um 10 Uhr vormittags zur Ratifizierung dieses Übereinkommens zusammentreten. (*Zwischenrufe des Landesrates Waltner.*) Das sind seine Worte gewesen, Herr Landesrat Waltner, nicht meine Worte. Der Herr Landeshauptmann Steinböck hat bei jeder Gelegenheit erklärt, daß gewisse Fragen, die im Landesbereich liegen, deshalb nicht abschlußreif erscheinen, weil diese Forderungen in die Bundesebene fallen. Ich erkläre weiters: Als wir im Dezember knapp vor Einbringung des Landesvoranschlages 1956 unsere Bereitschaftserklärung für das Budget, für ein Aufbaubudget usw. abgegeben haben, ist die Sitzung unterbrochen und nicht mehr wieder aufgenommen worden, weil die Unterhändler der Österreichischen Volkspartei mir durch den Herrn Landeshauptmann Steinböck erklären ließen, sie seien nicht bereit, über niederösterreichische Belange weiter zu verhandeln, solange nicht die Dinge auf der Bundesebene ausgehandelt sind. Damit, verehrte Damen und Herren, haben Sie aber zugegeben, daß es Ihnen nicht um die niederösterreichischen Fragen, sondern um die Fragen auf der Bundesebene geht. (*Zwischenruf bei der ÖVP.: Das ist Sophistik!*) Dann spielen Sie sich aber nicht als niederösterreichische Patrioten auf! Herr Landesrat Müllner, ich habe mir mit sehr großer Geduld Ihre Ausführungen angehört, manchmal meinte ich, ich sitze nicht im Landtag, sondern anderswo. Ich möchte jetzt nicht auch gerne in den Versammlungsjargon verfallen, sondern für mich nehme ich in Anspruch, daß meine Darstellung wahrheitsgetreu ist. Ihre Deklarationen von der Zusammenarbeit und dergleichen stehen, nachdem dreimal die Bereitschaft von Seiten der sozialistischen Regierungsmitglieder und von der sozialistischen Fraktion hiezu gegeben war, in Wirklichkeit in Widerspruch zu Ihren wahren Absichten.

Und nun, Hohes Haus, um welche Differenzen ist es eigentlich im Bereiche Niederösterreichs gegangen? Vom Budget 1956 habe ich schon gesprochen. Wir haben, ich wiederhole es noch einmal, den Vorschlag unterbreitet, ein Nachtrags- oder ein Wiederaufbaubudget zu erstellen, zu dessen Bedeckung eigene Mittel des Landes, Anleihen, Bundesmittel und ERP-Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Diesen Antrag haben wir auch im Finanzausschuß und hier im Landtag gestellt, also damit auch die Forderung gestellt, auch an den Bund heranzutreten. Ich frage Sie daher, mit welchem Recht der Herr Landeshauptmann in seinen amtlichen Radiosendungen erklärt, daß wir nicht bereit gewesen wären, auch in Verhandlungen mit dem Bund einzutreten. Es ist mir heute noch unbegreiflich, warum Sie diesen unseren grundsätzlichen Antrag eigentlich abgelehnt haben, der

im Interesse beider Regierungsparteien, oder noch besser und noch deutlicher und präziser gesagt, im Interesse der Landesverwaltung und der niederösterreichischen Bevölkerung gelegen wäre. Der Herr Landesrat Müllner hat dann als Finanzreferent einen Antrag auf Aufnahme von Krediten oder Anleihen eingebracht. Wir waren dafür, weil diese Beträge für Investitionen dienen sollten. Unsere Kritik hat sich aber darauf bezogen, daß mit dieser Kreditermächtigung nicht der Vorschlag verbunden war, für welche Investitionen diese Kreditmittel verwendet werden sollen. Wir haben daher im Finanzausschuß den Vorschlag gemacht, die Landesregierung aufzufordern, nachträglich einen Antrag zu bringen, der die zusätzlichen Investitionen, die im Jahre 1956 gemacht werden sollen, betrifft. Die Mehrheit hat sich im Finanzausschuß dann unserem Vorschlag angeschlossen, und er ist letztlich auch im Landtag so beschlossen worden. Allerdings ist bis heute keine Vorlage der Landesregierung erbracht worden. Daher sind wir auch auf diesem Gebiet einigermaßen mißtrauisch geworden. Ich denke da an das Schicksal der Landesanleihe, beschlossen am 17. März 1954 mit einem Betrage von 200 Millionen Schilling. In einem Exposé wurde damals ausgeführt, daß ein geringer Betrag, ich glaube, an die 38 Millionen, für die Konvertierung kurzfristiger Darlehen dienen soll, und daß ein größerer Betrag von an die 90 Millionen Schilling für die Zeichnung von Aktien der Donaukraftwerke verwendet werden soll. Später hat derselbe Finanzreferent vorgeschlagen, diese Aktien an die Newag abzutreten, weil er selber in Finanznot sei und daher diese Verpflichtung zur Aktienzeichnung nicht erfüllen könne. Ja, er erklärte sogar, wenn man dem nicht stattgeben würde, müßten gewisse andere Investitionsbeträge gekürzt werden, weil eben das Geld nicht vorhanden sei. Also auch der Plan, 90 Millionen für die Donaukraftwerke zu verwenden, ist nicht erfüllt worden. Die Aktien sind vielmehr an die Newag übertragen worden, an jene Newag, für die das Land selber die Ausfallhaftung übernehmen mußte, als die Newag eine Anleihe von 300 Millionen Schilling aufnahm. Sie haben damals auch in Ihrem schriftlichen Exposé über die Landesanleihe von 200 Millionen und dann später auch wieder große Worte von der Errichtung eines zentralen großen Amtshauses gebraucht. Im Anfang war sogar die Rede von der Errichtung eines Gebäudes für das Landesarchiv. Still ist es darum geworden, es ist nichts daraus geworden, und wenn Sie heute die Bilanz über die Verwendung dieser 200-Millionen-Anleihe ziehen, so werden Sie wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, daß sie im allgemeinen Topf der Finanzverwaltung untergegangen sind. Dies alles war der Grund,

warum wir mißtrauisch waren und . . . (*Abgeordneter Stangler: Dem Nachtragsbudget zustimmen!*) Herr Abg. Stangler, vielleicht haben wir damals noch mehr Vertrauen gehabt, mittlerweile haben wir es nicht mehr.

Der Herr Landesrat Müllner hat auch sehr entrüstet davon gesprochen, daß die „Arbeiterzeitung“ vom Bankrott der niederösterreichischen Finanzpolitik geschrieben und diese niederösterreichische Landesverwaltung abgeschrieben habe; er erklärt, man möge nachweisen, daß nicht alle Zahlungsverpflichtungen des Landes erfüllt wurden. Verehrte Damen und Herren, darum ging es wahrhaftig nicht. Es war auch in Ihrer Presse zu lesen, daß am 28. Dezember alle Rechnungen glatt ausbezahlt waren, die damals vorlagen. Es hat kein Mensch behauptet, daß etwa nicht die Gehälter ausbezahlt werden können usw., sondern unserer Meinung nach bezieht sich das auf etwas ganz anderes, nämlich auf die Tatsache, daß das Land Niederösterreich auf Grund seiner finanziellen Situation oder, wie es der Herr Nationalrat Weinmayer sagte, der finanziellen Katastrophe, in der es sich befindet, einfach nicht in der Lage ist, neben der Bezahlung der Gehälter und der sonstigen gesetzlichen Verpflichtungen auch noch die verschiedenen Ausgaben zu vollziehen, die in früheren Jahren selbstverständlich waren. Schauen Sie, ich habe mir hier nur eine kleine Vergleichsliste aus dem Budget 1955 samt Nachtrag und dem Budget 1956 zusammenstellen lassen. Da sehe ich, daß beispielsweise für die Landeswohnbauförderung im Jahre 1955 17,5 Millionen Schilling und jetzt im Budget vorläufig eine Million Schilling eingesetzt sind. (*Abgeordneter Ing. Hirmann: Im außerordentlichen Budget!*) Insgesamt, im außerordentlichen und ordentlichen Budget. Da sehe ich weiters, daß zum Beispiel für die Landesstraßenerhaltung im Vorjahre über 41 Millionen, diesmal nur 32 Millionen Schilling eingesetzt sind, daß ferner für den Um- und Ausbau der Landesstraßen im Vorjahre 43,900.000 Schilling, im heurigen Jahr nur 500.000 Schilling eingesetzt sind. Einige wenige Vergleichsposten ergeben bei Maßnahmen, die insbesondere auch arbeitsbeschaffend sind, daß im Vorjahre 223 Millionen, heuer nur 82 Millionen eingesetzt sind. Dabei sind eine Reihe von anderen Maßnahmen nicht berücksichtigt, zum Beispiel daß der Schulbaufonds hier im Landtag einen Antrag gestellt hat, ihm wie im Vorjahre einen Landesbeitrag zu geben und daß dieser Landesbeitrag zur Gänze gestrichen wurde, daß weiters die Referatsanforderung von 17 Millionen Schilling zum Ausbau der Hyrtl'schen Waisenanstalt nicht erfüllt wurde, daß ferner einige Erholungsheime mit über 5 Millionen Schilling nicht ausgebaut werden können, daß der Ausbau von Mauer-Öhling

nach Freiwerden durch die Besatzungstruppen 25 Millionen erfordert, usw. Wenn Sie das alles addieren, dann kommen Sie zu einem Betrag von nahezu 300 Millionen Schilling. Wenn wir also von der finanziellen Situation reden, so ist nicht die Liquidierung der Gehälter am Ersten dieses oder jenes Monats gemeint, sondern eben diese von mir geschilderte Situation.

Jetzt mag Ihnen vor allem der große Gegensatz zwischen der Finanzpolitik, die Sie der Öffentlichkeit noch vor einem Jahr vorgemacht haben, und der von heute auffallen. Lesen Sie in ihren eigenen Zeitungen nach, in denen Sie im Jahre 1954 geschrieben haben: Das Land Niederösterreich stellt 500 Millionen Schilling für die Arbeitsbeschaffung bereit, das Land Niederösterreich garantiert den Ausbau der Donau-Kraftwerke usw. Jetzt jedoch müssen wir feststellen, daß aus dieser Bereitstellung von 500 Millionen gerade das Gegenteil, nämlich ein Defizit von einer halben Milliarde, geworden ist. Das ist die Kennzeichnung des Unterschiedes von seinerzeit und heute. Wir werden Ihnen schwarz auf weiß Ihre eigenen Ankündigungen bringen. (*Zwischenrufe des Abg. Stangler.*) Ja, das tut Ihnen weh, das glaube ich schon. (*Abg. Stangler: Das erheitert mich!*) Wenn Sie das erheitert, dann spricht das für Ihren Horizont. Sie meinten nun, daß die Aufnahme der sogenannten Russenanleihe die finanzielle Lösung bringen könne. Die Art, wie diese Kreditaufnahme in der Landesregierung behandelt wurde, ja auch die Art der Einberufung zu dieser Landesregierungs-sitzung ist schon sehr merkwürdig gewesen. Man hat diese Sitzung mit einem so wichtigen Tagesordnungspunkt, wo es immerhin um außerordentlich hohe Beträge ging und vom Bund eine Kredithaftung zu erwirken war, einfach so einberufen, wie man es vielleicht nicht einmal in Hintertupfung macht. Sie wurde nämlich überhaupt nicht ordnungsgemäß einberufen. Durch eine Telephonistin wurde an die einzelnen Kanzleien der Regierungsmitglieder, gleichgültig ob diese anwesend waren oder nicht, die Meldung durchgegeben, am nächsten Tag finde eine Landesregierungs-sitzung statt. Von der Tagesordnung sprach man, daß es sich so beiläufig um eine Kreditaufnahme handeln wird. Welche, von wem, die Höhe, Bedingungen, all dies war uns nicht bekannt. Wenn schon die Telephonistin nichts sagen konnte, so hätte doch die zuständige Kanzlei eine schriftliche Einladung ausgeben können. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Daß bloß eine Telephonistin die Einberufung der Sitzung meldete, hatte seinen Grund darin, damit Sie die Unterlagen Ihres Vorhabens für die Landesregierungsmitglieder nicht bereitstellen müssen und diese Ihre Anträge nicht genau prüfen können. Wenigstens ist es meine Gewohnheit, daß ich nicht unvor-

bereitet zu einer Landesregierungssitzung gehe. Ich stelle weiters fest, daß bei Beginn der Landesregierungssitzung den Regierungsmitgliedern keinerlei Antrag vorlag. Landeshauptmannstellvertreter Kargl erklärte nur einleitend, es sei die Nachricht gekommen, es bestünde die Möglichkeit, für das Land einen Kredit zu bekommen. Dann verteilte Herr Landesrat Müllner in seiner Eigenschaft als Finanzreferent einen Antrag. In diesem Antrag stand, es werde ein Kredit aufgenommen, die Höhe solle sich zwischen 500 und 700 Millionen Schilling bewegen. Die Verzinsung werde bis zu 3 Prozent betragen. Von einer Laufzeit und sonstigen Bedingungen war in diesem Antrag überhaupt keine Rede. Wir mußten feststellen, daß man erst in der Landesregierungssitzung darüber geredet hat. Ihre Herren haben dann unter sich gemeint: Sagen wir nicht 500 oder 700 Millionen, sagen wir gleich 800 Millionen Schilling. Ich habe den Originalantrag in meiner Tasche verwahrt. Da es sich um eine Auslandsanleihe handelte, fragten wir: „Haben Sie schon mit der Bundesregierung und mit dem Außenministerium Fühlung genommen? Welche Sicherungen werden verlangt und wie schauen die Bedingungen überhaupt aus?“ Darauf konnten Sie uns überhaupt keine Antwort geben. Wir schlugen Ihnen daher vor, die ganze Materie der Bundesregierung zur Stellungnahme zu übermitteln, weil es sich — ich sage das noch einmal — um eine Auslandsanleihe handeln sollte, für die der Bund die Haftung hätte übernehmen müssen. Außerdem schlugen wir vor, ein Gutachten der Nationalbank einzuholen, da diese Anleihe bis zu einem gewissen Grade auch eine währungspolitische Frage gewesen wäre. Nach dem alten Rezept: „Stimmen wir ab!“ haben Sie unsere Vorschläge nicht beachtet, sondern es wurde abgestimmt und damit war der Fall für Sie erledigt.

Verehrte Damen und Herren, ich will mich jetzt nicht politisch darüber auseinandersetzen, ob Russenkredit ja oder nein, welche Vorteile bestehen, welche Nachteile unter Umständen erwachsen könnten u. dgl., all das steht auf einem anderen Blatt. Weil es aber hier um etwas anderes geht, nämlich unseres Erachtens nach um die Frage, ob das Land Niederösterreich, das an der Grenze gegen Osten liegt, eine Finanzpolitik machen soll, die manche Gefahren in sich birgt, so nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Sozialisten zu dieser Art Finanzpolitik nicht ihre Zustimmung geben werden. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Wir glauben, daß man auch darüber das niederösterreichische Volk entscheiden lassen soll. Mehr will ich zu dieser Frage nicht sagen.

Nun zur Niogas-Frage. Darf ich zunächst einmal feststellen, daß die Gründung dieser Gesell-

schaft als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in einer Zeit erfolgte, als unser Land noch besetzt war. Offensichtlich war ihr Zweck der, eine Gasvertriebsgesellschaft zu sein. Der Herr Landesrat Müllner hat ein Stichwort gebracht, indem er auf Baden verwiesen hat. Verehrter Herr Landesrat! Es ist der Allgemeinheit bekannt, daß die Stadtgemeinde Baden durch einstimmigen Beschluß mit der Gemeinde Wien einen Vertrag auf Gaslieferung zu einem Schilling pro Kubikmeter abgeschlossen hatte. Da aber dieser Gaslieferungsvertrag wegen einer Vermögensübertragung auch noch der Zustimmung der Landesregierung bedurfte, ist dieser Vertrag von der Mehrheit in der nö. Landesregierung abgelehnt worden. Das ist die Tatsache. Sie haben später, ohne die Möglichkeit der Gaslieferung zu haben, mit der Stadtgemeinde Baden einen Gaslieferungsvertrag abgeschlossen. Ein Kubikmeter Gas kostet Ihnen 1.80 Schilling, Sie aber liefern es um einen Schilling an die Bewohnerschaft von Baden, und wie ich höre, sogar in der letzten Zeit um 87 Groschen. Es würde mich außerordentlich interessieren, woher die Niogas-Gesellschaft, die ursprünglich nur ein Gesellschaftskapital von zweimal 50.000 Schilling hatte und erst jetzt über Beschluß 1.500.000 Schilling Aktienkapital hat, die Beträge aufbringt, um den Verlust aus dieser Gaslieferung, der schon in der Zeit vom 1. Jänner 1955 bis 31. Dezember 1955 entstanden sein muß und fortlaufend weiter entsteht, zu decken. Es würde uns auch außerordentlich interessieren, woher die Finanzierung auch der sonstigen Ihrer Pläne in der Niogas, von denen wir in den Zeitungen lesen — Nordleitung, Südleitung und wie die Dinge alle heißen —, kommt. Darf ich feststellen, daß weder in der Landesregierung, noch in der Newag, noch von irgendeinem Forum, in dem wir Sozialisten mitzuberaten haben, diese Fragen je einmal verhandelt wurden, mit Ausnahme eines Antrages, der im Landtag verhandelt wurde und die Erhöhung des Kapitals der Niogas betraf. Wir haben immer erklärt, wir sind für die Gasvertriebsgesellschaft. Wir sind sogar soweit gegangen, daß wir auch in einem im Landtag gestellten Antrag festgelegt haben, wir seien aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit sowohl für den Gasvertrieb als auch im Interesse der Erdölbetriebe der Meinung, daß eine gemeinsame Gesellschaft, bestehend aus Bund, Gemeinde Wien und Land Niederösterreich, gebildet und die Bundesregierung, bzw. der Herr Bundeskanzler aufgefordert werde, eine solche gemeinsame Gesellschaft zu bilden. *(Ruf bei der ÖVP.: Und dem Waldbrunner zu übergeben!)* Bedauerlicherweise haben Sie auch diesem Antrag nicht Ihre Zustimmung gegeben. Auch das sei hier festgestellt.

Was uns voneinander trennt, ist nicht die Frage der Auswertung und der zweckmäßigen Verwendung des Erdgases, das in Niederösterreich vorhanden ist, sondern was uns voneinander trennt, das ist die Frage des Erdöls in seinem ganzen Komplex. Auf die juristischen Auseinandersetzungen, die ich diesbezüglich heute hier gehört habe, lasse ich mich wahrhaftig nicht ein. Maßgebend für diese Frage ist für uns einerseits der Staatsvertrag und andererseits die aus dem Staatsvertrag dem österreichischen Staat und damit dem österreichischen Volk erwachsenden schweren finanziellen Verpflichtungen. Wir sind daher der Meinung, daß diese Erdölbetriebe dem Staate zugehörig sind. Das ist das Entscheidende für uns. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wenn nun der Herr Landesrat Müllner meint, er habe irgendwo gelesen — er glaubt damit den Herrn Vizekanzler in etwas lächerlicher Form herabsetzen zu müssen —, daß der Herr Vizekanzler schlotternd vor einem Luftschiff gestanden sei, dann gestatten Sie mir doch, folgendes aus Ihrer eigenen Presse, dem „Kleinen Volksblatt“ vom 30. März 1955, feststellen zu dürfen (*liest*): „Es war der Vizekanzler Doktor Adolf Schärf, der in diesem Vorstadium erklärt hat, daß neben den allgemein feststehenden Staatsvertragsbestimmungen, die aus Vorverhandlungen ja schon auf der Hand lagen, auch die Frage des Erdöls und auch die Frage der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft mit in die Verhandlung geworfen werden müsse und eine der Bedingungen sein müßte.“ Sie, verehrte Herren von der ÖVP., haben erklärt, laut Kleinem Volksblatt wörtlich zitiert (*liest*): „Der ganze Kampf ging zehn Jahre hindurch um die Fertigstellung dieses Entwurfes, daher ist wohl die Forderung, die in jüngster Zeit von verschiedenen Seiten zu hören war, es müsse versucht werden, einen völlig neuen Vertrag zu schaffen, nicht zu vertreten.“ Und Sie sagen weiter (*liest*): „Es ist freilich leicht, etwa die Rückgabe Zistersdorfs und der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft zu fordern. Es wird wesentlich schwerer sein, diese Wünsche in Moskau durchzusetzen. Es hat gar keinen Sinn, solche Formulierungen überhaupt zu treffen, weil man genau weiß, daß man nur zum Fenster hinaus redet.“ (*Landesrat Stika: Das ist die Wahrheit!*) Verehrte Damen und Herren! Es wurde nicht zum Fenster hinaus geredet, sondern glücklicherweise ist dieser Gedanke des Vizekanzlers Schärf Wirklichkeit geworden. (*Beifall bei der SPÖ.*), und damit die Erdölfrage aktuell geworden, und nur so waren Sie imstande . . . (*Landesrat Müllner: Wäre er doch allein gefahren! Es ist leicht, aus einem Guglhupf immer nur die Rosinen herauszuholen! — Abg. Wondrak: Er hat das Öl gebracht! — Landesrat Müllner: Er hat das Öl gebracht? Das ist doch eine Demagogie,*

wie sie im Buch steht! — Abg. Wondrak: Er hat es gebracht, von ihm stammt der Gedanke! — Landesrat Müllner: Wenn wir auf Euch gewartet hätten, so hätten wir es heute noch nicht!) Herr Landesrat Müllner, das ist die Antwort auf Ihre Darstellung.

Ich könnte noch eine Reihe von anderen Fragen behandeln, zum Beispiel den Fall des Krankenhauses Speising, der heute schon angeführt wurde. Eine Ehre legt wahrhaftig das Land Niederösterreich damit nicht ein, denn alles, was Sie als Ersatz für dieses Krankenhaus schaffen, ist kein Äquivalent, und außerdem muß ich noch einmal feststellen, daß Sie zuerst den Beschluß über die Auflassung und Sperre des Krankenhauses gefaßt haben und dann erst suchen gegangen sind, wo Ausweichmöglichkeiten für unsere Lungenkranken in Niederösterreich bestehen. Nur so viel zu dieser allgemeinen Feststellung.

Es wäre jetzt auch möglich, in die verschiedensten Detailfragen Ihrer Personalpolitik und Schulpolitik usw. einzugehen. Ich glaube, daß das, was ich bis jetzt gesagt habe, genügt, um aufzuzeigen, daß bedauerlicherweise im Lande Niederösterreich, zum Unterschied von allen anderen Bundesländern, am meisten die Zusammenarbeit zu wünschen übrig läßt, und das gerade in jenem Lande, wo nach dem Staatsvertrag die schwersten Aufgaben zu lösen wären. Der Herr Landeshauptmann hat sich in seiner gestrigen Radiosendung — er möge verzeihen, daß ich darauf eingehe, er ist leider nicht hier, aber nachdem er mich persönlich apostrophiert hat, muß ich doch eine Bemerkung dazu machen — gemeint, wir hätten nie mitgetan, wenn mit dem Bund verhandelt werden sollte, und er hat mit einigem Stolz auf ein Memorandum verwiesen — in Wahrheit war es ein einfacher Brief, den er am 30. August 1955 an den Herrn Bundeskanzler richtete —, in dem er einige wahrhaft sehr umfassende Vorschläge macht. Nach unserer Meinung aber ist ein Brief des Herrn Landeshauptmannes an den Bundeskanzler etwas wenig. Es wäre vielmehr notwendig gewesen, das Gesamtprogramm in der niederösterreichischen Landesregierung, und wenn Sie ihm noch größeres Gewicht verleihen wollten, im niederösterreichischen Landtag zu verhandeln und dann mit diesem Programm vor die Bundesregierung zu treten und von ihr die notwendigen Hilfsmaßnahmen zu verlangen.

Wir bedauern, daß es zu dem jetzigen Zustand gekommen ist, und wir bedauern auch die Entwicklung, die im Lande Niederösterreich Platz greift. Wir sind der Meinung, wenn sich Volksvertreter nicht mehr zur gemeinsamen Arbeit zusammenfinden können, dann gibt es nur einen demokratischen Weg, nämlich das Volk selbst

entscheiden zu lassen. (*Beifall bei den Sozialisten.*) Wir glauben, daß gerade jetzt diese Frage zeitgemäß ist, weil eben Nationalratswahlen stattfinden, und daher für Landtagswahlen keine Kosten erwachsen. Sie selber schreiben am Samstag, den 10. März in Ihrer „Heimatecke“ oder wie Sie dieses Blatt nennen: „Die Nationalratswahlen werden im Zeichen der niederösterreichischen Probleme, das ist das Erdöl und das deutsche Eigentum, stehen.“ Es hätte daher Sinn und Zweck, daß die niederösterreichische Bevölkerung bei diesen sehr brennenden Problemen durch Landtagswahlen mitentscheidet.

Ich möchte nicht bezweifeln, daß die Österreichische Volkspartei, die sich auch eine demokratische Partei nennt, manche Grundsätze der Demokratie vertritt. Es gibt aber auf diesem Gebiet Mißtrauen genug, denn es gibt solche, die meinen: Demokratie absolut, wenn sie meinen Willen tut. Das erinnert mich an vergangene Zeiten, wo das schon einmal ein sehr gewichtiges Wort war. Wir sind im niederösterreichischen Landtag, als wir gemeinsam mit den Vertretern der alten christlich-sozialen Partei hier gesessen sind, im Jahre 1934 aufgestanden und haben vor einer Entwicklung gewarnt, die zum Faschismus führt. Dieser Landtag war im Jahre 1934 die letzte demokratische Plattform, und heute im Landtag nach 1945 haben wir die Möglichkeit, zu beweisen, daß wir echte Demokraten sind, daß wir bereit sind, das österreichische und das niederösterreichische Volk entscheiden zu lassen, und daß wir den Grundsatz, der in der Bundesverfassung steht, „Alles Recht geht vom Volke aus“, anerkennen. (*Beifall bei den Sozialisten.*)

Abschließend gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Herr Landesrat Müllner und seine Freunde sind manchmal so hellhörig, daß sie Dinge hören, die gar nicht existent sind. Als die Forderung nach Neuwahlen von uns in die Öffentlichkeit getragen wurde, da hörten wir von Ihrer Seite, daß Sie diese Forderung ablehnen und daß dann die Sozialdemokraten ihre Mandate niederlegen werden. Da haben Sie zuviel gehört, diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht erweisen. (*Landesrat Müllner: Das hat Helmer gesagt!*) In der Grimmenstein-Rede haben Sie davon gesprochen, daß die Österreichische Volkspartei die Zweidrittelmehrheit erhalten werde und es sich dann überlegen werde, was sie verfassungsgesetzlich alles durchführen könnte. Das möchte Ihnen so passen! Seien Sie nicht beunruhigt, die Situation, daß Sie mit Zweidrittelmehrheit werden schalten und walten können, wie Sie wollen, wird Ihnen erspart bleiben. Sie werden wohl jetzt bei der Abstimmung unseren Antrag ablehnen können, weil Sie um 2 Stimmen mehr haben, und das ist Ihre ganze demokratische Auffassung, aber einer Abstimmung werden Sie

nicht entgehen, das ist die Abstimmung am 13. Mai, wo Ihnen das niederösterreichische Volk antworten wird. (*Zwischenrufe rechts und links: Sehr richtig! — Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. L a u s c h e r.

ABG. LAUSCHER: Hoher Landtag! Wir haben jetzt die Ausführungen der Vertreter der beiden Regierungsparteien gehört. Ich möchte hier gleich eingangs feststellen, daß in den Ausführungen dieser Redner nichts vorgebracht wurde, woraus man schließen könnte, inwieweit die ÖVP. und SPÖ. nach der Wahl bereit sein werden, für das niederösterreichische Volk etwas zu tun. Tatsache ist, daß Sie von einer Krise sprechen, Tatsache ist aber auch, daß die wesentlichen Beschlüsse in diesem Hause von Ihnen immer einstimmig gefaßt wurden. Seit meiner 1½-jährigen Zugehörigkeit zum Hohen Hause habe ich nur einen Gegensatz zwischen den Regierungsparteien feststellen können, wo nämlich die SPÖ. nicht mit der ÖVP. zusammen gestimmt hat, und das war beim Betriebsaktionenverbotsgesetz. Sonst wurden alle Beschlüsse von den Regierungsparteien einheitlich und einstimmig beschlossen. Ich glaube, daß das niederösterreichische Volk nichts davon hat, wenn sich der Herr Landesrat Müllner und der Landeshauptmannstellvertreter Popp gegenseitig den Sündenspiegel vor Augen halten und sozusagen Gewissensexerzitionen durchführen. Die Kommunisten haben gleich nach den Landtagswahlen ein klares und meiner Meinung nach auch realisierbares Programm vorgelegt, heute aber haben die Vertreter der Regierungsparteien an den Hauptproblemen vorbeigesprochen. Wir sagen, Niederösterreich wurde bisher benachteiligt, was die beiden Regierungsparteien auch zugeben. Es wird hier wiederholt von Summen gesprochen, die dem Land Niederösterreich durch die schon oft erörterte Benachteiligung verloren gegangen sind und noch verloren gehen. Sie haben auch immer davon gesprochen, daß diese Benachteiligungen nach Beendigung der Besetzung beseitigt werden sollen und daß die beiden Parteien dafür eintreten werden, daß Niederösterreich die Summen, die das Land während der Besetzung verloren hat, bekommt.

Wir halten es für notwendig, einen Weg aufzuzeigen, wie das Bundesland aus dem heutigen schwierigen Zustand herausgeführt werden kann. Es ist der Weg über die Erdölwirtschaft. Ich stelle fest, daß wir dem seinerzeitigen sozialistischen Antrag, daß sich an der Niogas-Gesellschaft der Bund, die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich beteiligen sollen, zugestimmt haben. Wir haben aber nicht dem Plan des Herrn Landesrates Müllner zugestimmt, weil dieser darauf hinausläuft, unsere Erdölschätze ausländischen

Kapitalisten in die Hände zu spielen. Wenn die sozialistische Fraktion für diesen Plan des Herrn Landesrates Müllner gestimmt hat, so ist das ihre eigene Sache, sie hat das zu verantworten.

Wir sind der Meinung, daß unser Bundesland, das bisher so schwer benachteiligt wurde, vom Ertrag unserer Erdölschätze etwas bekommen soll, denn wir brauchen doch für den Wiederaufbau in Niederösterreich, besonders für unsere Notstandsgebiete, bedeutende Summen. Wenn aber unser Erdöl wirklich im Interesse unseres niederösterreichischen Volkes verwertet werden soll, dann brauchen wir dazu weder das ausländische noch das auf Spekulation abzielende österreichische Privatkapital. Man soll vielmehr dieses Erdöl auf Grundlage der Verstaatlichung mit Beteiligung der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich ausbeuten.

Wir sind auch der Meinung, daß für den Aufbau in Niederösterreich außerdem billige Kredite notwendig sind. Man hat hier sehr viel über die Russenanleihe gesprochen, und es ist sehr merkwürdig, daß die Sozialisten für eine amerikanische Anleihe und gegen die billige Russenanleihe sind. Wir sind aber der Meinung, daß wir billige Kredite für das Land Niederösterreich brauchen, um dem niederösterreichischen Volk und der niederösterreichischen Wirtschaft helfen zu können.

Weiters sind wir der Meinung — das will ich besonders betonen —, daß endlich die Bodenreform durchgeführt werden muß. Man hat erklärt, wenn die Russen abziehen, so ist der Weg zu einer Bodenreform frei. Tatsache ist aber, daß die Russen gegangen und die Fürsten und Grafen gekommen sind. Die Volkspartei will nun eine Bodenreform auf der Grundlage durchführen, daß sie eine sogenannte Bodenerwerbskreditgesellschaft gegründet hat. Die Landwirtschaftskammer will den Gutsbesitzern den Boden abkaufen und ihn dann den Bauern auf Kredit zur Verfügung stellen. Aber, meine Herren von der Volkspartei, ein Hektar Boden wird durchschnittlich 18 bis 20.000 Schilling kosten, sodaß derjenige, der sich dann den Boden kaufen kann, wieder nicht der Kleine sein wird, der den Boden dringend braucht, sondern es wird die Schicht sein, die zu ihrem großen Grundbesitz noch neuen Grund dazu kaufen kann. Nur eine wirkliche Bodenreform, und zwar nach dem Grundsatz, den kleinen Bauern zu helfen, würde für Niederösterreich, wo 8000 Menschen direkt von der Pacht leben und 50.000 Wirtschaften mit der Pacht verbunden sind, eine wirkliche Hilfe sein.

Ich möchte noch eine weitere bescheidene Forderung erheben. Es handelt sich um die Grundgebühr beim Strombezug, die wirklich unsozial ist und die ärmsten Haushalte in Niederösterreich schwer trifft. Wir sind der Meinung, daß man die Grundgebühr beseitigen muß, und ich möchte

dem Hohen Hause einen diesbezüglichen Antrag vorlegen. Wenn hier von den Vertretern der beiden Regierungsparteien soviel über das Wohl der Bevölkerung Niederösterreichs gesprochen wird, so hoffe ich, daß Sie zumindest diesem Antrage heute die Zustimmung geben werden. Der Antrag lautet (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die NEWAG die Einhebung der Grundgebühr beim Bezug von Strom ehestens einstellt.“

Ich glaube, der Ausweg aus der jetzigen Situation besteht nicht darin, daß man sich hier gegenseitig beschuldigt, sondern der Ausweg kann nur darin bestehen, daß man ein grundsätzliches den Notwendigkeiten angepaßtes Programm aufstellt. Dieses kann aber nur, wie ich schon gesagt habe, in folgenden Punkten bestehen: Die Benachteiligung Niederösterreichs zu beseitigen, den Ertrag aus der Erdölwirtschaft unter anderem auch für die bedürftige niederösterreichische Bevölkerung, besonders für die Notstandsgebiete zu verwenden, billige Kredite zu beschaffen, die Bodenreform durchzuführen und, um zumindest die Lage der Haushalte der Armen zu erleichtern, die Grundgebühr zu beseitigen.

Über das Erdöl wurde ziemlich heftig debattiert. Ich möchte hier grundsätzlich feststellen: Beide Regierungsparteien sind für das Wiener Memorandum und dieses ist das Kernproblem des Erdöls, ja es ist eine entscheidende Frage. Weder der Herr Abg. Popp, noch der Herr Landesrat Müllner sind auf diese brennende Frage eingegangen, weil sie diese Tatsache bewußt dem Volke verschweigen und kein Interesse daran haben, daß das Wiener Memorandum nicht wirksam wird.

Ich erlaube mir aus der Zeitung „Der österreichische Volkswirt“, die, wie schon mein Kollege Dubovsky gesagt hat, sicherlich kein kommunistisches Organ ist, ein paar Stellen vorzulesen. Es wird dort ausgeführt, was es bedeuten würde, wenn das Wiener Memorandum wirklich durchgeführt wird. Die Überschrift lautet: „Bezug des Rechtes durch eine amerikanische Gesellschaft“. Es wird wörtlich festgestellt (*liest*): „Mit dieser völlig eindeutigen Rechtslage waren die ausländischen Ölgesellschaften . . . nicht zufrieden. Sie haben es verstanden, fünf Tage vor Abschluß des Staatsvertrages ihre Botschafter vorzuschicken, um von den Regierungsmitgliedern Raab, Figl, Schärf und Kreisky unter Androhung der Verzögerung des Staatsvertrages in letzter Minute die berühmten ‚Wiener Memoranden‘ buchstäblich abzupressen.“ Weiter heißt es (*liest*): „Die Methoden und der Druck, die die beiden Ölgesellschaften auf ihre Regierungen und Botschafter sowie auf unsere vier Regierungsmitglieder anwendeten und ausübten, sind für mitteleuropäische demokratische

Verhältnisse einzig dastehend. Obwohl die angelsächsischen Regierungen das Recht Österreichs auf Verstaatlichung anerkannt haben, war es den Ölgesellschaften möglich, dieses Recht zu beugen. Materiell bedeuten die Wiener Memoranden eine Umgehung des Verstaatlichungsgesetzes und damit eine Brückierung des österreichischen Gesetzgebers, des Parlaments. Gemäß den Memoranden sollen die angelsächsischen Ölgesellschaften wieder in ihre Anteils- und Aktienrechte eingesetzt werden. Im Gegensatz zu den österreichischen Kapitaleignern an verstaatlichten Gesellschaften, die keine Aktien oder Anteilsrechte erhielten, sollen die angelsächsischen Ölgruppen über ihre in Österreich verstaatlichten Unternehmungen verfügen dürfen! Dies widerspricht klar und eindeutig dem Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946.“ Eine andere Stelle soll wörtlich hier angeführt werden (*liest*): „Wir wollen hoffen, daß sich unsere Unterhändler, unsere Regierung und unser Parlament der schweren Verantwortung, die sie auf sich nehmen, würdig erweisen. Ein ernstes Wort an unsere Parteien ist nötig. Die beiden Großparteien sind ja die eigentlichen Gesetzgeber im Staate. Seht wenigstens dieses eine Mal nicht auf die Wahlfonds, sondern auf Österreich! Laßt euch das österreichische Öl nicht für ein Butterbrot abkaufen!“

Wenn der „Österreichische Volkswirt“ das so scharf ausdrückt, eine bürgerliche Zeitung, dann glaube ich unterstrichen zu haben, wie schädlich das Wiener Memorandum für Österreich ist. Weiters wird noch ausgeführt, daß es geradezu Landesverrat bedeuten würde, wenn man das niederösterreichische Erdöl und seine Bearbeitung ausländischen Interessenten in die Hände spielen wollte. Tatsache ist nun, daß das Wiener Memorandum ohne Beschluß des Parlamentes und ohne Beschluß des Verfassungsausschusses im Parlament gegen die Bestimmungen des Staatsvertrages abgeschlossen wurde. (*Widerspruch rechts. — Zwischenrufe auf allen Seiten.*) Ich möchte noch unterstreichen, daß wir Kommunisten die einzige Partei sind, welche das Wiener Memorandum dem österreichischen Volk mitgeteilt und auf die daraus entstehenden Gefahren für das Land Niederösterreich hingewiesen hat. (*Widerspruch rechts. — Lebhaftes Zwischenrufe.*) Ich betone und unterstreiche noch die Tatsache, daß dieses Wiener Memorandum gegen das österreichische Volk und gegen den österreichischen Staatsvertrag durchgesetzt werden soll. (*Stürmische Zwischenrufe. — Unruhe.*) Man hat dieses Gesetz in der Form zustande gebracht, daß man den Bauern dafür die Bodenreform versprochen hat. (*Widerspruch rechts.*) Heute aber sind die großen Herren, wie zum Beispiel der Prinz Coburg, schon wieder auf den USIA-Gütern seßhaft. Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ zum Beispiel über die Raffinerien in der Lobau schreibt, daß hier Interessenvertreter

des englisch-amerikanischen Kapitals am Werke sind, dann hat sie recht. Es zeigt sich klar, daß die beiden Regierungsparteien auf dem Wege sind, viele Millionen dem ausländischen Kapital im Wege des Erdöls in den Rachen zu werfen.

Von Herrn Landesrat Müllner wurde von einem Judas am Ölberg gesprochen. (*Lebhaftes Zwischenrufe. — Lärm. — Dritter Präsident Endl gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.*) Ich glaube, wenn Sie meine Rede bewußt stören wollen, dann ist es nur so zu verstehen, daß Sie das Gewissen drückt. Wenn Sie schon für meine Ausführungen kein Interesse zeigen, so besteht dennoch die Tatsache, daß Sie mit dem Wiener Memorandum das Erdöl dem ausländischen Kapital ausliefern wollen. Das ist eine Tatsache, über die man nicht hinwegkommt.

Man hat hier auch von Hoch- und Landesverrat gesprochen. Ich glaube, wer hier von Verrat spricht, der ist der Judas am Ölberg. Nach meiner Meinung sind diejenigen als Judas zu bezeichnen, die unser Erdöl an das ausländische Kapital verschachern wollen.

Wenn die ÖVP. im Zusammenhang mit der Erdölwirtschaft von einer Volksaktie und von einer Mitbeteiligung der Arbeiter spricht, dann möchte ich denn doch dazu feststellen, daß der kleine Mann das erforderliche Geld nicht besitzt, um solche Aktien kaufen zu können. Die Arbeiter haben aber überhaupt kein Interesse daran, Aktien zu kaufen, um sich am Profit zu beteiligen. Wir als fortschrittliche Menschen wissen ganz genau, daß die Arbeiterklasse überhaupt kein Interesse an Aktien hat.

Wenn der Landesrat Müllner von Volkseigentum spricht, so stellt er sich das offenbar so vor, daß die Großen, die das Geld haben, die Aktien kaufen. Wir sind der Meinung, daß gewisse Betriebe in den Besitz des Volkes übergehen sollen. Die Gesellschaftsordnung soll nicht auf Profit aufgebaut sein, sondern darin bestehen, daß die arbeitenden Menschen nicht ausgebeutet werden.

Zu den besonderen Wegen, die uns Herr Präsident Wondrak gewiesen hat, um aus der jetzigen Situation herauszukommen, möchte ich folgendes bemerken: Er hat gesagt, die ÖVP. sei schuld und die Russen seien schuld. Er hat weiters ausgeführt, weil die Russen da gewesen sind, haben wir jetzt diese beklagenswerten Verhältnisse. Die Russen sind aber jetzt weg, und trotzdem hat sich bisher nichts geändert. Wenn man bedenkt, daß während der Besatzungszeit in Niederösterreich mehrere Schulen und auch mehrere Krankenhäuser gebaut wurden, daß man unsere Straßenverhältnisse vielfach verbessert sowie mehrere Brücken in dieser Zeit gebaut hat, so kann man doch jetzt nicht den Russen die Schuld geben. Schuld haben vielmehr die beiden Regierungsparteien gemeinsam, weil sie ja miteinander eine

gemeinsame Politik gemacht und gemeinsam für das Budget gestimmt haben. Wenn der Herr Abg. Popp nun sagt, daß wir ein außerordentliches Budget brauchen, dann kann man das nur als einen eleganten Sprung bezeichnen, den der Herr Präsident Wondrak auch schon gemacht hat, um die Taten der beiden Regierungsparteien zu vertuschen.

Interessant ist, daß der Herr Abg. Popp immer von der notwendigen Zusammenarbeit spricht und sagt, daß er bereits dreimal diese Zusammenarbeit versucht habe. Die Geschichte der vergangenen eineinhalb Jahre lehrt uns aber, daß die SPÖ die Zusammenarbeit verweigert hat. Drastisch heißt das, daß die SPÖ von der ÖVP Ohrfeigen erhalten hat. (*Lebhafte Unruhe.*) Für die ganze Politik der SPÖ ist es bezeichnend, daß sie immer sagt: Wir sind die Minderheit und können daher gegen die Mehrheit nichts machen. Wir Arbeiter wissen hier aber einen Ausweg, nämlich den, die sozialistische Alleinregierung zu bilden. Man kann doch die verschiedenen Anschuldigungen der SPÖ gegen die ÖVP nicht ernst nehmen, weil die SPÖ nicht die ganze Kampfkraft der Arbeiterschaft einsetzt, sondern alles unterstützt, was die ÖVP vorschlägt. Die SPÖ hat ja auch für das Budget gestimmt.

Wenn der Herr Abg. Popp über den Faschismus gesprochen hat, so möchte ich ihm darauf erwidern, daß Innenminister Helmer doch drastische Mittel hätte, um in Österreich die Reaktion zu bekämpfen. Wenn Starhemberg heute wieder in Österreich ist, so ist das das Werk eines Helmer. Wenn man sagt, daß der arme Kerl krank sei, so hat dennoch anlässlich seiner Rückkehr die sozialistische Partei vor der ÖVP kapituliert. Starhemberg ist doch der Mann, gegen den Sie (*zu den Sozialisten gewendet*) zum Generalstreik aufgerufen haben. Heute wird er aber von Ihnen in Österreich begrüßt. Wenn gefragt wird, wieso läuft der Kerl hier herum, dann ist das auf die Protektion Helmers zurückzuführen und auch darauf, weil man auf die nazistischen Stimmen bei der Wahl spekuliert.

Beim Wehrmachtsgesetz hat die Sozialistische Partei den Passus durchgelassen, daß die neue Wehrmacht auch bei inneren Unruhen eingesetzt werden kann. Im Februar 1934 ist es auch so gewesen. Alles das zeigt, daß die Sozialistische Partei gar nicht will — zumindestens die Verantwortlichen nicht —, daß die Kampfkraft der Arbeiter, die sie hätte, eingesetzt wird. (*Zu den Sozialisten gewendet.*) Euer Wahlkampf ist Demagogie. Ihr braucht eine Wahlplattform, Ihr braucht große Reden, die zu nichts verpflichten, um dann wieder mit der ÖVP zusammenzuarbeiten. Wenn Ihr Euren Antrag ernst nehmen würdet, hättet Ihr erklären müssen: wir legen die Mandate nieder. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Nach Euren Erklärungen hättet Ihr diesen Schritt konsequent gehen müssen, dann hätte der Landtag aufgelöst werden müssen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Der Herr Abg. Popp sagt aber: Die Sozialisten werden nicht aus dem Landtag austreten. Es geht Euch eben nur darum, eine Wahlplattform zu haben.

Wir haben offen und ehrlich gesagt, wir sind für die Auflösung des Landtages, das niederösterreichische Volk soll neu wählen. Wir sind dafür, aber nicht deswegen, weil die ÖVP oder die SPÖ schuld ist, sondern deswegen, weil Ihr beide schuldig seid. Wir scheuen eine neue Wahl nicht! Wir haben die erforderlichen Wege aufgezeigt, und wir werden der niederösterreichischen Bevölkerung auch unsere Vorschläge zu dieser Wahl machen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. HilgARTH.

ABG. HILGARTH: Hohes Haus! Es ist jetzt stundenlang in diesem Hause debattiert worden und dabei sind alle möglichen Standpunkte zum Vorschein gekommen. Es wurde sehr viel über die ganzen Probleme, die im Laufe der vergangenen Monate und Jahre hier aufgerollt wurden, geredet, aber herzlich wenig zu dem Gegenstand, der tatsächlich zur Debatte steht, nämlich zu dem Antrag der Sozialistischen Partei, den Landtag aufzulösen, und zu dem Beschluß der Mehrheit im Verfassungsausschuß, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Wenn wir uns jetzt die letzten Worte des Herrn Abg. Lauscher angehört haben, so müssen wir feststellen, daß zwischen seinen Ausführungen und jenen des Herrn Abg. Dubovsky ein gewisser Widerspruch besteht. Ich bin fest davon überzeugt, daß einer der Kernpunkte in der Rede des Abg. Dubovsky der Gedanke des russischen Parteisekretärs Chruschtschow ist, nämlich auf die sozialistische Einheitsfront hinzuarbeiten; dementsprechend war auch der ganze Ton seiner Rede eingestellt. Würde aber die Sozialistische Partei einschließlich des Herrn „Abgeordneten“ Popp dem Wunsche des Herrn Abg. Lauscher folgen und ihre Mandate im Landtag zurücklegen, dann hätte der Herr Abg. Lauscher die Sozialisten glatt hineingelegt, weil nämlich seine Schlußfolgerung, der Landtag müßte dann aufgelöst werden, nicht zutreffen würde. (*Abg. Lauscher: Das heißt, Ihr tütet dann allein regieren!*) Das lassen Sie den Herren der Sozialistischen Partei über, ob sie weiter bleiben oder aus dem Landtag ausscheiden würden. Bis jetzt haben Sie den gewählten Landeshauptmannstellvertreter Popp immer als „Abgeordneten“ angesprochen, als wenn er bereits sein Mandat in der Landesregierung zurückgelegt hätte. Wir wissen aber gerade aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters

Popp, daß er mit Eifer innerhalb der Landesregierung tätig ist, nur zweifelt er sehr stark an der Mehrheit, die es in dieser Regierung gibt. Ich will mich auf die Zehntel nicht einlassen, sondern wir runden es auf Ganze auf, denn wir haben diese Aufrundung auf Ganze auch in Wien, nach welcher Sie (*zu den Sozialisten gewendet*) ungefähr 52 Prozent haben.

Sie haben einmal den ganz richtigen Satz ausgesprochen, ich erinnere mich daran: Im demokratischen Staat trägt die Mehrheit die Verantwortung. Wenn die Mehrheit die Verantwortung zu tragen hat, dann muß auch die Mehrheit den Gang der Dinge irgendwie beeinflussen. (*Zwischenrufe des Landeshauptmannstellvertreters Popp.*) Genauso wie die Mehrheit in Wien den Gang der Dinge wesentlich beeinflusst, so wird natürlich auch die Mehrheit in Niederösterreich auf Grund des Stimmenverhältnisses, das sich bei der letzten Wahl für sie ergeben hat, den Gang der Dinge entscheiden. Und da komme ich letzten Endes darauf zurück, was das Thema unserer heutigen Verhandlung ist: Auflösung oder Nichtauflösung des Landtages. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sein oder Nichtsein!*) Sein oder Nichtsein, ganz richtig. Nun hat dieses Sein oder Nichtsein bereits Ihre Mehrheit in Wien zu einer Zeit entschieden, wo die Frage der Neuwahl tatsächlich eine ziemlich große Rolle gespielt hat. Schauen Sie, es wurde heute vom Herrn Präsidenten Wondrak in mehreren Punkten eine Begründung zu Ihrem Antrage angeführt. Diese Begründungen sind bereits im Verfassungsausschuß angeführt worden, wobei ich nur feststelle, daß manches, was im Verfassungsausschuß gesprochen wurde, heute hier im Hause nicht wiederholt wurde und manches, worüber im Ausschuß nicht gesprochen wurde, heute neu gebracht erscheint. Eine dieser Feststellungen des Herrn Präsidenten Wondrak war darin gelegen, daß der Staatsvertrag für uns in Österreich eine neue Situation herbeigeführt hätte, namentlich das Land Niederösterreich sei dadurch stark betroffen, so daß es selbstverständlich wäre, daß dieser neuen Situation entsprechend, auch die Bevölkerung über den weiteren Verlauf der Dinge entscheiden solle. Meine Herren! Diese Meinung hat auch die Minderheit im Herbst im Wiener Landtag vertreten, und es wurde von ihr damals bei einer Frage, die für die Wiener Bevölkerung auch einschneidend gewesen ist, der Antrag gestellt — ungefähr gleichlautend mit dem, den Sie heute gestellt haben —, der Wiener Gemeinderat wolle beschließen, die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien den Antrag, den Wiener Gemeinderat sofort aufzulösen. Daran hat sich nicht so wie bei uns im Landtag eine lange Debatte angeschlossen, sondern es wurde von den Antragstellern eine ganz einfache Begründung

gegeben, die in wenigen Sätzen festgehalten ist. Lesen Sie aus dem stenographischen Protokoll (*liest*): „Die heute auf der Tagesordnung stehende Erhöhung der städtischen Tarife und die Behandlung dieser Tagesordnung durch die derzeitige Mehrheitspartei berührt die Interessen der Wiener Bevölkerung derart, daß nach Meinung der Antragsteller vor endgültiger Erledigung dieser Angelegenheit der gesamten Wiener Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden müßte, dazu und zu allen damit eng im Zusammenhang stehenden Problemen, auch zur Frage der Behandlung der frei gewählten Volksvertretung durch den Herrn Bürgermeister, Stellung nehmen zu können.“ Dann kommen ganz kleine Plänkeleien und der Herr Bürgermeister erklärt (*liest*): „Der Herr Vizebürgermeister hat sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet, aber einen Antrag eingebracht, der nicht zu dieser Wortmeldung paßt. Sein Antrag betrifft eigentlich die bereits abgeschlossenen Postnummern 72, 73 und 74 der Tagesordnung, also die Tarife . . . Es liegt also der Antrag vor, den Wiener Gemeinderat sofort aufzulösen und zum frühestmöglichen Termin Neuwahlen auszusprechen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Ich danke, das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.“

Sie sehen, in welcher Form ein ebenso wichtiger, von der Wiener Minderheit gestellter Antrag, wie jener, für den Sie heute hier eintreten, von Ihrer Mehrheit im Wiener Gemeinderat und Landtag zu einer Zeit abgelehnt wurde, wo die heutige Argumentation des Kollegen Wondrak, daß nämlich nach dem Abschluß des Staatsvertrages eine Neuwahl der gesetzgebenden Körperschaft wichtig wäre, auch zutreffend gewesen wäre. Ich glaube daher, wenn wir damals wirklich Neuwahlen durchgeführt hätten, die irgendwie im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag, bzw. mit der durch ihn bedingten Änderung der Verhältnisse im Zusammenhang gestanden wären, man der Argumentation des Kollegen Wondrak hätte zustimmen können. Damals aber haben die Vertreter Ihrer Partei (*zu den Sozialisten gewendet*) mit dem Bundeskanzler sehr eingehende Debatten abgeführt und ihn gebeten, zu dieser damaligen Zeit Neuwahlen nicht durchzuführen.

Nun hat Herr Kollege Wondrak in der Sitzung des Verfassungsausschusses als Einleitung ungefähr erklärt, es sei der Wunsch der niederösterreichischen Bevölkerung, daß der Landtag mit dem Nationalrat am 13. Mai neu gewählt werde. Herr Kollege Wondrak, das war eine Behauptung, einen Beweis können Sie dafür nicht erbringen. Überall dort, wo wir Fühlung genommen haben, ist die gegenteilige Meinung zutage getreten. Ich kann heute mit demselben Recht behaupten, daß es nicht der Wunsch der nieder-

österreichischen Bevölkerung ist, am 13. Mai Neuwahlen durchzuführen, weil diese eben erst vor eineinhalb Jahren stattgefunden haben.

In einem weiteren Argument, das der Herr Kollege Wondrak im Verfassungsausschuß vorgebracht hat, wurde darauf verwiesen, daß sich andere Bundesländer entschlossen haben, den Termin der Nationalratswahl dazu zu benützen, um auch ihre Landtage neu zu wählen. Jawohl, Herr Kollege Wondrak, ich nehme das zur Kenntnis. Man kann aber doch die Verhältnisse in diesen Ländern nicht mit den Verhältnissen in Niederösterreich vergleichen. Im Burgenland ist eine vierjährige Landtagsperiode, bei uns ist eine fünfjährige und in Oberösterreich eine sechsjährige. Wenn ich natürlich eine vierjährige Funktionsperiode im Landtag besitze, die sich gleichzeitig mit jener des Nationalrates deckt, dann ist es selbstverständlich, daß man logischerweise Nationalrats- und Landtagswahlen gleichzeitig durchführt. Nachdem der Burgenländische Landtag einen Großteil seiner gegenwärtigen Funktionsperiode hinter sich hat, ist es klar, daß im Burgenland die beiden Parteien die Auflösung des Landtages beschlossen haben. Das trifft aber bei uns nicht zu, da müßte man zuerst die Verfassung ändern. Diese Verfassung ist aber bei uns nicht geändert.

Ein zweites Beispiel ist das Bundesland Kärnten, das ebenfalls die Auflösung des Landtages beschlossen hat. Das Land Kärnten hat bereits Vierfünftel seiner Legislaturperiode hinter sich und nur ein Fünftel steht noch bevor. Bei uns ist aber erst ein Fünftel dieser Zeit vorüber und wir haben daher jetzt keinen Grund, Landtagswahlen durchzuführen. Der Auftrag, den uns die Bevölkerung gegeben hat, ist nicht erfüllt, daher werden wir bis zum Ende der gesetzlich vorgesehenen Frist im Amte bleiben. Für unsere Bevölkerung wäre es unverständlich, wenn wir aus Gründen, die nicht einzusehen sind, jetzt Ihrem Antrag zustimmen und die Landtagswahlen am 13. Mai durchführen würden.

Wenn ich wiederholen darf, sind Ihre Argumente: der angebliche Wunsch der Bevölkerung, weiters der Abschluß des Staatsvertrages mit den geänderten Verhältnissen und schließlich die Ansicht, daß das, was andere Bundesländer unternehmen, auch für uns am Platze wäre. Der vierte Grund, der von Ihnen ins Treffen geführt wird, ist der, es gäbe zwischen den beiden Regierungsparteien Differenzen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind und über die wir nicht hinwegkommen, wenn nicht das Volk selbst darüber entscheidet. Nun, meine Herren, möchte ich wissen, welchen Zweck eine Neuwahl hätte. Haben Sie wirklich die Überzeugung, daß nach der Wahl eine Entscheidung über die verschiedenen Streitfragen herbeigeführt wäre? Ich glaube schwerlich.

Aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Müllner ist unter anderem klar hervorgegangen, daß die Differenzen in Niederösterreich ursprünglich niederösterreichische Angelegenheiten gewesen sind; es ist Ihnen aber gelungen, diese niederösterreichischen Angelegenheiten auf die Bundesebene zu bringen. Ich erwähne dazu nur zwei Dinge: Auslandsanleihe und Erdölfrage! Sie haben genau gewußt, daß Sie höchstwahrscheinlich auf der Bundesebene den stärkeren Arm besitzen als wir im Landtag. Da haben Sie aber gegen den Grundsatz, den Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp aufgestellt hat, verstoßen. Sie haben nämlich zweimal mit Erfolg in lebenswichtigen Belangen des Landes Niederösterreich der Mehrheit dieses Landes den Willen der Minderheit aufgezwungen. Ich frage: Ist das demokratisch? Es wird Ihnen unmöglich sein, daß Sie auf dem Umweg einer Landtagsauflösung mit Ihrem Antrag ein drittesmal der Mehrheit Ihren Willen aufzwingen. Unsere Stellungnahme ist vollkommen klar.

Wenn nun außer einer Reihe von Fragen — von den Erdölverhandlungen wurde heute schon genügend viel gesprochen — auch die Niogas in die Debatte geworfen wurde, so habe ich hier heute etwas ganz Neues gehört. Ich war immer der Meinung, daß nach den Ausführungen der „Arbeiter-Zeitung“ die Niogas nur meckern kann. Herr Abg. Dubovsky hat aber gesagt, sie schreit! Das ist für mich überraschend. Bei der Niogas sind zwar Gründe vorhanden, und es wäre interessant zu wissen, ob Lieferverträge aus der früheren Zeit von der Österreichischen Mineralölverwaltung eingehalten wurden, um die notwendigen Erdgasmengen der niederösterreichischen Bevölkerung zuzuführen.

Dann sind noch verschiedene andere Differenzen aufgeworfen worden. (*Zwischenrufe des Abg. Lauscher.*) Ich habe keinen Grund, auf sie näher einzugehen, weil ich jetzt von der Landtagsauflösung spreche. Über das Wiener Memorandum werden wir uns noch später unterhalten können. (*Zwischenrufe des Abg. Dubovsky.*) Weil Sie diese Zwischenrufe machen, Herr Abg. Dubovsky, so möchte ich noch auf eines hinweisen. Es ist von Ihrer Seite ein sehr hartes Wort gefallen. Sie bezeichnen beide Regierungsparteien als „Hochverräter“. (*Abg. Dubovsky: Der „Österreichische Volkswirt“!*) Das Wort ist heute hier im Landtag gefallen. Ich möchte Sie aber nur eines fragen: Wo waren denn die Hochverräter durch zehn Jahre, wo ein großer Teil des niederösterreichischen Volksvermögens in ausländischer Verwaltung unter dem Schutz einer fremden Militärmacht gestanden ist?

Der Herr Präsident Wondrak hat unter anderem auch erwähnt, daß in Niederösterreich die Frage der Lehrerernennungen einen großen Streit-

punkt in dem ganzen Komplex darstellt. Ich will nicht viel darüber reden, aber ich möchte die „Freie Lehrerstimme“ zitieren, und man wird daraus ersehen, daß das nicht ein so prinzipieller Streit ist, als er hier dargestellt erscheint. Es wurde in der Nummer 4 vom Jänner 1956, 10. Jahrgang, Seite 9, folgender Aufsatz veröffentlicht (*liest*): „Ernennungen im Bezirk Mödling. Das Schuljahr 1955 bringt nun die Ernennung der Lehrer auf schulfeste Stellen. Am 24. November trat deshalb der Lehrervorschlagsausschuß zusammen, um über die zu erfolgenden Ernennungen im Bezirk Mödling abzustimmen. Was ist nun zu den Ernennungen, die einstimmig beschlossen wurden, zu sagen? Es ist festzustellen, daß unsere Vertreter im Lehrervorschlagsausschuß das unter den gegebenen Umständen Günstigste erreicht haben. Als großer Erfolg kann wohl die Ernennung aller Kollegen mit Hauptschulprüfung auf Hauptschulstellen gewertet werden. Der Kollege, der sich der Plage der Hauptschulprüfung unterzogen hatte, konnte nun ein nicht geringes Plus für seine dienstrechtliche Stellung buchen, egal welches Dienstalter er aufwies. Auch auf dem Volksschulsektor konnten viele unserer Wünsche durchgesetzt werden, besonders dann, wenn das entsprechende Dienstalter und eine gute Qualifikation gegeben waren. Selbstverständlich wurden die Volksschullehrer mit hohem Dienstalter, die an Hauptschulen Dienst machen, solchen Kollegen mit weniger Dienstjahren — auch wenn sie schon lange an derselben Volksschule Dienst machen — vorgezogen.“

Meine Herren, Kommentar überflüssig. Das ist geschehen im November und das wurde im Jänner gedruckt. (*Abg. Kuntner: Und was geschah im Dezember?*) Im Dezember sind neue Verhandlungen gewesen, und ich kann sagen, daß auch hier einige Beschlüsse gefaßt wurden, mindestens 10 oder 12. (*Zwischenrufe des Abg. Kuntner.*) Lieber Herr Kollege Kuntner, man darf sich aus einem Guglhupf nicht immer die Zibeben heraus holen, man muß auch vollständigerweise das andere zugeben. Wenn man schon Differenzen aus solchen Verhandlungen anführt, dann muß man auch das zugeben, was einstimmig und einvernehmlich in diesem Ausschuß beschlossen wurde. Das wird erst der Wahrheit ihren vollen Wert geben. Ich sage, es ist schlechter die halbe Wahrheit zu sagen, als eine halbe Lüge. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Oder als alles ganz verschweigen!*) Ich habe hier die Zeitungsnachrichten über die nicht entschiedenen Fälle. Sie werden als einer der Hauptstreitfälle in der ganzen Frage hingestellt. Zu diesem Punkt der Veröffentlichung der letzterfolgten Vorschläge, die in der Landesregierung nicht fristgerecht erledigt werden konnten (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wollten!*), können die Gründe veröffentlicht werden. Ich habe nichts dagegen. Ja, es kann jede Partei

ihre Gründe und das Für und Wider in ihrer Parteipresse abdrucken. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Warum sie nicht erledigt wurden!*) Ich sage auch, es besteht gar kein Hindernis, darüber zu reden, warum im Lehrervorschlagsausschuß bei den Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Warum nicht in der Landesregierung?*) Meine Herren, ich muß öffentlich in diesem Hause sagen, es wäre ja gar nicht notwendig, daß diese Ernennungen in die Landesregierungsitzung kommen, oder glauben Sie vielleicht, daß die Verhandlungsbereitschaft oder sagen wir die Atmosphäre, in der die Vorverhandlungen geführt wurden, durch die Äußerung „Ihr werdet erst gescheitert werden, bis Ihr wieder im KZ sitzt!“ wie wir sie damals gehört haben, gehoben wird? (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Verteidigen Sie diese Ernennungen, Herr Lehrer, verteidigen Sie sie?*) Jawohl, Herr Oberlehrer! Ich werde in diesem Zusammenhang eine ganz entschiedene Anfrage an den Herrn Landeshauptmann richten. In Ihrem Bericht kann alles aufgezählt werden, Sie können alle Ihre Gründe anführen, das ist genau so Ihr Recht wie das unsere, wir würden es an Ihrer Stelle auch machen. Sie können über die Person eines jeden Kandidaten anführen, wie alt er ist, Sie können seine Familienverhältnisse aufzählen, auch das ist kein Geheimnis. Aber wissen Sie was dem fundamentalsten Recht in diesem Bericht widerspricht? Daß von einem jeden die politische Qualifikation veröffentlicht wurde! Das ist ein Recht, das nur derjenige zu schätzen weiß, der im öffentlichen Dienst steht, und es ist eine Verletzung des Amtsgeheimnisses, wenn das in die Zeitung gegeben wird. Ich möchte daher den Herrn Landeshauptmann ersuchen, dafür zu sorgen, daß das Amtsgeheimnis auch bei den Verhandlungen im Lehrervorschlagsausschuß gewahrt wird. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Heuchelei ohne gleichen. Eine Schande, daß ein Lehrer so redet!*) Die Lehrerschaft, wenn sie im politischen Leben tätig ist, regt sich nicht im geringsten über diese Veröffentlichungen auf, weil sie weiß, daß sie Angriffen ausgesetzt ist. Sie wird sich verteidigen können. Aber gegen die Veröffentlichung der Qualifikation auch ihrer Kollegen erhebt die gesamte Lehrerschaft Einspruch, denn hier ist der Schutz, der durch die gesetzlich gewährleistete Geheimhaltung der Qualifikation gegeben ist, verletzt worden. Alles andere kann veröffentlicht werden.

Es ist weiters noch die Bemerkung gefallen, daß der Lehrervorschlagsausschuß seine Beschlüsse mit nur einer Stimme Mehrheit faßt. Meine Herren, setzen wir den Lehrervorschlagsausschuß einmal so zusammen, wie die Ausschüsse des Landtages zusammengesetzt sind, und zwar nach dem Proport, dann haben wir diese eine Stimme sofort auf zwei Stimmen vermehrt. Das möchte ich zu

dieser Frage gesagt haben. (*Abg. Staffa: Wählen wir das Haus neu, dann werden wir eine andere Zusammensetzung haben!*)

Dann ist noch ein weiterer Streitfall in dem Blatt hier angeführt. Der Zeichner der Karikatur Müllner-Steinböck, auf der diese dargestellt sind, wie sie auf der Suche nach einem neuen Raum für die Speisinger-Kranken sind, hat sich mit seiner Zeichnung keine Ehre eingelegt. Wenn er der Wahrheit die Ehre geben würde, müßte er an Stelle der auf dem Bild dargestellten Hundshütte, wie es der Wirklichkeit entspricht, den Landespavillon in Grimmenstein zeichnen, von dem niemand behaupten kann, daß er nicht dem vorgesehenen Zweck entspricht. (*Zwischenrufe links.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (*Zur linken Seite des Hauses gewendet.*) Sie werden auch nicht unterbrochen!

ABG. HILGARTH (*fortfahrend*): Ich bin fest davon überzeugt, daß die Patienten, die in Speising gestreikt haben, weil sie von Speising angeblich weg sollen, dort ausgeheilt werden. Wenn Sie aber die Statistiken von Speising in die Hand nehmen würden, dann würden Sie sehen, was da draußen eigentlich los ist. Wenn als Einwendung gebracht wurde, es sei in ganz Europa keine Anstalt vorhanden, in der Heilanstalt und Krankenhaus auf einem Territorium beisammen sind, dann ist es interessant, daß die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 59 vom 10. März 1956 schreibt (*liest*): „Österreichs modernste Lungenheilstätte. Auf dem Hirschenstein bei Rechnitz im Burgenland empfing Freitag Landesrat Dostal namens der burgenländischen Landesregierung Vertreter großer Sozialversicherungsinstitute, um ihnen das in sechsjähriger Bauzeit errichtete Landestuberkulosekrankenhaus und die damit verbundene Heilstätte zu zeigen.“ Man braucht dazu nichts zu sagen, denn es ist somit unter Beweis gestellt, daß eine Krankenanstalt und eine Heilstätte tatsächlich auf einem Territorium zum Vorteil der Kranken nebeneinander bestehen können. Der Betrieb in Grimmenstein wird im gleichen Umfang aufrechterhalten, wie er bisher in Speising durchgeführt wurde. Im übrigen werden sich darüber noch der Gesundheitsausschuß, die Ärzte sowie die Sachverständigen unterhalten. Auch werden wir in der Landesregierung noch Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Abschließend möchte ich folgendes sagen: Die Differenzen, die hier heraufbeschworen wurden, betreffen in erster Linie Fragen wirtschaftlicher Natur. Es ist natürlich für eine Minderheit sehr leicht, fortwährend Anträge zu stellen, welche neue Belastungen des Landes bedeuten. Wenn man aber mit diesen Anträgen gleichzeitig die Mög-

lichkeit abschnürt, dem Lande die notwendigen Mittel zu geben, dann ist dies wesentlich schlechter.

Ich bin davon überzeugt, daß die Ablehnung des Antrages auf Auflösung des Landtages wohl begründet ist. Wir handeln hier nicht leichtfertig, sondern führen alle Angelegenheiten, die noch nicht gelöst sind, wieder auf die Ebene des Landes zurück. Unsere Fraktion wird daher bei diesem Beschluß, der im Verfassungsausschuß gefaßt wurde, bleiben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

ABG. WENGER: Von den Vertretern unserer Partei ist schon genügend dargetan worden, daß die Verhältnisse im niederösterreichischen Landtag und in der niederösterreichischen Landesregierung unhaltbar geworden sind, und zwar durch die Haltung der Mehrheit dieses Hauses. Wenn ich das sage, dann sage ich es in erster Linie nicht im Interesse unserer Partei, sondern im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung, die ja letztenendes die Leidtragende ist, wenn solche schwerwiegende Differenzen im Schoße einer Landesverwaltung aufscheinen. Im besonderen Maße, möchte ich fast sagen, ist es in der letzten Zeit bei der Verfügung des Herrn Landesrates Müllner im Falle der Auflassung des Krankenhauses Speising in Erscheinung getreten. Ich glaube, es bedarf keines neuen Beweises, um die Aufrechterhaltung dieser Anstalt zu rechtfertigen. Ich möchte nur in Erinnerung bringen, daß die gleiche Meinung wahrscheinlich auch der Herr Landeshauptmann Steinböck gehabt hat, als er anlässlich der Herausgabe der Festschrift bei der Eröffnung dieser Anstalt geschrieben hat: „Ein bleibendes Zeugnis dieser vorbildlichen Hilfsbereitschaft wird das neue Landeskrankenhaus in Speising sein.“ Daß er in so kurzer Zeit — einige Jahre nach dieser Erklärung — wortbrüchig werden mußte, möchte ich nicht einmal ihm persönlich anlasten, denn ich glaube die Verfügung des Herrn Landesrates Müllner hat ihn dazu verurteilt, in dieser Form wortbrüchig zu werden. Herr Landesrat Müllner hat es nach dem „Kleinen Volksblatt“ vom 11. Februar dieses Jahres für notwendig gehalten, eine vernichtende Abrechnung mit uns Sozialisten zu halten. In dieser vernichtenden Abrechnung hat er sich mit dem Problem des Krankenhauses Speising beschäftigt, und die Quintessenz seiner Ausführungen war, daß er meinte, der geistliche Orden, der in der Hofburg ein Spital unterhält, müsse aus der Hofburg heraus. Ich frage mich nun, warum Niederösterreich ganz allein verpflichtet sein soll, der Spitalsnot dieses geistlichen Ordens in dieser Form Rechnung zu tragen, daß ihm die Räume des Krankenhauses Speising zur Verfügung gestellt

werden. In dieses Landeskrankenhaus Speising hat das Land Niederösterreich nachgewiesenermaßen nahezu 13 Millionen Schilling investiert. Ich glaube kaum, daß es uns möglich sein wird, von dem geistlichen Orden, dem dieses Spital zuge-dacht ist, diese 13 Millionen hereinzubringen. Ich glaube, daß auch niemand von Ihnen daran denkt, dieses aus Landesmitteln investierte Geld vom Orden hereinzubringen. Ich habe noch gar nicht davon gesprochen, daß mit dieser christlichen Tat, nämlich dem Orden das Speisinger Krankenhaus zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig unchristliche Maßnahmen verbunden sind. Eine dieser Maßnahmen ist die Kündigung von mehr als 90 Angestellten dieser Anstalt. Daß von diesen Kündigungen in erster Linie diejenigen Angestellten betroffen sind, die nicht dem niederösterreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund, bzw. der ÖVP. angehören, ist, glaube ich, so selbstverständlich, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche.

Darüber hinaus möchte ich noch sagen, daß es gegenüber den Kranken meiner Meinung nach ein höchst unchristlicher Akt ist, wenn man sie dazu verurteilt, in andere Anstalten zu gehen, zum Beispiel nach Grimmenstein. Ich kann mir vorstellen, daß diese Anstalt gut eingerichtet ist oder wird. Wenn Sie aber bedenken, daß zum Beispiel Patienten aus dem Waldviertel, die nun nach Grimmenstein kommen, nur unter schwierigen Umständen besucht werden können — man kann doch niemand zumuten, daß er eine zwei Tage dauernde Reise nach Grimmenstein unternimmt —, dann werden auch Sie zugeben müssen, daß das eine schwerwiegende Veränderung darstellt. Die Annehmlichkeit, die für die Besucher der Kranken beim Krankenhaus in Speising gegeben ist, wird also bei Grimmenstein fehlen. Wie überdies nachgewiesen ist, bringen Sie nicht alle tuberkulösen Patienten in Grimmenstein unter, sondern sie müssen auf verschiedene andere Krankenhäuser aufgeteilt werden. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß man nicht imstande sein wird, den Kranken die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen, wie sie in Speising bereits gang und gäbe ist.

Ich brauche nicht mehr näher darauf einzugehen, daß es selbstverständlich unwahr ist, daß wir die Kranken irgendwie zum Hungerstreik angeregt hätten, um die Erhaltung der Anstalt zu erzwingen. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß jederzeit Zeugen dafür beigebracht werden können, die bestätigen, daß wir den Patienten klipp und klar erklärt haben, der Kampf um die Erhaltung des Krankenhauses Speising kann niemals die Aufgabe der Patienten sein, sondern nur die Aufgabe der Gesunden, und wir empfehlen ihnen dringendst, von einem Hungerstreik abzusehen, weil das ihrer Gesundheit keinen guten Dienst erweist. Das hat Sie natürlich,

trotzdem Sie davon Kenntnis hatten, nicht abgehalten, in Ihrer Zeitung darüber zu schreiben, daß wir in Speising den Hungerstreik propagiert haben.

Weil wir aber schon bei Unwahrheiten sind, darf ich noch daran erinnern, daß anlässlich der Behandlung der Angelegenheit Speising im Gesundheitsausschuß der Herr Landessanitätsdirektor Dr. Stremnitzer es ohne Aufforderung für notwendig gehalten hat, eine Erklärung abzugeben. Er hat dort zum besten gegeben, daß die Zeitungsnotiz des Herrn Dr. Bayer von der Sozialversicherung über den Stand der Tbc-Erkrankungen nicht auf seine eigene Initiative hin geschrieben wurde, sondern daß er durch einen Mittelsmann von Dr. Bayer erfahren habe, daß dieser zur Herausgabe dieses Artikels genötigt worden wäre. Damit hat Herr Sanitätsdirektor Dr. Stremnitzer versucht, die Behandlung dieser Angelegenheit Speising auf ein anderes Gebiet zu schieben, nämlich auf ein politisches Gebiet, um damit den Wert unserer Bestrebungen herabzumindern. Ich habe mir sofort nachher die Mühe genommen, mit Dr. Bayer in Fühlung zu kommen, und er hat mich ermächtigt, offiziell zu erklären, daß die Behauptung des Herrn Landessanitätsdirektors eine Lüge ist. Ich bringe das zur Kenntnis. Ich weiß nicht, ob der Herr Landessanitätsdirektor hier ist, aber es steht ihm selbstverständlich die Möglichkeit offen, Herrn Dr. Bayer dafür zu belangen, bzw. sich seine Mittelsmänner, die ihm derart unwahre Informationen übermitteln, künftighin besser auszusuchen. Ich möchte damit aber nur gesagt haben, daß auf diese Art vom Herrn Landessanitätsdirektor versucht wurde, die Behandlung der Frage des Krankenhauses Speising, wie wir sie uns vorstellen, auf ein anderes Gebiet zu schieben und ihr damit die Bedeutung zu nehmen, die sie nach unserer Meinung hat. Ich glaube, Sie können sich darauf selbst den notwendigen Reim machen.

Ich darf aber auch noch an die Personalpolitik erinnern, die Sie seit Jahren im Lande Niederösterreich betreiben. Es ist zwar eine Wiederholung, aber es ist die Wiederholung einer Wahrheit, wenn ich immer wieder aufzeige, daß seit Jahren Neuaufnahmen, Pragmatisierungen, Beförderungen von Ihrer Verwaltung nicht nach dem Gesichtspunkte durchgeführt werden, ob der Betreffende die dienstliche Qualifikation mitbringt, sondern in erster Linie nach dem Gesichtspunkt, ob er die Mitgliedschaft zum ÖAAB. erworben hat, bzw. der ÖVP. angehört. Das ist die erste Voraussetzung, die zweite ist wahrscheinlich die dienstliche Qualifikation. Aber nachdem der erste Gesichtspunkt der entscheidende ist, ist es erklärlich, daß weitaus mehr als tausend Personalfälle der verschiedensten Formen so erledigt wurden, daß nur Angehörige Ihrer Fraktion dabei

zum Zuge gekommen sind, obwohl Ihrer Fraktion Nichtangehörige bei weitem oftmals eine bessere dienstliche Qualifikation erbracht haben. Das gilt für die Hoheitsverwaltung, das gilt für unsere Anstalten und das gilt auch für das Straßenpersonal. Das geht soweit, daß in Anstalten oftmals Unfähige als Angestellte aufgenommen werden, nur deshalb, weil sie Ihrer Partei, bzw. dem ÖAAB. nahestehen. Ja, das geht soweit, daß in der Straßenverwaltung Leute als Straßenwärter aufgenommen werden, die einen Besitz haben und sorgenfrei von ihm leben könnten, und zwar werden sie einfach deshalb aufgenommen, weil sie Ihrer Partei nahestehen und im Augenblick nur Anwärter da sind, die einer anderen politischen Partei, bzw. Fraktion angehören. Damit möchte ich sagen, daß der ÖAAB., also Ihre politische Betriebsorganisation der ÖVP., unserer Meinung nach in der letzten Zeit zumindest eine mehr als fragliche Haltung einnimmt. Diese Haltung kommt auch im Landtag von Niederösterreich zum Ausdruck. Ich erinnere nur an die Verabschiedung des Betriebsaktionsverbotsgesetzes, über das in der Arbeiterkammer anders gesprochen und geschrieben wurde als hier. Ich erinnere weiters daran, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund, nicht die Sozialisten allein, sondern die Sozialisten und die Fraktion der ÖVP. und auch die kommunistische Fraktion, gemeinsam einen Beschluß gefaßt haben, die Forderung an die NEWAG zu richten, daß diese die Strombezugsgrundgebühren überprüfen und Möglichkeiten erwägen soll, diese Grundgebühren für Arbeiterhaushalte zu senken. Wir haben in einem Schreiben diesen Beschluß der NEWAG mitgeteilt und gleichzeitig an beide regierenden Fraktionen im Landtag ein gleiches Schreiben geschickt. Wir vermissen bis heute bedauerlicherweise eine Antwort der Fraktion der ÖVP. Daß wir auch von der NEWAG eine Antwort vermissen, dazu kann ich nur sagen, daß es eine grenzenlose Überheblichkeit der NEWAG ist, daß sie sich erlaubt, eine anerkannte Institution, wie sie der Gewerkschaftsbund darstellt, einfach dadurch zu negieren, daß sie auf ein Schreiben von ihm nicht antwortet. Daß aber die Landtagsfraktion der ÖVP. nicht geantwortet hat, daraus muß ich den Schluß ziehen, daß der Arbeiter- und Angestelltenbundesvertreter in der Fraktion . . . (*Zwischenrufe des Landesrates Müllner.*) Herr Präsident, rufen Sie Herrn Landesrat Müllner zur Ordnung, er macht immer wieder Zwischenrufe! Der Arbeiter- und Angestelltenbund hat auch in der Fraktion der ÖVP. seinen Vertreter, der gleiche Arbeiter- und Angestelltenbund, der auch im Österreichischen Gewerkschaftsbund Sitz und Stimme hat, aber nicht nur Sitz und Stimme, sondern der auch aller Benefizien teilhaftig ist, die der Österreichische Gewerkschaftsbund auf Grund seiner Satzungen ausschüttet. Derselbe Arbeiter- und Ange-

stelltenbundesvertreter in der Fraktion der ÖVP. im niederösterreichischen Landtag findet es nicht der Mühe wert, darauf zu drängen, daß dem Österreichischen Gewerkschaftsbund auf seinen einhelligen Beschluß die notwendige Antwort erteilt wird. (*Abg. Cipin: Hättest die Radiorede vom Landeshauptmann gehört, dann hättest du es gewußt!*) Es gibt dafür nur zwei Erklärungen, entweder der Arbeiter- und Angestelltenbundesvertreter hat im niederösterreichischen Landtag, bzw. in seiner Fraktion nichts zu reden, wie ich es bereits bei Personalverhandlungen festgestellt habe, oder er ist einverstanden, daß dem Gewerkschaftsbund keine Antwort erteilt wird. Daraus ergibt sich aber die Feststellung, daß er ein sonderbares Verhalten an den Tag legt, das einer genauen Überprüfung bedarf.

Wenn ich nun das Speisinger Krankenhaus noch einmal erwähne, so muß ich betonen, daß ich es als letztes annehme, daß der Arbeiter- und Angestelltenbundesvertreter mit verschiedenen Dingen, die im Lande geschehen und mit Demokratie nichts zu tun haben, durchaus einverstanden ist. Wollen wir nur einmal das Verhalten Ihres Vertrauensmannes in der Anstalt Speising betrachten, der beispielsweise einer dort beschäftigten Angestellten sagte: „Hörst Madl, dein schönes Gesicht wird es dir nicht möglich machen, daß du pragmatisiert wirst, da wirst du schon ein bisschen mehr tun müssen, da wirst du zum Arbeiter- und Angestelltenbund gehen müssen“. Oder wenn er eine andere Angestellte anschreit und sagt: „Jetzt haben wir dich pragmatisiert und jetzt gehst du zum Gewerkschaftsbund und läßt dich organisieren. Das ist der Dank dafür.“ Oder ein dritter Fall, wenn man einem Angestellten sagt: „Wozu wollen Sie denn zum Österreichischen Gewerkschaftsbund gehen, gehen Sie zum Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund, das ist weitaus billiger. Das ist eine politische Organisation und nicht eine anerkannt überparteiliche, wie der Gewerkschaftsbund.“ (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Ich möchte dazu feststellen, daß derselbe Mann im Gewerkschaftsbund Funktionär ist. (*Widerspruch rechts.*) Dieser Mann — ich kann es mir nicht anders vorstellen — ist scheinbar nur zu dem Zweck im Gewerkschaftsbund, um für die Organisation des ÖAAB. besser arbeiten zu können.

Den Herren von der Mehrheit möchte ich noch sagen, daß ihre Einstellung zur Frage „Niogas“ nie die unsere sein kann. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp hat, glaube ich, zur Genüge dargestellt, wie unsere Einstellung zur Frage „Niogas“ ist. Wenn man aber Ihre Absichten näher kennenlernen will, dann glaube ich, muß man sich vorerst vergegenwärtigen, daß Sie niemals Freunde einer Gemeinwirtschaft sein werden. Sie sind ja absolute Gegner jeder Gemeinwirtschaft, und Sie trachten daher, der Gemein-

wirtschaft entgegenzuwirken, wo immer es irgendwie möglich erscheint. Das gilt aber nicht nur für die ÖVP, das gleiche gilt selbstverständlich für jede ihrer Bruderparteien in den anderen Ländern. Das gilt besonders für England, wo es die erste Maßnahme der konservativen Partei nach ihrem Eintritt in die Regierung war, die Verstaatlichung aufzuheben! (*Abg. Stangler: Die gewählten englischen Gewerkschaften sind gegen die Verstaatlichung aufgetreten!*) Sie mögen Ihre Versuche beschönigen wie Sie wollen, aber Sie kommen nicht darüber hinweg, daß wir ganz genau wissen, worum es hier geht, nämlich der Verstaatlichung den Todesstoß zu versetzen. Das ist Ihr Ziel. Daß aber der Herr Landesrat Müllner hiezu beauftragt sein soll, das liegt schon in seiner Eigenschaft als führender Funktionär bei der Niogas, wo er die Aufgabe haben wird, der Verstaatlichung entgegenzuwirken und der verstaatlichten Wirtschaft Schaden zuzufügen. Ihre Absicht ist, das Öl in Österreich der Privatspekulation zu überlassen, wobei die Frage, ob dabei die inländische oder ausländische Privatwirtschaft vordringlicher ist, zweitrangig erscheint. Daß Sie die Privatwirtschaft daran teilnehmen lassen wollen, darüber sind wir uns klar. Daß Sie mit der Privatwirtschaft nicht den kleinen Mann meinen, daran ist unserer Meinung nach auch kein Zweifel. Wenn Ihre Absicht aber dem kleinen Mann Nutzen bringt, dann sind wir selbstverständlich bestrebt, ihm und damit der arbeitenden Bevölkerung zu helfen. Gehen wir endlich daran, schließen wir Kollektivverträge im Zeichen der Konjunktur ab. In den letzten zwei Jahren haben wir 500 Kollektivverträge verbessert. Ob auch Sie dazu bereit sind, erfüllt mich mit berechtigtem Mißtrauen, auch wenn Sie sich angeblich bemühen, dem kleinen Mann helfen zu wollen. Inzwischen geht der Kleinkrieg darußen im Erdölgebiet weiter. Die NEWAG hat es zum Beispiel auf Grund der kriegerischen Einstellung ihres geschäftsführenden Präsidenten für notwendig erachtet, für die Erschließung eines neuen Bohrloches keinen Strom zu liefern, sodaß die Österreichische Mineralölverwaltung gezwungen ist, ein Aggregat einzusetzen. Über eine bestimmte Weisung dürfen — ein weiteres Beispiel — keine Drähte über Bäume hinweg gespannt werden, obwohl sie für Leitungen dringend notwendig sind. Die Mineralölverwaltung ist daher gezwungen, ihre Leitungen in die Erde zu legen oder von der Leitung überhaupt Abstand zu nehmen. Das ist auch ein Teil des Kleinkrieges. Der Herr Landesrat Müllner hat gesagt, daß wir glücklich sein sollten, daß die Niogas zum Beispiel eine Leitung nach Baden gelegt hat. Wie Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp ausgeführt hat, ist diese Leitung nach Baden mit einem ziemlichen Defizit verbunden. In diesem Zusammenhang möchte ich mich noch mit Ihrem Repräsentanten, Herrn Lan-

desrat Müllner, näher beschäftigen. Er hat uns in seinem Referat eine Kostprobe seines Könnens vermittelt. Herr Landesrat, seien Sie mir nicht böse, wenn ich sage, ich halte es für eine Frechheit, davon zu reden, daß vom Minister für verstaatlichte Betriebe oder daß in seinem Ministerium so und so viele Millionen Schilling verschoben wurden. Ich glaube, das kann man nicht so ohne weiters hinnehmen. Herr Minister Waldbrunner ist ein österreichischer Minister und daß er gleichzeitig ein sozialistischer Minister ist, das freut uns sehr. Es besteht gewiß keine Ursache zu sagen, das Ministerium für verstaatlichte Betriebe verschiebt Millionen Schilling. (*Landesrat Müllner: 250 Millionen Schilling! — Zwischenrufe rechts.*) Ich habe nie davon gehört, Hohes Haus, daß im Ministerium Waldbrunner bei der Kontrolle seiner Betriebe irgendwelche Anstände gemacht wurden, denn davon wäre uns zweifellos vom Nationalrat eine Nachricht zugekommen. In Niederösterreich haben wir aber derartiges bereits feststellen können. Ich erinnere nur daran, daß wir einmal verlangt haben, die NEWAG soll hinsichtlich ihrer Gebarung überprüft werden, und zwar deshalb, weil der Rechnungshof eine vernichtende Kritik über die NEWAG geübt hat. Wir haben gleichzeitig verlangt, daß der Rechnungshofbericht hier im Landtag öffentlich behandelt wird, Sie haben es aber abgelehnt. Wir haben weiters verlangt, daß der Finanzkontrollausschuß die Prüfung durchführt, oder daß von Sachverständigen die ganze Gebarung überprüft wird und dann die Abgeordneten des Finanzkontrollausschusses dazu Stellung nehmen. Auch das haben Sie abgelehnt, und Sie haben nicht davor zurückgeschreckt, bevor wir eine derartige Maßnahme hätten durchsetzen können, den Obmann des Finanzkontrollausschusses, der ein Sozialist war, abzurufen und durch einen Ihrer Herren zu ersetzen. Ich mache dem Herrn Abg. Hilgarth keinen besonderen Vorwurf, aber ich glaube, er ist deshalb zum Obmann des Finanzkontrollausschusses berufen worden, um auch weiterhin eine wirkliche Kontrolle der NEWAG zu verhindern. (*Abg. Hilgarth: Da täuscht du dich! — Allgemeiner Widerspruch bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Stangler.*) Herr Abg. Stangler, so können nur Sie reden. Ich bin Laie, Sie sind Laie, und alle übrigen Mitglieder des Finanzkontrollausschusses sind Laien, und alle diese Laien sollen nun einigen Fachleuten der NEWAG gegenübergestellt werden und die sollen uns nun ein Blimel-Blamel vormachen. (*Neuerlicher Widerspruch bei der ÖVP.*) Wir verlangen auch heute noch das Gleiche, das wir seinerzeit verlangt haben, nämlich eine wirkliche Überprüfung der Gebarung der NEWAG. (*Landesrat Müllner: Die ihr vornehmt!*) Eine solche Überprüfung kann nur in der Form erfolgen, daß von Fachexperten die Materie überprüft und dieses Prüfungsergeb-

nis den Abgeordneten des Finanzkontrollausschusses zur Stellungnahme vorgelegt wird. Ich stelle noch einmal fest, daß das bis heute nicht geschehen ist. Ich habe auch wenig Hoffnung, daß es in nächster Zeit geschehen wird. Ich möchte dazu noch sagen, daß ein solches Vorgehen, ein solches Verhalten Ihrer führenden Funktionäre eine Zusammenarbeit mit uns von vornherein unmöglich macht. Ich denke da auch im besonderen an den Herrn Präsidenten des Hohen Hauses. Ich weiß, der Herr Präsident des Hauses ist gleichzeitig ein Funktionär Ihrer Partei, er ist Landesparteiobmann. Wir setzen nun von einem solchen Funktionär voraus, daß er eine gewisse Objektivität an den Tag legt, und wir setzen auch voraus, daß sich diese Objektivität auch bei seiner Parteitätigkeit über den Rahmen seiner hier ausgeübten Funktion hinaus erstreckt. Aber wenn man dann beispielsweise Ihre Zeitung in die Hand nimmt und den Bericht von Ihrem Parteitag liest, zweifelt man einigermaßen an dieser Objektivität, die Sie, Herr Präsident, haben sollten. „Es ist erst wenige Monate her“, sagt der Herr Präsident des Hauses, (*liest*): „seit die Sozialistische Partei ihre Fassung zurückgewonnen hat, aber schon wenige Stunden nachdem unsere Partei vorzeitige Neuwahlen mit Rücksicht auf die schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben, die durch den Abschluß des Staatsvertrages entstanden sind, abgelehnt hatte, überboten sich sozialistische Spitzenfunktionäre in Gemeinheiten, Anfeindungen und Gehässigkeiten.“ Ich weiß nicht, wo Sie jemals gehört haben, daß sozialistische Spitzenfunktionäre . . . (*Präsident Sassmann: Bestreiten Sie das? Was Sie getan haben war nichts anderes!*) Ich glaube nicht, daß die Erklärungen, die wir im Landtag abgeben, als Gemeinheiten oder so ähnlich bezeichnet werden können. Ich sage noch einmal, wir erwarten vom Präsidenten dieses Hauses eine Objektivität auch außerhalb dieses Hauses.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*den Redner unterbrechend*): Herr Kollege Wenger, ich darf Sie bitten zu unterscheiden, ob der Präsident des Hauses diese Stellungnahme als Präsident des Landtages hier im Landtag oder als Funktionär einer Partei eingenommen hat. Ich bitte, immer diesen Unterschied anzuerkennen!

ABG. WENGER (*fortsetzend*): Ich komme auch auf eine Entgleisung zu sprechen, die der Herr Präsident hier im Hause begangen hat. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir vor nicht langer Zeit einen Dringlichkeitsantrag in diesem Hause eingebracht haben, der sich mit der Auflösung des Krankenhauses Speising befaßt hat. Ich habe mich anlässlich der Einbringung des Dringlichkeitsantrages zum Wort gemeldet, nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich. Der Präsident Sassmann hat es nicht für notwendig gehalten,

mir das Wort zu erteilen, obwohl auch bei der Einbringung eines Dringlichkeitsantrages meiner Meinung nach die Worterteilung möglich ist. Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre es ein Akt zumindest der Höflichkeit gewesen, mir davon Mitteilung zu machen, daß ich nicht das Recht habe, die Worterteilung in dieser Angelegenheit zu beanspruchen. Aber ich möchte damit nur feststellen, daß Sie es manchenorts an der notwendigen Objektivität fehlen lassen und daß wir daraus selbstverständlich auch unsere Schlüsse ziehen müssen. (*Präsident Sassmann: Ich habe Ihnen damals, Herr Abg. Wenger, erklärt, das was Sie vorgelegt haben, geht in Ordnung. Daß Sie hiezu gerne gesprochen hätten, hätten Sie sagen müssen, dann hätte ich Ihnen das Wort erteilt.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*unterbrechend*): Ich bitte zum Antrag des Ausschusses zu sprechen.

ABG. WENGER (*fortsetzend*): Ich komme wieder zu unserem Antrag. Wenn aber vollends der Herr Präsident in seiner Funktion als Parteivorsitzender der ÖVP. die Meinung zum Ausdruck bringt, daß bei einer Stattgebung unseres Antrages die Gefahr bestehen könnte, daß eine sozialistische Mehrheit ins Haus kommt und daß von einer sozialistischen, einer marxistischen Mehrheit nur ein kleiner Schritt zum Kommunismus ist, da hat er meiner Meinung nach völlig die Zusammenhänge und Tatsachen verkannt. Darf ich, Hohes Haus, Ihrem Gedächtnis einigermaßen nachhelfen, darf ich Sie daran erinnern: Wer war es im Jahre 1950, der den Bestand der Republik Österreich gerettet hat? Ich will nicht sagen, daß es in erster Linie die Sozialisten waren, ich will nur daran erinnern, daß es die im Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter und Angestellten waren, die wirksam gegen die Versuche, die damals unternommen wurden, die Selbständigkeit Österreichs zu beseitigen, aufgetreten sind. (*Präsident Sassmann: Sie an der Spitze!*) Vielleicht nicht an der Spitze, Herr Präsident, ich war damals zufällig nicht an der Spitze, aber ich habe vermißt, daß Sie, Herr Präsident, damals irgendwo in Erscheinung getreten sind! Ich habe Sie nirgends gesehen! (*Präsident Sassmann: Unsere Domizile haben zu viele Kilometer Zwischenraum!*) Ich bitte den Herrn Präsidenten aufmerksam zu machen, er soll keine Zwischenrufe machen!

Ich darf Sie aber auch noch daran erinnern, meine Herren von der Mehrheit, daß es nicht wir waren, die in diesem Hause schon einmal Ohrfeigen eingesteckt haben. Ich erinnere Sie an diese Begebenheiten. Es war unsere Meinung, daß der Landtag natürlich Sanktionen ergreifen müßte, um solche Vorkommnisse für weitere Sitzungen

auszuschließen. Ich erinnere mich sehr genau daran, daß auch Sie der gleichen Meinung waren, nur waren Sie der Meinung, Sie als die Betroffenen, der Antrag solle von uns kommen. Ich meine, daß er eigentlich von Ihnen hätte kommen müssen. Ich möchte damit sagen: Es ist gar nicht so, daß unsere Bindung zu den Kommunisten irgendwie stärker wäre als die Ihre. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Letztenendes möchte ich noch an die berühmte Russen-Anleihe erinnern, die so plötzlich in Erscheinung getreten ist. Diese Anleihe hat ungeheures Aufsehen erregt, und zwar deshalb, weil sich die Nachrichten geradezu überstürzt haben. Zuerst hat man von 500, dann von 600 und 800 Millionen Schilling gesprochen, und dann hat Herr Abg. Dubovsky als besonders gut informierter Vertreter dieses Hauses von 2 Prozent Verzinsung gesprochen, die für diese Anleihe bezahlt werden sollten. Ich habe mir damals gedacht, eigentlich müßte man Klarheit in diese Frage bringen. Ich habe mich mit den maßgebenden Herren der russischen Botschaft ins Einvernehmen gesetzt (*Zwischenruf rechts: Der große Diplomat! — Große Heiterkeit. — Abg. Stangler: Darauf haben wir noch gewartet!*) Meiner Meinung nach ist kein Grund dafür vorhanden, darüber zu lachen. Ich habe meine Intervention bei den maßgebenden Faktoren bei der russischen Botschaft an dem gleichen Tag durchgeführt, wo auch Vertreter Ihrer Partei in der russischen Botschaft vorgesprochen haben. (*Zahlreiche Zwischenrufe. — Dritter Präsident Endl gibt das Glockenzeichen.*) Die Herren der russischen Botschaft sagten mir, ich könne all das, was sie mir erklärten, offiziell verwenden. Sie erklärten: Wahr ist, daß der Herr Landesrat Müllner sich an die russische Botschaft gewandt hat, um eine Anleihe in der Höhe von 500 Millionen Schilling zu erhalten. Die Herren der russischen Botschaft hätten geantwortet, sie könnten keine Auskunft geben, sie werden sich aber direkt nach Moskau wenden. Von dort ist dann geantwortet worden, wenn ein solches Ansuchen gestellt wird, werde Moskau ein solches Ansuchen wohlwollend prüfen. Das ist das ganze Zugeständnis, das gemacht wurde. Ich möchte also feststellen, daß die Versionen von 600, 700 und 800 Millionen Schilling ebenso unhaltbar sind, wie die Version, die uns Dubovsky von einer 2 prozentigen Verzinsung gegeben hat. Es wurde nämlich von den Herren der russischen Botschaft auch erklärt, daß von einer Verzinsung überhaupt nicht die Rede war.

Wir begreifen es, Hohes Haus, daß die kommunistische Fraktion in diesem Hause es für notwendig erachtet, ihren gesamten Angriff gegen uns zu führen und nicht gegen die ÖVP. Aus den bisherigen Ausführungen muß ich feststellen, daß die Beziehungen der ÖVP. zur kommunistischen

Fraktion stärker sind als die unserigen, und darum haben die Kommunisten es für notwendig erachtet, ihren gesamten Angriff gegen uns zu führen und nicht gegen die ÖVP. Und weil die Beziehungen der ÖVP. zur kommunistischen Fraktion stärker sind als zu uns, darum haben wir es für notwendig erachtet, die niederösterreichische Landespolitik einer Revision zu unterziehen, und zwar in der Form, daß wir die Bevölkerung zur Entscheidung aufrufen. Ihre Haltung (*zur ÖVP. gewendet*) kann ich nicht begreifen, denn wenn Sie von der Richtigkeit Ihrer Politik so fest überzeugt sind, so müßte ja eine vorzeitige Neuwahl des Landtages am 13. Mai, die dazu noch keine Kosten verursacht, für Sie doch einen Gewinn bedeuten. Sie müßten doch bei einer Neuwahl auch mehr Mandate gewinnen, wenn Sie so davon überzeugt sind, daß Sie Ihre Politik im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung machen. Wenn Sie aber nicht davon überzeugt sind, meine Herren, dann glaube ich, ist unsere Forderung nach vorzeitigen Wahlen umso berechtigter. Deswegen — es wird wahrscheinlich vergeblich sein — ersuchen wir Sie, den Antrag, der heute zur Verhandlung steht, abzulehnen und sich dem Antrage der Sozialistischen Fraktion auf Auflösung des Landtages und Ausschreibung von Neuwahlen für den 13. Mai anzuschließen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Es ist kein Redner mehr vorgemerkt. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. MARWAN - SCHLOSSER: Ich verzichte auf das Schlußwort.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Antrag des Verfassungsausschusses abstimmen und dann über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Lauscher.

(*Nach Abstimmung über den Antrag des Verfassungsausschusses*): A n g e n o m m e n .

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Lauscher, betreffend die Aufhebung der Grundgebühr durch die NEWAG.*): A b g e l e h n t .

Wir gelangen nun zur Beratung der Nachtragstagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. H a i n i s c h, die Verhandlung zur Zahl 233 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. HAINISCH: Ich habe namens des Verfassungsausschusses über das Ersuchen des Magistrates Wiener Neustadt, Abt. 1, Zahl 217/2, vom 7. Februar 1956 um Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Hermann Laferl wegen Verdachtes der Übertretung der nö. Bauordnung zu berichten.

Hoher Landtag! Mit Zuschrift vom 7. Februar 1956, Zahl 217/2, hat der Magistrat Wiener Neustadt um Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Hermann Laferl, Baumeister in Weikersdorf am Steinfeld, wegen Verdachtes der Übertretung der nö. Bauordnung ersucht.

Dem Antrag liegt ein Bericht des Bundespolizeikommissariates Wiener Neustadt vom 29. Oktober 1955 zugrunde, demzufolge Franz Schneider, Kraftfahrzeughändler in Wiener Neustadt, an der auf dem Gelände Wiener Neustadt, Eyerspergring 5, betriebenen Kraftfahrzeughandlung eine gemauerte Halle zur Unterbringung seiner Fahrzeuge errichten ließ. Nach dem Bericht war an der Baustelle an diesem Tage der Maurergeselle Otto Mannsberger, Wiener Neustadt, Hagenmüllergasse 20, und fünf Hilfsarbeiter beschäftigt. Franz Schneider gab an, er baue derzeit ohne Aufsicht eines Baumeisters; bis vor etwa einem Monat sei jedoch vom Baumeister Rupert Dinobl, Wiener Neustadt, Brunnergasse 11, gearbeitet worden, was dieser jedoch auf eine telephonische Anfrage bestritten hat. Weiter erklärte Franz Schneider, Otto Mannsberger arbeite bei ihm eine Schuld ab.

Bei der Einvernahme beim Magistrat Wiener Neustadt gab Franz Schneider als Beschuldigter an, daß er sich vor Eintritt des Winters entschlossen habe, zur Einstellung von Fahrzeugen ein in Wiener Neustadt, Eyerspergring 5, befindliches Objekt zu diesem Zweck auszubauen. Er habe sich daher an Baumeister Hermann Laferl, Weikersdorf, gewendet und ihm einen entsprechenden Auftrag erteilt, welchen Laferl in der Folge auch ausführte. Zum Nachweis seines Auftrages wies der Beschuldigte eine Rechnung über die Errichtung eines Einstellraumes für Kraftfahrzeuge unter Verwendung der teilweise bestehenden Ziegelmauern über den Betrag von S 2.643'20 vor. Der Beschuldigte, Franz Schneider, gab weiter an, daß er, wenn Baumeister Laferl eine allenfalls erforderliche Baubewilligung nicht eingeholt habe, dafür nicht verantwortlich sei, da von ihm nicht mehr verlangt werden könne, als daß er den Bauauftrag einem befugten Baumeister erteile. Richtig sei, daß am Tage der Anzeigeerstattung der Maurergeselle Otto Mannsberger mit Verputzarbeiten an dem oben genannten Objekte beschäftigt gewesen sei, der ihm als Kunde für Anschaffungen noch einen Betrag von zirka 700 S geschuldet habe und diese Schuld mit seinem Einverständnis wenigstens teilweise abarbeiten wollte. Die Arbeiter des Baumeisters Laferl hätten mit den Arbeiten anfangs Oktober begonnen, die Verputzarbeiten seien jedoch mit Einbruch des Frostes unterbrochen worden. Die noch ausstehenden Bauarbeiten würden nach Eintritt beständigen Warmwetters von Baumeister Laferl weitergeführt werden. Das Ansuchen um Baubewilligung,

welches Baumeister Laferl verfaßt habe, sei von ihm vor zirka einer Woche, also um den 10. Jänner 1956 herum, beim Stadtbauamt eingebracht worden.

Nach Ansicht der Abteilung 4, Bauamt, des Magistrates der Stadt Wiener Neustadt, bedürften die an dem Objekt Eyerspergring 5, durchgeführten Bauarbeiten im Sinne der §§ 16 und 26 der nö. Bauordnung einer Genehmigung durch die Baubehörde, weil der Umbau, Veränderungen an Mauern, Toren und Fensteröffnungen und die vollkommene Erneuerung des Daches betraf, wozu außerdem eine wesentliche Änderung der Widmungsart des Gebäudes, bzw. der darin enthaltenen Räume hinzukomme.

Gemäß § 30 der nö. Bauordnung darf vor Erteilung der Baubewilligung mit dem Bau nicht begonnen werden. Gemäß § 42 desselben Gesetzes trägt der Bauführer, das ist der vom Bauherrn zur Ausführung des genehmigungspflichtigen Baues beauftragte Baumeister, für die Beobachtung der Bestimmungen der Bauordnung die volle Verantwortung.

Der Verfassungsausschuß hat sich in seiner Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigt und, nachdem Abg. Laferl selbst um seine Auslieferung angesucht hat, den Beschluß gefaßt, dem Hohen Landtag folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Magistrates Wiener Neustadt, Abt. 1, Zahl 217/2, vom 7. Februar 1956 um Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Hermann Laferl wegen Verdachtes der Übertretung der nö. Bauordnung wird Folge gegeben.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Es liegt keine Wortmeldung vor. (*Abstimmung*.) A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Abg. H a i n i s c h, die Verhandlung zur Zahl 236 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. HAINISCH: Hoher Landtag! Ich habe namens des Verfassungsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Hollabrunn, Abteilung 2, Zahl U 52/56, vom 15. Februar 1956, um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Karl Neubauer wegen Verdachtes der Übertretung gegen die körperliche Sicherheit gemäß § 431 Strafgesetz zu berichten.

Das Bezirksgericht Hollabrunn hat mit Zuschrift vom 15. Februar 1956, Zahl U 52/56, in der Strafsache gegen den Landtagsabgeordneten Karl Neubauer in Pernersdorf Nr. 144, Bezirk

Hollabrunn, wegen Verdachtes der Übertretung nach § 431 StG. um Zustimmung zu dessen strafgerichtlicher Verfolgung ersucht.

Nach dem Strafact liegt dem Auslieferungsbegehren folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 26. November 1955 gegen 9.20 Uhr fuhr der Landtagsabgeordnete Karl Neubauer, aus Pernersdorf kommend, mit seinem Personenkraftwagen, Kennzeichen N 37.181, auf der Landstraße Nr. 36 mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 80 km, wie er selbst angab, in Richtung Peigarten. Vor der am westlichen Ortsende von Peigarten befindlichen Kurve verminderte Karl Neubauer die Geschwindigkeit seines Kraftwagens. Ungefähr zur selben Zeit, in der Karl Neubauer in der Ortschaft Peigarten mit verminderter Geschwindigkeit einfuhr, überquerte der Traktorfürer Josef Reigner mit dem Traktor N 267.871 und dem Anhängewagen N 167.631 der Lagerhausgenossenschaft Haugsdorf vor dem Hause Peigarten Nr. 58 die Straße, nachdem er dort eine Fuhre Sägespäne abgeladen hatte. Als Karl Neubauer etwa 40 m vor sich das umkehrende Fahrzeug bemerkt hatte, bremste er stark ab und lenkte seinen Kraftwagen nach links in der Meinung, noch an dem Anhängewagen vorbeikommen zu können. Dies gelang jedoch nicht mehr, vielmehr stieß der Pkw. des Karl Neubauer gegen die herabhängende rechte Bordwand des Anhängewagens, wodurch diese beschädigt wurde.

Der an dem Anhängewagen entstandene Schaden ist nicht bekannt, nach den Angaben des Traktorfürers aber nicht besonders groß. Der an dem Personenkraftwagen entstandene Schaden beträgt angeblich etwa 5000 Schilling. Nach den Erhebungen der Verkehrspolizei waren Karl Neubauer und der auf der Ladefläche des Anhängewagens gestandene Johann Reis in ihrer körperlichen Sicherheit gefährdet.

Karl Neubauer gab an, daß der Kraftfahrer Josef Reigner und der Beifahrer Johann Reis, als sie mit dem Traktor samt Anhängewagen die Straße überquerten, die nötige Vorsicht und Aufmerksamkeit außer Acht gelassen haben und wegen der in der Nähe befindlichen Kurve einen Warnposten aufstellen hätten sollen. Der Traktorfürer Josef Reigner und der Lagerhausarbeiter Johann Reis erklärten dagegen, daß sie sich vor dem Überqueren der Straße überzeugt hätten, daß die Straße vom Verkehr frei und kein annäherndes Fahrzeug zu sehen war.

Der nähere Sachverhalt über den Hergang des Zusammenstoßes geht aus den Niederschriften der daran beteiligten Personen und des Tatzeugen Franz Haider hervor. Die Situation im Zeitpunkt des Zusammenstoßes ergibt sich aus der dem Gerichtsakt beigefügten Skizze.

Die Staatsanwaltschaft Korneuburg als öffentlicher Ankläger hat beim zuständigen Bezirksgericht beantragt, vom Landtag von Niederösterreich die Auslieferung des Landtagsabgeordneten Karl Neubauer zur Verfolgung wegen Übertretung der Gefährdung der körperlichen Sicherheit nach § 431 StG. zu begehren, sowie die Erklärung abzugeben, daß zu einer weiteren gerichtlichen Verfolgung des Josef Reigner kein Grund gefunden wird.

Der Verfassungsausschuß hat sich auch mit dieser Angelegenheit in seiner Sitzung beschäftigt und den Beschluß gefaßt, dem Hohen Landtag folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Hollabrunn, Abteilung 2, Zahl U 52/56, vom 15. Februar 1956, um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Karl Neubauer wegen Verdachtes der Übertretung gegen die körperliche Sicherheit gemäß § 431 Strafgesetz, wird nicht Folge gegeben.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Diskussion zu eröffnen und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt Herr Abg. Staffa.

ABG. STAFFA: Hohes Haus! Ich möchte den Bericht des Herrn Berichterstatters, der uns ausgeführt hat, daß der Verfassungsausschuß beschlossen habe, dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Hollabrunn nicht stattzugeben, dahin ergänzen, daß der Beschluß des Verfassungsausschusses nur mit den Stimmen der ÖVP.-Mitglieder des Verfassungsausschusses gefaßt wurde. Die sozialistische Fraktion dieses Hauses steht auf dem Standpunkt, daß angesichts der sich dauernd häufenden Verkehrsunfälle keiner, und wäre er noch so hoch gestellt, in diesem Land ein Privileg auf der Straße gegenüber den übrigen Verkehrsteilnehmern besitzen soll. Wir vertreten außerdem die Meinung, daß der Gesetzgeber, als er den Begriff „Immunität“ geschaffen hat, niemals daran gedacht hat, irgend jemand, der an einem Verkehrsunfall beteiligt ist, durch die Immunität zu schützen, auch dann nicht, wenn sich der Betreffende beispielsweise, wie im vorliegenden Fall angegeben wird, auf der Fahrt zu einem Sprechtag des Abgeordneten befunden hat. Der Gesetzgeber war der Meinung, daß der Abgeordnete durch die Immunität geschützt werden soll, sofern es sich um eine Verfolgung handelt, die politischen Charakter hat. Es kann uns sicherlich niemand klar machen, daß eine Beteiligung an einem Verkehrsunfall politischen Charakter hat. Außerdem steht ja hier nicht zur Diskussion, ob der betreffende Abgeordnete schuldig oder unschuldig ist, sondern hier hat das Hohe Haus dem Gericht

oder der Behörde nur die Möglichkeit zu geben, Schuld oder Unschuld zu prüfen. Auch aus einer Note des Bundeskanzleramtes, die in den letzten Tagen an die Landesamtsdirektionen ergangen ist, geht hervor, daß das Bundeskanzleramt der Meinung ist — auch der Nationalrat und sein Immunitätsausschuß haben es bisher immer so gehandhabt —, daß bei Verkehrsunfällen eine Auslieferung zu erfolgen hat, weil ansonsten alle übrigen Verkehrsteilnehmer gegenüber einem Mandatar in Nachteil geraten.

Wir erklären Ihnen daher, daß wir nicht in der Lage sind, dem Antrag des Verfassungsausschusses zuzustimmen, umso weniger, als wir nicht glauben, daß der Schutz eines Abgeordneten, der auf der Straße — ob schuldig oder unschuldig — in einen Verkehrsunfall verwickelt wird, zur Hebung des Ansehens der Abgeordneten und zur Hebung der Würde dieses Hauses beiträgt. Wenn die Herren der Mehrheit der Meinung sind, getreu der Devise „Straße frei dem ÖVP.-Mandatar“ handeln zu können (*Heiterkeit*), dann müssen wir dies natürlich der moralischen Auffassung der Mehrheit dieses Hauses überlassen. Sie nennen sich eine Volkspartei, Sie haben aber bei der Behandlung des Auslieferungsantrages zuvor bewiesen, wie hoch Ihnen die Meinung des Volkes steht, das Sie nur dann brauchen, wenn Sie bei den Wahlen Stimmen benötigen. Diese Wahlen betrachten Sie nur als ein notwendiges Übel, dem Sie sich so lange als nur möglich entziehen wollen.

Sie beweisen durch Ihre Stellungnahme zu diesem Auslieferungsantrag, daß Ihnen das Volk völlig egal ist. Hauptsache ist Ihnen, daß Sie sich auf der Straße rücksichtslos benehmen können. Umso bemerkenswerter ist der Fall, wenn man weiß, daß der Herr Abg. Neubauer innerhalb kurzer Zeit schon an einem zweiten Verkehrsunfall beteiligt war, und trotzdem verweigern Sie seine Auslieferung.

Wir würden dringend ersuchen, Ihre Stellungnahme noch einmal zu revidieren, um dem Gerichte die Möglichkeit zur Überprüfung des Falles zu geben, ob Neubauer schuldig ist oder nicht, und um dem Volke draußen die Gewißheit zu geben, daß auf der Straße gleiches Recht für alle Verkehrsteilnehmer gilt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. HAINISCH: Ich verzichte auf das Schlußwort.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL (*nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

Somit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Schluß der Sitzung um 19 Uhr 54 Min.*)